

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: halbjährlich 1,10 RM., monatlich 1,10 RM., vierteljährlich 3,30 RM., frei im Postamt.
 Einzelhefte 5 Pf. Sonntagshefte mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 RM. pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 RM., für das übrige Ausland 3 RM. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die hochgelagerte Kolonelle oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Erörterungen und Besprechungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf. (zulässig 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Erstmal täglich außer Montags.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 11. Februar 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Gottesgnadentümliches im 20. Jahrhundert.

Wilhelm II. hat am Sonntag vor einer Berliner Studentenversammlung eine Rede über den Zusammenbruch von Jena und die Befreiungskriege gehalten, die die liberale Presse auf den Plan gerufen hat. Hat doch Wilhelm II. die originale, in keinem noch so rückständigen Geschichtswerk vertretene Auffassung bekundet, daß Preußen 1806 dem Ansturm Napoleons erlegen sei, weil dem preussischen Volke seine sittlich-religiöse Lebensanschauung abhanden gekommen gewesen sei, und daß es 1813 den genialen Korsen überwunden habe, weil es inwischen den Glauben an seinen Gott wiedergefunden habe.

Ueber die völlig vage Phantastik dieser — Geschichtskonstruktion kann man nicht einmal sagen, denn auch die willkürlichste Geschichtskonstruktion setzt doch immerhin einiges Gefühl für historische Tatsachen voraus! — ganz individuellen, lediglich aus allerpersönlichsten psychologischen Eigentümlichkeiten und höfischen Illusionen erwachsenen Vorstellungswiese braucht man wirklich nicht erst viele Worte zu machen. Es ist der Geist des oft genug gekennzeichneten Gottesgnadenglaubens, der alles geschichtliche Geschehen Preußens auf dynastische Einflüsse zurückführen zu können glaubt. Da Friedrich II. Preidenter war, hat nach der Vorstellungsart Wilhelms II. das preussische Volk seinen Gott verloren gehabt. Und so weiter! Es ist aber charakteristisch für die Oberflächlichkeit und den Mangel wirklich historischer Verständnisses auch unserer liberalen Presse, daß sie, statt das unglaublich verzerrte Geschichtsbild energisch zurückzurufen, nichts Besseres gegen den ausschweifenden Subjektivismus des heutigen Herrschers des hohenzollernschen Gottesgnadenglaubens vorzubringen weiß, als gelegentliche Weisheitsprüche anderer preussischer Potentaten, des alten Fritz oder auch Friedrich Wilhelms III., so wenig diese beiden sich auch sonst an Begabung und Weltanschauung miteinander vergleichen lassen.

Wie selbst haben die sich „wissenschaftlich“ gebärdende hohenzollernsche Geschichtsschreibung so oft als Geschichtsklitterung und Legende zurückgewiesen, daß wir es wirklich für überflüssig halten, uns mit der so ganz persönlichen Ansicht Wilhelms II. noch einmal besonders auseinanderzusetzen. Diese Seite des Gottesgnadentümlichen verdient ja auch kaum noch besondere Beachtung. Handelt es sich doch um längst Bekanntes und längst nach Gebühr Gewürdiges.

Dagegen verdient ein anderes Kapitel des Gottesgnadentümlichen einige Glossen. Welden doch die Zeitungen, daß nun „endlich“ auch die Verlobung der einzigen Tochter Wilhelms II. bevorsteht. Und zwar werde allem Anschein nach Herzog Ernst August von Cumberland der Ehemann der deutschen Kaiserin sein. Auch diese dynastische Familienangelegenheit könnte uns total gleichgültig sein, wenn es sich nicht darum handelte, daß unter Umständen die ohnehin keineswegs geringe Zahl der deutschen Landesväter durch diesen Familienakt um einen neuen Landesfürsten vermehrt werden dürfte. Denn die angekündigte Vermählung bedeutete ja nicht den Abschluß eines „Herzogsbundes“, sondern einen dynastischen Schachzug, bedeutete, daß die halbe Million Braunschweiger wahrscheinlich mit einem neuen Herzog beglückt werden würde!

Das unselige Braunschweig besaß ja seit 1886 keinen angestammten Landesvater. Als der damals regierende Herzog Wilhelm starb, wäre der eigentliche Thronfolger der ehemalige Thronfolger von Hannover, Ernst August, gewesen. Der aber war ja seit 1890 aus Deutschland verwiesen, die weilen Preußen Hannover annektiert hatte. Der jetzige Heiratskandidat Ernst August ist der Sohn des des Landes verwiesenen Ernst August des Älteren. Preußen hat die Einverleibung Hannovers inzwischen gründlich verbaut und kann gern dem Sohne des Ertrunkenen den Anspruch auf die Thronfolge in Braunschweig einräumen, umso mehr, da dieser junge Cumberlander zu dem Hohenzollernhause verschwiehert werden soll!

Dem Braunschweiger Volk soll also großes Heil widerfahren. Zwar ist sein Wahlrecht ebenso elend wie das preussische, zwar hat die braunschweigische Polizei dem um sein Bürgerrecht kämpfenden braunschweigischen Proletariat die blutigsten Straßenschlachten geliefert — aber dafür soll es jetzt statt des Regenten wieder einen angestammten leibhaftigen Landesvater bekommen, der obendrein eine Hohenzollernprinzessin zur Frau hat!

Welch sonderbare Gottesgnadentümlichkeiten im 20. Jahrhundert! Weil der König von Preußen seine Tochter an den Sohn eines vor 46 Jahren des Landes verwiesenen verheiratet will, sollen 500 000 Reichsdeutsche auf einmal ungefragt und ungewollt einen Landesvater kriegen!

Wir reden wirklich noch abgründlich im Mittelalter!

Kämpfe und Friedenswünsche.

Auf Gallipoli, vor Adrianopel, Tschataldscha und Skutari wird heftig gekämpft. Die Meldungen über den Erfolg widersprechen sich. Aber wichtiger als die Berichte über diese jedenfalls nicht entscheidenden Kämpfe ist es, daß die Türkei sich neuerdings um eine Vermittlung der Mächte bemüht. Zwar wird der Nachricht in Konstantinopel entschieden widersprochen — begreiflicherweise, denn der Rest der kriegerischen Stimmung würde vollständig verschwinden, wenn die neuerliche Bitte um Frieden in der Armee bekannt würde. Aber die Nachricht wird von London und Paris aus bestätigt und hat sehr viel innere Wahrscheinlichkeit für sich.

Karte der Belagerung von Skutari.



Die Kämpfe auf der Halbinsel Gallipoli.

Konstantinopel, 10. Februar. Seit Sonnabend nacht ist keine amtliche Mitteilung über die kriegerischen Ereignisse erschienen. Die Meldungen der Blätter stellen übereinstimmend fest, daß die Lage für die türkischen Truppen überall gut ist. Nach der Beschießung der bulgarischen Stellungen bei Silivri haben sich die Bulgaren in das Innere der Stadt zurückgezogen. Die Stadt wird jetzt von der Panzerkorvette Djilalte beschossen.

Reisende, die aus den Dardanellen hier angekommen sind, berichten, daß die vorgestrigen Kämpfe bei Maltepe auf der Halbinsel Gallipoli sehr erbittert gewesen seien. Die Bulgaren seien zu Hunderten tot und verwundet gefallen; die Türken hätten rund 30 Gefangene gemacht und nur zwei tote und etwa 30 Verwundete gehabt. Ein Teil der Verwundeten sei schon fortgeschafft worden. Eine Anzahl von Gefangenen sei von den Bulgaren im Stiche gelassen. Bei Tschataldscha sollen zwölf Bulgaren gefangen genommen sein, die hierher übergeführt worden sind.

Eine bulgarische Siegesmeldung.

Sofia, 10. Februar. Zu den vorgestrigen Kämpfe bei Bulair meldet die Agence Bulgare: Der Kampf am Sonnabend war sehr erbittert; nach einem stürmischen Angriff der Bulgaren wurden die Türken, die in beträchtlicher Stärke am Kampfe teilnahmen, zur Flucht in der Richtung auf Bulair gezwungen. Die Wirkung der bulgarischen Artillerie und des Sturms der Infanterie auf die Feinde war vernichtend; diese erlitten außerordentlich schwere Verluste und ließen auf dem Schlachtfeld eine Fahne, Geschütze, Maschinengewehre, Waffen mit viel Munition und zahlreiche tote und Verwundete zurück. Unter den Toten befanden sich zwanzig türkische Offiziere. Auf bulgarischer Seite sind 412 Soldaten und fünf Offiziere verwundet worden. Zwei Offiziere sind tot; die Zahl der getöteten Soldaten ist noch nicht festgestellt worden, doch scheint sie unbedeutend zu sein.

Die Kämpfe an der Tschataldschalinie.

Konstantinopel, 10. Februar. Ein offizielles Communiqué besagt: Unsere Truppen, die sich bei Verlos befinden, befehten, ohne Widerstand zu finden, die verschanzten Stellungen des Feindes. Der linke Flügel, der vorrückte, um den Feind auf den Höhen von Omarli anzugreifen, zwang zwei feindliche Regimenter sich zurückzuziehen. Der Feind griff unsere Stellungen am Großen See an und befeht unsere Deckungen, aber unsere Truppen erwiderten lebhaft das Feuer und nahmen sie wieder ein. Die bei Sarkoef ausgehiebenen Truppen kamen in einen Kampf mit dem Feinde

und fügten ihm einen Verlust von 200 Toten zu. Ein bulgarischer Offizier wurde gefangen genommen. Das Bombardement von Adrianopel dauert fort, aber nur noch sehr schwach.

Die Belagerung Adrianopels.

Sofia, 9. Februar. Nach hier eingetroffenen nicht offiziellen Meldungen unternahm ein türkisches Regiment heute einen Ausfall an der Ostfront von Adrianopel, wurde jedoch zurückgeschlagen.

Konstantinopel, 10. Februar. Nach Meldungen türkischer Blätter haben die Bulgaren gestern abend die Beschießung Adrianopels eingestellt.

Aufnahme der Kämpfe um Skutari.

Cetinje, 9. Februar. Amtlich wird bekannt gegeben: Der rechte Flügel der Kolonne des Generals Martinowitsch besetzte das Dorf Dions Sis unterhalb der Befestigungen des Larabosch. Der linke Flügel, welcher am Ufer des Skutarisees vorrückte, gelangte fast bis Siroka. Die Truppen des Zentrums rückten bis auf 200 Meter gegen die Befestigungen am Larabosch vor, nachdem Aufklärungsabteilungen die Stacheldrahtzäune an zwölf Stellen zerstört hatten. Von Sirolagora und Oblika aus wird der Larabosch unangefochten bombardiert. Eine serbische Truppenabteilung unter dem Kommando des Obersten Popowitsch und drei montenegrinische Bataillone mit Maschinengewehren und Kanonen rückten gegen Vrdica vor und griffen den Feind heftig an. Nach den von der Armee des Kronprinzen eingetroffenen Nachrichten sind die Türken auf der ganzen Linie geschlagen worden. Der große Bardanjolt sei bereits besetzt. Gestern gefangen genommene Türken bestätigen das Gerücht, daß Hassan Riza gefallen sei und daß in Skutari Mangel an Lebensmitteln fühlbar werde. Sie erklärten jedoch, daß Munition im Ueberfluß vorhanden sei.

Weitere Erfolge der Montenegriner.

Cetinje, 9. Februar. (Aus amtlicher montenegrinischer Quelle.) Der kleine Bardanjolt, eine wichtige türkische Position, die der Feind stark besetzt hatte und von wo aus er seit zwei Tagen Widerstand leistete, wurde von den Montenegrinern besetzt. Der Feind zog sich in gänzlicher Unordnung gegen die Stadt zurück. Die Montenegriner schafften schweres Geschütz auf die eroberte Position, von wo sie spätere Kämpfe und einen Sturm auf Skutari unterstützen können.

Cetinje, 10. Februar. (Aus amtlicher montenegrinischer Quelle.) Nach dreitägigen erbitterten Kämpfen, die die

Einnahme des Gardanojts geführt wurden, belaufen sich die Verluste der Montenegriner auf etwa 2500 Tote und Verwundete, auf Seiten der Türken sind etwa 4000 Mann gefallen, die auf dem Schlachtfelde liegen. Auf dem Tarabosch und bei Brdika wüthet der Kampf seit drei Tagen. Obwohl die Truppen gegen Befestigungen zu kämpfen haben, die mit starken Drahtgarnen umgeben sind, rücken sie doch schrittweise mit Erfolg vor. Mehrere Verschanzungen sind genommen; die heidenseitigen Verluste sind sehr empfindlich, doch sind die genauen Verlustziffern mit Rücksicht darauf, daß die erbitterten Kämpfe noch fortbauern, noch nicht festgestellt worden.

Ersuchen der Türkei um Vermittlung.

Paris, 10. Februar. Aus London wird dem „Tempo“ bestätigt, daß der türkische Botschafter Sir Edward Grey gebeten habe, eine Initiative zur Wiederoöffnung des Friedensverhandlungen zu übernehmen. Auf die Erklärung Greys, daß er hierzu bereit sei, falls die Türkei ein amtliches Ansuchen stelle, antwortete der türkische Botschafter, er sei nicht angewiesen, ein förmliches Ansuchen auszusprechen, sondern lediglich eine Initiative bei den Mächten anzuregen, deren Sache es sein würde, diese Initiative zu ergreifen oder nicht. Grey bemerkte, daß unter diesen Umständen ein genauer gefaßtes türkisches Ansuchen notwendig sei.

Die Auffassung in Konstantinopel.

Konstantinopel, 10. Februar. Die Annahme einiger Morgenblätter, daß die Entsendung des ehemaligen Großwesirs Hakkî Pascha nach London die unmittelbare Wiedereröffnung der Friedensverhandlungen bedeutet, eilt den Möglichkeiten voraus, die sich an diese Entsendung knüpfen können. Die Worte scheint jetzt jedenfalls entschlossen zu sein, direkte Verhandlungen mit den Balkanstaaten nicht mehr zu führen, da sie von der Unsichtbarkeit dieser Bemühungen jetzt überzeugt ist. Vielleicht dient der Aufenthalt Hakkî Paschas in London der dortigen Botschafterversammlung als wichtiger informatorischer Behelf. Der frühere Großwesir, der wohl bald wieder zu einer aktiven Rolle berufen werden wird, ist über die Absichten der Worte auf das genaueste unterrichtet. Der offiziöse „Tanin“ schreibt: Was die Möglichkeit betrifft, zur gleichen Zeit Krieg zu führen und zu verhandeln, so weisen wir diese nicht zurück. Allgemein herrscht aber hier die Meinung vor, daß die Worte nur durch Vermittlung der Großmächte um den Frieden verhandeln könnte.

Die Haltung der Mächte.

Die „Nordd. Allg. Zeit.“ schreibt: Der von allen Mächten gehegte Wunsch, die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten in Thrakien vermeiden zu sehen, hat sich nicht verwirklichen lassen. Unerschütterlich aber ist das Verhältnis der Mächte untereinander geblieben. Nach wie vor geht ihre Bestreben auf möglichst Beschränkung und Abkürzung der kriegerischen Ereignisse, auf zweidienliche Mitarbeit an einem baldigen Friedensschluß und auf gemeinsame Lösung der so dabei interessierenden Fragen, die von der Versammlung der Botschafter in London vorbereitet wird. Zur Erreichung dieser Ziele bleiben die Mächte solidarisch in der Bewahrung ihrer Neutralität und des europäischen Einvernehmens.

Massenverhaftungen in Konstantinopel.

Konstantinopel, 9. Februar. Die Polizei hat neun bulgarische Staatsangehörige ausgewiesen. Außerdem verhaftete sie etwa zweihundert Bulgaren aus Mazedonien, von denen vierzig nach Anatolien geschickt wurden. Das bulgarische Exarchat ist wegen deren Freilassung eingeschritten.

Ausweisung eines französischen Korrespondenten.

Konstantinopel, 9. Februar. Die Worte beschloß, den Korrespondenten des „Matin“ Guinet wegen seiner falschen und tendenziösen Berichte, namentlich über angebliche Streitigkeiten unter den türkischen Truppen bei Tschataldscha, auszuweisen.

Nochmals die Klassenjustiz.

„Da die böse Sozialdemokratie nun einmal nicht mehr in der Zwangsjacke eines drakonischen Ausnahmeregimes sitzt, muß das gemeine Recht die erforderlichen Handhaben der gewöhnlichen Fesselung darbieten. Und da das gemeine Strafrecht mit seinen Normen nun einmal nicht darauf zugeschnitten ist, speziell gegen die Sozialdemokratie Waffen herzugeben, muß man diese Normen sein säuberlich durch juristisches Dehnen und Pressen für den Zweck zurechtzimmern. Nach haben wir, die Vertreter heutiger Staats- und Gesellschaftsordnung, die richterliche Gewalt in Händen: machen wir davon rücksichtslos Gebrauch gegen die Todfeinde unseres Staates und unserer Gesellschaft, ehe die soziale Revolution uns ans Messer liefert! So etwa denken die bewußtesten und ehrlichsten Köpfe deutschen Richterstandes, denen die übrigen honnête malgré nachgiebig folgen.“

Dieses außerordentlich bezeichnende Wort hat Genosse Landsberg am Montag in seiner Rede zum Reichsjustizamt im Reichstage der unverdienten Vergessenheit entrissen und wieder einmal der Öffentlichkeit und zugleich den Akten des Reichstages überführt. Das Wort stammt aus dem Munde eines der gefählichsten bürgerlichen Juristen, des inzwischen verstorbenen Reichsgerichtsrats Mittelstaedt, der es im Jahre 1898 der Gardenschen „Zukunft“ anvertraute. Mittelstaedt selbst ist klug und kritisch genug, sich mit dieser Auffassung nicht zu identifizieren. Er kennzeichnet sie vielmehr als die Auffassung aller „stark gouvernemental gerichteten Gemüther heutigen deutschen Richterstandes“ und gibt zu, daß derartige Strömungen deutscher Justiz die Stellung der Gerechtigkeit, den Glauben an ihre Unparteilichkeit zerstören, daß vor allem der politische Gewinn, den die Strafrechtswissenschaft durch den Weg einzuheimen vermeint, ein völlig wertlos ist.“

Damit ist das Vorhandensein einer Klassenjustiz ärgster Art, das die bürgerlichen Redner zum Justizetat immer wieder mit dem vollen Bräutchen edler Entrüstung bestreiten, offen und ehrlich zugestanden, und zwar von einem, der ganz genau Bescheid weiß, und der seine Pappeneimer kennt. Denn die Sozialdemokratie ist nicht eine zufällig zusammengekauerte Gesellschaft zufällig übereinstimmender Politiker, sondern sie ist der politische Ausdruck der unterdrückten Arbeiterklasse, der alle anderen Parteien bei aller sonstigen Verschiedenartigkeit als die Vertreter der herrschenden bürgerlichen Klassen geschloßen gegenüberstehen. Die Urteile gegen die Sozialdemokratie qualifizieren sich damit ohne weiteres als Urteile der Klassenjustiz.

Auch Genosse Landsberg hat heute wieder bereitwillig zugestanden, daß es sich dabei nicht um eine persönliche gewollte und bewußte Rechtsbeugung handelt; er hat zugegeben, daß er in seiner langen Tätigkeit als Rechtsanwält den guten Willen der Richter zur Gerechtigkeit fast niemals zu bezweifeln Anlaß gehabt habe. Aber er hat doch auch, gestützt sowohl auf zuverlässiges Material als auch auf schlüssige Deduktionen, denen das Haus mit großem Interesse zuhörte, den überzeugenden Beweis geführt, daß die Richter ungewollt und unbewußt ihren Klassenanschauungen und ihren Klassenvorurteilen zum Opfer fallen, leider immer zum schweren, verbitternden und aufreizenden Nachteil für die Arbeiter.

In einer ähnlich unerfreulichen Lage wie die Arbeiter im allgemeinen befinden sich heute, wenn auch nur aus rein politischen Gründen, noch vielfach die Polen in Preußen. Deren Redner, der Rechtsanwält Trampczynski, vermochte deshalb auch aus dem Vollen zu schöpfen, als er die Parteilichkeit der preussischen Justiz polnischen Angeklagten und polnischen Rechtschendenden gegenüber geißelte.

Der Fortschrittler Klabach wandte sich gegen die Bestrebungen, zum Zwecke der Bekämpfung von Schmutz und Schund in Literatur und Kunst Befehle zu machen, durch die die Richter zur Entscheidung über ethische und ästhetische Streitfragen berufen würden. Er wies ferner auf die interessante Tatsache hin, daß der Bund der Landwirte, ein politischer Verein, ins Vereinsregister eingetragen sei. Der Staatssekretär Visco redete sich damals heraus, daß die Justiz dafür nicht verantwortlich gemacht werden könne, da die zuständige Verwaltungsbehörde keinen Einspruch gegen die Eintragung erhoben habe. Ein bequemer Standpunkt, der im Fortgange der Debatte wohl noch kräftig angefochten werden wird.

Zur Wohnungsfrage.

Wie oft hat der Reichstag bereits die Wohnungsfrage erörtert! Wie viele Vorschläge zur „Lösung“ der Wohnungsfrage haben die bürgerlichen Sozialpolitiker bereits gemacht!

Auch unsere Partei hat es seit jeher nicht an Anregungen zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse und an der Förderung aller Bestrebungen fehlen lassen, die auf dieses Ziel gerichtet sind. Das hat unsere Partei getan, obgleich sie nicht im Zweifel darüber war und ist, daß die Wohnungsfrage in Wahrheit nicht so „gelöst“ werden kann, wie es die bürgerlichen Sozialpolitiker darstellen.

Die Wohnungsfrage hat eine zweifache Bedeutung: Sie heißt auf der einen Seite Maßnahmen, die den Grund- und Bodenwucher einschränken und den Bau preiswerter Häuser mit guten Wohnungen für die große Masse des arbeitenden Volkes möglichst erleichtern. Die Wohnungsfrage ist aber auch ein Teil der Lohnfrage, und hier heißt es, den Einfluß der Arbeiter und ihrer Verbände auf die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse immer mehr zu verstärken, um die Löhne zu erhöhen und es dadurch den Arbeitern zu ermöglichen, die Miete für gute Wohnungen zu bezahlen.

Die Vorschläge der bürgerlichen Sozialpolitiker zur „Lösung“ der Wohnungsfrage sehen von der Bedeutung der Wohnungsfrage als eines Teils der Lohnfrage ganz ab. Sie beziehen sich nur auf den Bau guter und preiswerter Wohnhäuser für die große Masse des arbeitenden Volkes. Auch die Sozialdemokraten beteiligen sich an diesen Bestrebungen, weil sie dazu beitragen, die Mißstände im Wohnungswesen hier und dort wenigstens einigermaßen zu mildern. So ist es gekommen, daß der Reichstag am 21. Mai 1912 einstimmig jene bekannte Erklärung mit den Grundzügen abgegeben hat, nach denen das Reich den Bau von guten und preiswerten Wohnhäusern fördern soll.

Jetzt kommt es darauf an, auch die Regierungen zu einem tatkräftigen Vorgehen gemäß jener Erklärung zu veranlassen. Dies sollte eigentlich keine große Mühe machen. Der Grund- und Bodenwucher — wenigstens der städtische — ist angeblich nirgends beliebt. Selbst die Junker haben sich über den Grund- und Bodenwucher in den Großstädten schon oft gewaltig entrüstet. Trotzdem mußte bei den Debatten der vorigen Woche unser Redner im Reichstage, Genosse Göhre, feststellen, daß wir noch sehr weit von den in jener Erklärung geforderten Maßnahmen entfernt sind. Die Reichsverwaltung weigert sich, die Angelegenheit in vollem Umfange in die Hand zu nehmen, da die Einzelstaaten nach ihren besonderen Verhältnissen gewisse Teile der Wohnungsfrage regeln wollen. Der größte Bundesstaat, Preußen, versagt hier, wie in allen Fragen der Volkswohlfahrt. Deshalb forderte Genosse Göhre, daß die Wohnungskommission des Reichstages, die jene Erklärung des Reichstages vorbereitet hat, bestehen bleibt, um den Kampf für die Maßnahmen des Reichs auf diesem Gebiete weiter zu führen.

Eine große Rolle spielte im Reichstag der Entwurf eines Wohnungsgesetzes, den — wie wir ausführlich berichtet haben — die preussische Regierung vor einigen Tagen veröffentlicht hat. Genosse Göhre erinnerte daran, daß die preussische Regierung einen derartigen Entwurf bereits im Jahre 1904 veröffentlicht hat und trotzdem nichts daraus geworden ist. Auch jetzt ist zu befürchten, daß wir in Preußen nicht das erreichen werden, was notwendig ist.

Im preussischen Dreiklassenhaus herrschen infolge des schmachvollen Dreiklassenwahlrechts die völkseindlichen Parteien, die von den Geldleuten gewählt werden. Diese „Vollvertreter“ sind von den Grund- und Bodenwuchern abhängig. Wie können solche Leute ernstlich gegen den Grund- und Bodenwucher vorgehen? Dazu kommt die Herrschaft der Grund- und Bodenwucherer in den Gemeindevertretungen, für die nicht nur ebenfalls ein Dreiklassenwahlrecht besteht, sondern auch die Bestimmung gilt, daß ihre Mitglieder mindestens zur Hälfte Hausbesitzer sein müssen.

Trotzdem haben verschiedene Redner der bürgerlichen Parteien die Veröffentlichung des preussischen Entwurfs als eine — Tat gefeiert und verlangt, daß zunächst abgewartet werden müsse, was in Preußen in bezug auf die Wohnungsfrage erreicht werde. Ganz besonders entschieden traten für das Recht der Einzelstaaten, gewisse Teile der Wohnungsfrage zu regeln, die Junker ein. Das ist begreiflich, da in Preußen bei der jetzigen Wirtschaft ihr Vorteil unter allen Umständen gewahrt wird. Ist doch auch in dem preussischen Wohnungsgesetz keine einzige Bestimmung enthalten, die sich gegen den Grund- und Bodenwucher der Agrarier richtet. Wenn also in Preußen wirklich unter den jetzigen Verhältnissen etwas zustande kommen sollte, dann würde das für die Agrarier ganz ungeschicklich sein.

Die Verhältnisse im Wohnungswesen sind aber derart, daß möglichst bald eingegriffen werden muß. Deshalb können sich die Arbeiter im Reich unmöglich durch die Unterwürfigkeit in Preußen zurückhalten lassen. Sie müssen vielmehr darauf dringen, daß unter allen Umständen die notwendigen Maßnahmen durchgeführt werden. Das Reich darf nicht warten, bis es Preußen gefällt, in dieser Frage mit genügenden Maßnahmen vorzugehen. Das Reich muß eingreifen und alles das durchführen, was zur Besserung der Wohnungsfrage geeignet ist.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. Februar 1913.

Der Baucetat im preussischen Abgeordnetenhaus.

Im preussischen Dreiklassenhaus wurde am Montag der Baucetat weiterberaten. Der konservative Abg. v. Malchahn richtete gegen den Staatssekretär Delbrück aufs neue heftige Angriffe. Das Wohnungsgesetz müsse eine preussische Angelegenheit bleiben, in die man sich nicht hineinreden lassen wolle, denn man wolle seine Freiheit behalten. Die Konservativen hielten an der kaiserlichen Volkshaus von 1881 fest und machten damit bessere Sozialpolitik als „andere Leute“! — Der nationalliberale Abg. Dr. Köhling stellte sich auf den gleichen Standpunkt. Auch er erklärte die gesetzliche Regelung des Wohnungswesens für eine Landesangelegenheit und bildete den kostbaren Satz, daß beim Dreiklassenhaus mindestens ebenso viel sozialpolitisches Verständnis zu finden sei, wie bei den Reichsämtern. Die Debatte drehte sich sonst zumeist um die Frage, ob durch den neuen Großschiffahrtsweg Berlin—Stettin, von dem der Fortschrittler Bippmann übrigens ausführte, daß er eigentlich ein Kleinbahnfahrweg sei, die englische Kohle auf dem Berliner Markt zum Nachteil der obereschlesischen bevorzugt werden würde. Obgleich das Wassertrahngesetz von 1906 den obereschlesischen Kohlenbergwerken zusichert, daß eine solche Benachteiligung durch entsprechende Frachttarife verhindert werden solle, kündigte der Verkehrsminister v. Dreißbach an, daß abermals 40 Millionen Mark zur Verbesserung der Schifffahrt auf der oberen Oder angelegt werden sollen. — In der Debatte war auch die Rede von der Errichtung eines eigenen Bauten-Ministeriums; jedoch sprach sich der Minister gegen die Trennung der Kanalverwaltung von der Eisenbahnverwaltung aus.

In der Einzelberatung trat Genosse Hoffmann für die Arbeiter der Wasserbauverwaltung ein und kritisierte scharf die völlig grundlosen plötzlichen Entlassungen einiger Tugend Familienväter, die schon seit 5—15 Jahren bei der Wasserbauverwaltung in Swinemünde beschäftigt waren. Er hatte den Erfolg, daß der Unterstaatssekretär an diese Entlassungen gar nicht glauben wollte und sie auch nicht billigte. — Genosse Hoffmann kam auch noch darauf zurück, daß die fortschrittlichen Redner den Minister mit Erfolg gebeten hätten, den Arbeitern den Beitritt zum Hirsch-Dünderden Gewerkschaften zu gestatten, und er trat dafür ein, daß den Arbeitern ihr Vereinigungsrecht unverkümmert gewahrt bleibe, gleichgültig in welchem Sinne sie es ausüben wollten.

Zur deutsch-englischen Flottenfrage.

Zu der Erklärung des Staatssekretärs des Reichsmarineamts über die Flottenfrage meldet die „Köln. Ztg.“ in einem anscheinend offiziellen Telegramm aus Berlin folgendes:

„Entsprechend der alles überlagernden Bedeutung der Frage der deutsch-englischen Beziehungen und der Flottenrüstungen beider Länder, werden die Äußerungen, die der Staatssekretär v. Tirpitz gestern in der Budgetkommission über das Verhältnis beider Flotten gemacht hat, aber vielmehr der kurze Auszug aus seinen Darlegungen, der durch die Presse geht, heute in Deutschland und England aufs lebhafteste besprochen. Soweit man die Mitteilungen des Staatssekretärs — daß ein Verhältnis von 10:16 zwischen der deutschen und der englischen Schlachtschiff-Flotte für die nächsten Jahre annehmbar sei, und daß er von seinem Reformstandpunkte keine Bedenken dagegen habe — politisch ausbeutet oder in ihre eine über-taschende Neugierde erblicken will, greifen die Kommentatoren daneben, Sie gehen von falschen Voraussetzungen aus, einmal als ob Herr v. Tirpitz ein „Flottenabkommen“ habe anknüpfen wollen, zum andern, als ob er etwas habe mitteilen wollen, was bisher unerhört gewesen sei. Grundsätzlich ist in der deutschen Presse diese Auffassung nur vereinzelt. Richtig sagt man unserm Erachtens die Mitteilungen aus, wenn man davon ausgeht, daß die Auslassungen des Herrn v. Tirpitz an sich weder etwas Neues bieten, noch etwa gar einen veränderten Standpunkt der deutschen Marinepolitik ankündigen wollen. Man muß sich ins Gedächtnis zurufen, daß der englische Marineminister Churchill am 18. März vorigen Jahres von diesem Verhältnis zwischen den beiden Flotten gesprochen und es für die nächsten Jahre und für die Dreadnought-Flotte für annehmbar erklärt hat. Dieser Erklärung seines englischen Kollegen schließt sich Herr v. Tirpitz an, indem er auch für diese Relation für die nächsten Jahre für annehmbar erachtet.“

Man hat feinerzeit bei uns viel von dem Verhältnis zwei zu drei beider Flotten gesprochen, was ungefähr daselbe ist, wie das Verhältnis 10:16. Der Grundgedanke war dabei kein anderer wie der, der den geistigen Äußerungen des Staatssekretärs zugrunde lag, daß bei diesem Verhältnis dem englischen Flottenmachtsbedürfnis sein Recht wird, und daß Deutschland dabei eine Flottenstärke hat, die den Angriff auf uns zu einem Risiko macht, das ein Gegner sich zweimal überlegt, ehe er es eingibt, das also für uns das notwendige Mindestmaß an Schutz bildet. Das ist der „Risikoedanke“ des deutschen Flottengesetzes, der seine Erfüllung allerdings erst bei der Durchführung des Gesetzes, also 1920, gefunden haben wird. Er findet in dem 2:3 oder 10:16 seinen Ausdruck. Ein solches Verhältnis läßt sich nicht in bezug auf Einzelschiffe aufstellen, sondern nur in bezug auf Verbände, und dies ist erst möglich, nachdem sich England eine feste Organisation von Linienschiffverbänden geschaffen hat. Dabei kann immer die Einzelqualität der Schiffe auch in diesem Verhältnis, wie es z. B. die Durchführung jedes Flottengesetzes für Deutschland und England mit fünf deutschen gegen acht englische Linienschiffgeschwader schaffen wird, Schwankungen herbeiführen. Aus Gründen des derzeitigen englischen Linienschiffbaus wird das erwähnte Verhältnis für die nächsten Jahre bestehen bleiben, die Geschwaderverbände bleiben 5:8.

Es wird noch Anlaß sein, auf die Angelegenheit zurückzukommen und dabei der Schwierigkeiten eines eigentlichen „Flottenabkommens“, von dem jetzt fälschlich gesprochen wird, zu gedenken. Einstweilen sei festgestellt, daß die Bezeichnung eines gegenseitigen Verhältnisses wie des jetzt festgestellten als zweckmäßig und seine vorläufige Beibehaltung, entsprechend den von beiden Seiten erfolgten Erklärungen, eine Grundlage schafft, auf der sich eine friedliche Verständigung über alle möglichen sonstigen Probleme erreichen lassen wird. Darauf kommt es in erster Linie an, nicht auf die Erreichung eines utopischen „Abkommens“, das aus noch zu besprechenden Gründen den Reim zu großen Schwierigkeiten und Reibereien bergen würde.“

Wieder eine nationalliberale Einigkeitskomödie.

Die gestrige Sitzung des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei im Reichstag hat nach bekanntem Rezept wieder mit der üblichen Konstatierung der Einseitigkeit der nationalliberalen Partei geendet. Einberufen war die Sitzung um den Streit Ludewig-Schiffer zu schlichten und den Mitgliedern des Zentralvorstandes Gelegenheit zu bieten, sich über die gegenseitigen Strömungen in der eigenen Partei auszusprechen. Die Besorgnis, daß es zu ernstlichen Konflikten kommen könne, hatte aber die leitenden Größen demogen, schon vorher eine große Versöhnungsfahrt zwischen dem Geheimrat Ludewig und dem Oberverwaltungsgerichtsrat Schiffer einzuleiten; und nachdem beide in belamter Weise ihren Streit für ein großes Mißverständnis erklärt und

sich gegenseitig halbe Ehrenerklärungen ausgestellt hatten, konnte die Aussprache über die sogenannten „inneren Angelegenheiten“ auf ein Minimum eingeschränkt werden. Tatsächlich waren diese „inneren Angelegenheiten“ dann auch erst als zweiter Punkt auf die Tagesordnung gesetzt, und sie wurden gar schnell dadurch erledigt, daß der Geschäftsführende Ausschuß folgenden von der Versammlung mit heilerem Verständnis genehmigten Antrag stellte:

Der Zentralvorstand beauftragt den Geschäftsführenden Ausschuß, eine Kommission einzusetzen, welche Vorschläge für eine zweckmäßige Regelung der Beziehungen zwischen dem Zentralbureau und den Geschäftsstellen im Lande im Interesse einer wirksamen Aufrechterhaltung der Parteidisziplin auszuarbeiten und dem Zentralvorstande bei seinem nächsten Zusammentreten zu unterbreiten hat.

Bei der Aussprache wurde den Parteifreunden besonders auch eine bessere Disziplin in der Benutzung der Presse ans Herz gelegt. Es wurde dabei festgesetzt, daß die „Süddeutsche National-liberale Korrespondenz“ und die „Hamburger Nachrichten“ als außerhalb der Partei stehend betrachtet werden. Eine Mitarbeit an diesen Organen sowie die Benutzung gegnerischer Blätter zur Erörterung von inneren Parteifragen laufe dem Interesse der Partei zuwider.

Da diese Begründung des Streites in einer Kommission jedoch als einziger Gegenstand der großen Beratung allzu winzig erschien, war außerdem ein großes Referat des Herrn Wasseremann über die „auswärtige Politik, Landesverteidigung und Kostendeckung“ auf die Tagesordnung gesetzt worden, das diesem Führer der Fraktion Drehscheibe einen willkommenen Anlaß bot, wieder mal allerlei „Richtlinien“ für die nächste Zukunft zu skizzieren. Mit bekannter vaterländischer Begeisterung führte er aus, die ganze internationale Lage nötige zu gewaltigen militärischen Anstrengungen, wie sie vielleicht einzig daständen in der Geschichte. Das deutsche Volk sei reif genug, für sich in Anspruch zu nehmen, selbständig zu drüsen, ob die Vorschläge der Regierung für die Erhaltung der Schlagfertigkeit unserer Wehr ausreichend sind. Die nationalliberale Reichstagsfraktion habe die Meinung, daß die Forderungen, die sie schon 1911 und 1912 erhoben, nunmehr verwirklicht werden sollen durch die neue Wehrlage, die in nächster Zeit dem Reichstage vorgelegt werde. Das die Deckungsfrage anlangt, so sei der Weg vorgezeichnet, durch den im Vorjahre angenommenen Vektorenantrag Wasseremann-Ergenberger. Gehe die Regierung mit fester Entschlossenheit zu, dann aber auch nur dann, werde sie die vorhandenen Schwierigkeiten überwinden.

Abg. Wasseremann schloß mit dem Hinweis auf die starke nationale Bewegung im deutschen Volke und die freudige Opferbereitschaft, die sich überall kundgebe. Unsere Zeit sei richtig gekennzeichnet mit dem Wort: Widmarck ist nicht tot, Widmarck lebt, aber nicht in der Regierung, sondern im Volk!

Schließlich wurde folgende von den Herren Wasseremann, Friedberg und Schifferer in hehrer politischer Uebereinstimmung gemeinsam eingebrachte Resolution angenommen:

Der Ernst der Zeit erfordert mehr als je zum Schutze unserer nationalen und wirtschaftlichen Interessen eine kraftvolle, zielbewusste auswärtige Politik. Zu ihrer Durchführung bedarf es zunächst einer zeitgemäßen Reform des auswärtigen Dienstes, der durch Befähigung der herrschenden Exklusivität allen dazu geeigneten Kräften unseres Volkes zugänglich zu machen ist. Vor allem ist aber eine schleunige und gründliche Verstärkung unserer Wehr unumgänglich notwendig. Im Einklang mit dem Standpunkte, welchen die Reichstagsfraktion bei der Einbringung der Vorlage des Jahres 1911 und bei der Militärvorlage des Jahres 1912 eingenommen hat, fordert der Zentralvorstand die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht und alle Maßnahmen, welche zur Beschleunigung der Mobilisierung und der Sicherung einer kraftvollen Offensive dienen, und begrüßt mit Genugtuung den Entschluß der Verbündeten Regierungen, dem Reichstage eine diesen Gesichtspunkten entsprechende Vorlage zu unterbreiten. (Verstärkung der Reden, der Artilleriebespannung und Formierung von Kavallerie- Divisionen im Frieden, ferner Schaffung einer deutschen Luftflotte für Meer und Flotte.)

Eine gar lustige Komödie!

Pulverdamf und Profit!

Die Kriegsbegeisterung ist ein lohnendes Geschäft! Die wütendsten Chauvinisten, die jeden Tag andere Nationen in Grund und Boden wünschen und das eigene Volk nationalstisch zu fanatisieren versuchen, liefern den „Feinden“ mit Vergnügen Nordwestzinn und Schießbedarf. Und die Geschäftspatrioten können mit dem Erfolg ihres hegerischen Eifers zufrieden sein. Gleichlaufte das Ausland zu erhöhten Preisen Waffen und Munition. Im Jahre 1912 wurden aus Deutschland 18719 Doppelzentner Feuerwaffen ausgeführt, genau doppelt soviel, als im Jahre vorher. Glänzend noch war das Pulvergeschäft. Die Ausfuhr an Sprengstoffen, Schießbedarf und Blindwaren, die für 1911 in der Statistik mit 143715 Doppelzentner im Werte von 38 Millionen Markl bezeichnet steht, ergab im letzten Jahre 212659 Doppelzentner im Werte von 64,5 Millionen Markl. Der Menge nach stieg die Ausfuhr um fast 50 Proz., dem Werte nach aber um 70 Proz. So wird der Feind gegen das heißgeliebte Vaterland ausgerüstet! Das bringt doch was ein! Wie noch bemerkt werden mag, ist die Einfuhr — auch wir kaufen und erhalten natürlich von den „Gegnern“ Nord- und Zerföhrungsstoffe — zurückgegangen. Bei den Feuerwaffen von 2128 Doppelzentnern auf 2111 Doppelzentner, und bei den Pulverwaren von 7040 auf 6864 Doppelzentner.

Selbstverständlich sind die Geschäftspatrioten geschäftlich neutral. Sie liefern an jeden Staat die besten Waffen, die allerbeste Munition. Das heimtückische Rußland gehört genau so gut zu den Kunden unserer Nordwestmittelindustrie wie das „perside“ Arabien. Die Hauptabnehmer sind natürlich zurzeit die an dem Balkanrieg interessierten Staaten: die Türkei, Rumänien, Bulgarien, Griechenland. Auch Oesterreich-Ungarn hatte große Bedürfnisse. Und der Natur: „Völker Europas, schließt Eure heiligsten Güter!“ hinderte das vaterländische Gewissen unserer Kriegspatrioten auch nicht, Japan und China mit den neuesten Erzeugnissen der modernen Geschütztechnik zu versehen. Der Nationalismus ist den Geschäftspatrioten ein gutes Mittel zur Hebung ihres Profits. Je mehr die Staaten sich bekämpfen und für den befürchteten Weltkrieg rüsten, je höher steigen die Dividenden der Waffenfabriken.

Muß man weit zurückgreifen?

Wenn es gilt, die geradezu handgreifliche Existenz der Klassenjustiz aus der Welt zu leugnen, ist unserer bürgerlichen Presse auch die fadensteingigste Ausflucht recht. Freilich, das massenhafte Tatsachenmaterial ist nicht zu widerlegen; so muß denn irgendwohinein daran herangemäkelt und seine Bedeutung abgeschwächt werden. Wie das gemacht wird, zeigt die „National-Zeitung“ vom 8. Februar, das die Rede des Genossen Sohn zum Justizetat mit folgenden Worten kritisiert:

„Die klassischen Beispiele der „Klassenjustiz“ holt er (der Redner) aus der sozialdemokratischen Kammer herbor: Arbeitswille, Raubiter Prozesse und Fall Eulenburg. Es ist immerhin bemerkenswert, daß der Genosse, um recht kräftig verdammen zu können, so weit zurückgreifen muß in die gute alte Zeit.“

Es kann hier ganz davon abgesehen werden, daß die gute alte Zeit, aus der diese Fälle stammen sollen, die Jahre 1909—1912 sind; — ist doch recht erfreulich, wenn die „National-Zeitung“ plötzlich so umständlich geworden ist, daß sie die Neuzeit erst mit 1913 beginnen läßt. Aber die Fronte des Schicksals will es, daß in genau der gleichen Nummer der Fall des Regimentkommandeurs Hennigst in zwei Brüchen glossiert wird, der einen Redakteur auf offener Straße geohrfeigt hat und von dem Kriegsgericht in Landau mit 50 Mark bestraft worden ist. „Eine billige Ohrfeige“ nennt das die „National-Zeitung“. Sie meint:

„Der Oberst behauptete, daß er sich nicht anders habe helfen können, und seine militärischen Richter müßten wohl diesen Standpunkt gewürdigt haben, denn anders ist die niedrige Strafe für einen Meeberfall in aller Öffentlichkeit nicht erklärlich. Zugabe, daß der Oberst gereizt war und für die Ehre seines Offizierskorps einzutreten sich verpflichtet hielt, konnte er nicht den Weg der Klage beschreiten, die zweifellos der Staatsanwalt im öffentlichen Interesse erhoben hätte, wenn es galt, die politische Neutralität des Offizierskorps zu beweisen? Oder hielten sich die Offiziere für zu gut, sich ihre Unschuld von einem bürgerlichen Gericht bestätigen zu lassen? Diese Ausübung des Postrechts ist gewiß nicht geeignet, Sympathie zu erwecken, vielmehr drängt sich unwillkürlich die Frage auf, welche Strafe der Schriftsteller erhalten hätte, wenn er den Obersten auf offener Straße in dieser brutalen Weise angegriffen und tötlich beleidigt hätte.“

Man braucht also, um die Existenz der Klassenjustiz zu beweisen, wirklich nicht auf die „gute alte Zeit“ vor 1913 zurückzugreifen.

Ein Schilfbürgerrecht.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlichte die Chemnitzer „Vollstimme“ einen Artikel, in dem das Verhalten der sächsischen Regierung gegenüber der Petitionskommission des Landtages kritisiert wurde. Die Kommission wollte sich im Dresdener Schloßhof das Schloß ansehen. Da kam die Regierung und erhob auf Grund einer ganz veralteten Bestimmung der Verfassung Einspruch beim Stadtrat in Dresden. Der Landtag darf nach dieser Bestimmung nur mit der Regierung direkt verkehren. Die Petitionskommission fuhr darauf nach Halle und orientierte sich auf dem dortigen Schloßhof über das Schloß. Diese Vorgänge wurden in der „Vollstimme“ entsprechend kritisiert. Das gestiefelte Chemnitzer Oberstaatsanwalt nicht. Er erhob Anklage und die Strafkammer verurteilte den verantwortlichen Redakteur Seifarth zu einem Monat Gefängnis, trotzdem das als Zeugen geladene Landtagsabgeordnete erklärten, sie hätten das Vorgehen der Regierung als eine Verletzung der Abgeordneten aufgefaßt.

Ungarn.

Der Wahlrechtskampf.

Budapest, 8. Februar. (Fig. Ver.) Nun hat der parlamentarische Wahlrechtsausschuß die Beratung der von allen Seiten angefeindeten Wahlrechtsvorlage begonnen.

Ohne alle Opposition, nur aus Mitgliedern der Regierungspartei bestehend, soll dieses 40gliedrige Komitee nun das Gesetz zustande bringen, welches dem arg zerklüfteten Lande Ruhe schaffen soll. Wer diese Männer, die in den Wahlrechtsausschuß gewählt wurden, genau kennt, muß jede Hoffnung aufgeben, denn ihnen fehlt selbst der Wille, etwas Gutes zu schaffen.

Ist nun die Arbeiterklasse darüber im Reinen, daß bei den Beratungen des Wahlrechtsausschusses für sie nichts Erpressliches heraustritt, um so mehr darüber, daß die Agitation für den bevorstehenden Generalstreik im ganzen Lande nicht nachläßt. Die industriellen Arbeiter sind bereits für die kommenden Kämpfe mobilisiert, Fabrik- und Werkstättenkonferenzen, Branchenversammlungen und öffentliche Massenmeetings werden abgehalten, und der Massenstreik wird in diesen Versammlungen vorbereitet.

Auch die landwirtschaftlichen Arbeiter sind ganz Feuer und Flamme für den Massenstreik. Wenn auch die Stuhlrichter die angemeldeten Versammlungen mit der Tagesordnung „Der Massenstreik“ meist verbieten, lassen sich die begeisterten Bauern doch nicht abhalten, in aller Stille für den letzten Kampf des Proletariats zu wirken. Wohl erschweren die Gendarmen auch diese geheimen Beratungen der landwirtschaftlichen Arbeiter, aber dies treibt dieselben nur noch zu größerem Eifer an.

Und auch unter der Erde rumort es: die Bergarbeiter Ungarns, 80000 an der Zahl, die durch das veraltete Berggesetz noch immer vom Koalitionsrecht ausgeschlossen sind, stehen auf der Seite ihrer industriellen Brüder. Es ist mehr als gewiß, daß bei Ausbruch des Massenstreiks diese schwarzen Sklaven ihren Herren den Gehorsam verweigern.

In allen Gegenden des Landes, selbst dort, wo noch nie das Wort „Sozialismus“ ausgesprochen wurde, finden politische Versammlungen statt, in welchen die Wahlrechtsvorlage besprochen wird. Sehr wirksam für die Agitation sind die in Millionen von dem Parteivorstand herausgegebenen Flugblätter, die in allen Sprachen des Landes erscheinen. Solche Flugblätter wurden verbreitet 1 Million unter den industriellen Arbeitern in deutscher und ungarischer Sprache, 1 Million unter der Landbevölkerung in ungarischer und deutscher Sprache, 1 Million unter den Bergarbeitern in ungarischer, deutscher, slawischer und rumänischer Sprache und 1/2 Million unter den Soldaten, die Proletariat in Waffenrod“, in ungarischer und deutscher Sprache. Das letzte Flugblatt wurde von der Staatsanwaltschaft konfisziert, die Verteilung war aber schon erfolgt, und das Budapest Korpskommando sah sich gezwungen, in einem Tagesbefehl die Soldaten bei strengster Strafe vor der Annahme und dem Lesen der Flugblätter zu warnen.

Die Regierung hat es nicht an Versuchen fehlen lassen, den Streik zu verhindern oder wenigstens zu parieren. Die Behörden sind durch amtliche Rundschreiben aufgefordert worden, der Arbeiterbewegung und den Versammlungen größte Aufmerksamkeit zu schenken.

Durch ein vertrauliches Rundschreiben der Regierung sind die Behörden noch aufgefordert worden, bei Ausbruch des Streiks selbst mit den äußersten Mitteln einzuschreiten, um Ruhe und Ordnung „um jeden Preis“ aufrechtzuerhalten.

In der Hauptstadt und in großen Industriestädten wurde den Soldaten verboten, Schankwirtschaften zu besuchen, in denen Arbeitervereine tagen oder Arbeiter verkehren. In der Hauptstadt wurde das seit undenkbar langen Zeiten dort liegende Husarenregiment Nr. 32 verlegt und ein serbisches Regiment in Budapest einquartiert.

All diese Vorkehrungen und Rüstungen der Regierung sind natürlich nicht imstande, die Arbeiter von ihrem Vorhaben abzubringen. Andererseits versucht es die Regierung wieder, die Sozialdemokratie im Guten zur Aufgabe ihrer Pläne zu veranlassen. So wird geflüstert von Regierungskreisen die Nachricht kolportiert, der „radikale“ Teil des Wahlrechtsausschusses werde große Begünstigungen für die industrielle Arbeiterchaft beantragen, und die Regierung beabsichtige, diesem Verlangen zu entsprechen.

Italien.

Abwehr eines Anschlags der Senatoren auf den Arbeiterschuh.

Rom, den 8. Februar. (Fig. Ver.) Das am 22. Dezember 1912 von der italienischen Kammer angenommene Gesetz über die Fabrikinspektion hatte vorher im Senat eine durchaus reaktionäre Abänderung erfahren: unter dem Vorwand, das Eindringen der Inspektoren in die Privatwohnungen der kleinen Unternehmer zu verhindern hatte der Senat die Worte des Entwurfs weggestrichen, die den Beamten freistellen, die mit den Werkstätten zusammenhängenden Nebenräume zu inspizieren. Ohne dieses Recht wäre die Fabrikinspektion der kleinen Betriebe praktisch so gut wie wertlos gewesen, da den Unternehmern nichts leichter war, als die gelegentlich beschäftigten Kinder oder Frauen beim Erscheinen der Inspektoren in den Nebenräumen zu verstecken. Nun haben aber die vom Reichsarbeitsrat auszuarbeitenden Ausführungsbestimmungen, die durch königliches Dekret Gesetzeskraft erlangen, das vom Senat verkürzte Recht wieder hergestellt. Im Reglement, dessen Entwurf soeben vollendet worden ist, heißt es nämlich, daß die Inspektion der Nebenräume freisteht, falls die Inspektoren begründeten Verdacht haben, daß in diesen Räumen der Beweis für Gesetzesübertretungen verborgen gehalten wird. Darum handelte es sich ja gerade! Gerade diese heimliche Stätte des Unternehmertums wollte der Senat vor profanen Augen sicherstellen!

England.

Das Unterhaus zur deutsch-englischen Flottenverständigung.

London, 10. Februar. Unterhaus. Der Nationalist Midlemore richtete an den Ersten Lord der Admiralität, Churchill, die Anfrage, wie stark nach dem gegenwärtigen Bauplan der vollständige Besitzstand der deutschen Flotte an Dreadnoughts im April 1916 sein werde und eine wie große Anzahl britischer Schiffe erforderlich sein werde, um den Ueberlegenheitsstandard Endlands, wie er am 18. März 1912 festgelegt worden sei, aufrechtzuerhalten. Churchill erwiderte, daß die Zahl der deutschen Dreadnoughts einschließlich der Schlachtkreuzer zur genannten Zeit auf 25 berechnet werde, die gesamte britische Flotte werde dann einschließlich der Schiffe Neuseelands, Australiens und der beiden Lord Nelsons, aber ausschließlich der von den malayischen Staaten und der von Kanada in Aussicht genommenen, 43 Dreadnoughts besitzen. So werde der Ueberlegenheitsstandard gewahrt sein, wenn die dem Parlament im vorigen Jahre angekündigten Baupläne durchgeführt sein werden.

China.

Rüstungen gegen die Mongolei.

Urga, 9. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Der Aufklärungsdienst der mongolischen Regierung hat festgestellt, daß die chinesische Regierung jetzt für einen Krieg gegen die Mongolei über 40000 Mann jeder Waffengattung verfügt, die an den Grenzgebieten zusammengezogen sind.

Japan.

Weitere Vertagung des Parlaments.

Tokio, 10. Februar. Nach einer eilig zusammenberufenen Ministerkonferenz ist heute das Abgeordnetenhause, als es im Begriffe war, sich zu versammeln, durch einen kaiserlichen Erlaß vertagt worden. Die dem Parlamentengebäude benachbarten Straßen sind von einer leidenschaftlich erregten Menge überfüllt; Gendarmen unterstützen die Polizei bei Aufrechterhaltung der Ordnung.

Amerika.

Armeerevolution in Mexiko.

Mexiko, 9. Februar. Eine Armeerevolution ist ausgebrochen. Die Truppen haben den Nationalpalast und die wichtigsten öffentlichen Gebäude besetzt und patrouillieren in den Straßen. Gustavo Madero wurde zum Gefangenen gemacht.

Mexiko, 9. Februar. Nach längeren Straßenkämpfen hat die Regierung teilweise wieder die Oberhand gewonnen. Bis jetzt dürften etwa 150 Mann an Gefassten worden sein. Bis jetzt der Regierungspartei fiel General Villar. Präsident Madero befehligte zeitweise persönlich die ihm ergebenden Truppen. Der größere Teil der Armee scheint der Regierung treu geblieben zu sein. Die Haltung der Artillerie ist zweifelhaft. Die Regierung hat wieder von dem Nationalpalast Besitz ergriffen. Die Insurgenten setzten Felix Diaz und den General Bernardo Reyes in Freiheit.

Mexiko, 10. Februar. Im Verlaufe der Kämpfe gingen die Artillerie und der größte Teil der Truppen zu Diaz über, der Herr der Situation zu sein scheint. Diaz ist ein Neffe des früheren Präsidenten. Nach den letzten Telegrammen halten sich Präsident Madero und die Minister noch im Nationalpalast, um den sich die blutigsten Kämpfe abspielen. Unter den Verwundeten befindet sich auch der Kriegsminister. General Gregorio Ruiz, zwei Hauptleute und drei Leutnants sind im Coastguard-Palast tödlich verwundet worden. Nach einer anderen Meldung sollen sie von ihren eigenen Soldaten getötet worden sein, weil sie versuchten, diese von einer Vereinigung mit den Rebellen abzuhalten. Diaz hat erst nach heftigem Widerstand das Arsenal einnehmen können. Auch aus anderen Orten werden Revolutions-Aufstände gemeldet.

Mexiko, 10. Februar. (Meldung der „Associated Press“.) Felix Diaz, der am Sonntag noch ein zum Tode verurteilter politischer Gefangener war, besitzt jetzt tatsächlich die Gewalt in Mexiko; er hat drei bis vier Waffenarsenale und Pulverfabriken in seinem Besitz. Madero wurde am Sonntag bis 10 Uhr abends in dem Nationalpalast belagert, den er um diese Zeit mit den Ministern verließ. Seine Familie floh auf die japanische Gesandtschaft. Schon früher wurde in diplomatischen Kreisen offen erzählt, daß Madero nicht imstande wäre, die Ausländer mit den ihm zur Verfügung stehenden Kräften zu schützen. Es verlautet, daß Diaz an Madero ein Ultimatum gerichtet habe, in der Form, daß er ihn wissen ließ, wenn er sich nicht ergäbe, so würde er den Palast in die Luft sprengen. Die Stadt ist ruhig. Jedoch sollen Sonntag nacht 250 Personen getötet und mehrere hundert verwundet worden sein.

Nach späteren Meldungen ist Madero mit seiner Familie auf die Nachricht hin, daß General Blanquet mit einer Streitmacht angekommen sei und sich weigere, gegen Diaz zu kämpfen, westwärts an die Küste zu geflohen. Die Brücken zwischen Mexiko und Toluca sind verbrannt worden. Der Sohn des Generals Reyes, Rodolfo Reyes, beging aus Schmerz über den Tod seines Vaters Selbstmord.

New York, 10. Februar. Wie aus Mexiko gemeldet wird, hat sich Felix Diaz, der Neffe des verstorbenen Präsidenten Diaz, zum Präsidenten proklamiert und Madero als Feind der Republik erklärt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Tarifbewegung im Malergewerbe.

Nicht um Entscheidungen zu treffen, sondern um einen Bericht über den bisherigen Stand der Tarifverhandlungen entgegenzunehmen, waren die Maler und Anstreicher zu einer Versammlung eingeladen worden. Der Riesensaal der Brauerei Friedrichshain war überfüllt. Kopf an Kopf gedrängt lauschte man mit gespanntem Interesse den Ausführungen des Referenten Jacobelli, der einen Überblick über die stattgefundenen Verhandlungen gab. (Ueber die Verhandlungen selbst hat der „Vorwärts“ fortlaufend berichtet.) Den Ausführungen des Redners konnte man entnehmen, daß die Verhandlungen von beiden Parteien mit aller Schärfe und zäher Ausdauer geführt wurden. Durch alle Anträge der Unternehmer zog sich wie ein roter Faden der reaktionäre Gedanke, der auf eine Verminderung der Arbeiterorganisation und mithin eine völlige Abschließung der Arbeiter hinführte. Die Anträge der Unternehmer zeigten, daß man es mit Leuten zu tun habe, die an Rückständigkeit und reaktionärem Empfinden nichts zu wünschen übrig ließen. Alle Unternehmeranträge mußten aber schließlich unter dem Tisch fallen, denn selbst die Unparteiischen haben ein, daß derartige, das Arbeitsverhältnis so enorm verschlechternde Anträge nicht angenommen werden könnten. — Nachdem der Redner das Verhalten der Unternehmer scharf beurteilt hatte, wies er auf den Ernst der Situation hin. Die Arbeiter hofften zwar, daß die Tarifbewegung ohne Kampf beendet werde. Dies sei jedoch nur möglich, wenn man in den Fragen des Lohnes sowie der Arbeitszeitverkürzung von den Unternehmern ein genügendes Entgegenkommen gezeigt werde. Werfe man den Arbeitern aber den Fehdehandschuh zu, so würden sie ihn aufnehmen und nötigenfalls um die Erbringung ihrer Rechte kämpfen. Die lebhafteste Diskussion bewies, mit welcher großen Interesse die Maler und Anstreicher die Tarifverhandlungen verfolgt haben. Es wurde darauf hingewiesen, daß in Berlin unter allen Umständen an den gestellten Forderungen festgehalten werden müsse. Zugunsten der kleineren Städte dürfe man nicht wieder davon ablassen. Die Organisation müsse aber auch auf eine energische Bekämpfung der Affordarbeit hinwirken. Der Hauptwert müsse auf eine gerechte Regelung der Arbeitsnachweisfrage gelegt werden. Die obligatorische Einführung des paritätischen Arbeitsnachweises sei ein Lebensnerv für die Arbeiter. Mit aller Deutlichkeit müsse man den Unternehmern zu verstehen geben, daß an der geforderten Arbeitszeitverkürzung unter allen Umständen festgehalten werde. — Um die Scharfmacherpläne der Unternehmer aufzuheben werden zu lassen, gebe es nur ein Mittel, das sei ein fester Zusammenschluß in der Arbeiterorganisation. Die Versammlung stimmte dann einmütig folgender Resolution zu:

Die am Sonntag, den 9. Februar in der Brauerei Friedrichshain versammelten Maler und Anstreicher Groß-Berlins nehmen von dem Verlauf der bisherigen Tarifverhandlungen Kenntnis.

Die Versammelten sind nach wie vor der Ansicht, daß eine Arbeitszeitverkürzung für Groß-Berlin eine unbedingte Notwendigkeit ist.

Ferner sehen die Versammelten auf dem Standpunkt, daß angesichts der auf das höchste gestiegenen Lebensmittelpreise eine angemessene Lohnerhöhung unbedingt eintritt. Weiter erklären die Versammelten, daß sie nur dann ein Interesse an dem Reichslohn haben können, wenn die Lebensfrage der im Beruf Beschäftigten dadurch gehoben wird.

Um dieses Ziel zu erreichen, verpflichten sich die Versammelten mit ihrem ganzen Können — da nur durch eine gute und straffe Organisation bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffen werden können, — für die Erstarbung der Organisation zu wirken. Sie verpflichten sich, dafür zu sorgen, daß alle noch Herstehenden für den Verband gewonnen werden.

Vorherrscher Reich befehle die nachfolgenden Beschlüsse der Unternehmer. Wenn jeder Arbeiter voll und ganz seine Pflicht tue, dann werde man den kommenden Tagen mit aller Ruhe entgegen sehen können.

In den nächsten Tagen finden seitens der bestehenden Gewerkschaften neue Verhandlungen über die Lohn- und Arbeitszeitfrage statt. Am 22. Februar werden die zentralen Verhandlungen fortgesetzt und wird eventuell ein Schiedsspruch der Unparteiischen gefällt. Das letzte Wort haben dann die Arbeiter. Sie werden darüber entscheiden, ob die Zugeständnisse ihren Forderungen entsprechen.

Die Rohrleger und Helfer, organisiert im Deutschen Metallarbeiterverband, nahmen in einer Versammlung, die am Sonntagvormittag in den Andreas-Jesuiten stattand, Stellung zum Ablauf ihres Tarifvertrages. Wilhelm Siering referierte. Er legte unter anderem dar, wie sehr die Lage der Rohrleger beeinträchtigt wird von der Bewegung im Baugewerbe, wo noch alles unentschieden ist. Sehr zu bedauern sei, daß die Rohrleger in zwei großen Gruppen den Unternehmern gegenüberstehen. Freilich seien die Unternehmern auch nicht einig, denn die Frage des Arbeitsnachweises hat in ihrem Lager manchen Zweifelpunkt hervorgerufen. Für die Rohrleger im Allgemeinen Metallarbeiterverband läuft der Tarifvertrag am 1. April ab, für die Rohrleger im Deutschen Metallarbeiterverband würde der bestehende Vertrag, wenn nicht gekündigt, ein Jahr weiter laufen. Siering empfahl nun im Namen der Kommission, die sich mit der Lage der Dinge eingehend beschäftigt hat, den Tarifvertrag, der mit dem Arbeitgeberverband abgeschlossen ist, sowohl als auch die abgeschlossenen Einzelverträge zu kündigen. Die Kommission ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß mit der Kündigung der Verträge den Interessen der Rohrleger am besten gedient ist.

In der Diskussion stimmten fast alle Redner den Vorschlägen der Kommission zu; nur vereinzelt wurden Bedenken geäußert. Der Vorsitzende erklärte dann, daß man die Tarifverhandlungen der anderen Gruppe durchaus nicht sünden werde; jene mögen zeigen, was sie geleistet haben. Eine Einheitsorganisation für die Rohrleger müsse angestrebt werden, damit auch in der Frage des Arbeitsnachweises eine Regelung erfolgen könne. Man solle aber nicht vergessen, daß ein großer Teil der Rohrleger und Helfer noch unorganisiert sei und dem Deutschen Metallarbeiterverband zugeführt werden müßte.

Die Kündigung der Tarifverträge wurde von der Versammlung nach den Vorschlägen der Kommission beschlossen.

Die Bewegung im Fliesenlegergewerbe.

Vor fünf Wochen wurden die Fliesenleger und Hilfsarbeiter von den Unternehmern in den Streit getrieben. Einmütig und geschlossen wurde die Arbeit niedergelegt, weil die Unternehmer eine Arbeitsordnung herausgaben, die durch eine Reihe ganz rigoroser Bestimmungen wesentliche Verschlechterungen für die Arbeiter brachte. Obgleich die Arbeitsordnung zurückgezogen wurde, weigerten sich die Unternehmer hartnäckig, anderen berechtigten Forderungen der Arbeiter Rechnung zu tragen. Am Sonnabend fanden nun abermals Verhandlungen zwischen beiden Parteien unter Vorsitz des Magistratsrats v. Schulz statt. Bezüglich der Lohnfrage hielten die Unternehmer ihren letzten Vorschlag aufrecht. Danach soll der Lohn für Fliesenleger ab 1. April d. J. um 2 Pf., ab 1. April 1914 ebenfalls um 2 Pf., und ab 1. April 1915 um 1 Pf. steigen. Er würde demnach am 1. April 1913 97 Pf., am 1. April 1914 99 Pf. und am 1. April 1915 1 W. betragen. Der Stundenlohn für geübte Hilfsarbeiter der Fliesenbranche soll 76 Pf. betragen. Für Bauarbeiter im ersten Jahre des Eintritts in die Branche 60 Pf., im zweiten Jahre 65 Pf. Gegen den am 31. Dezember abgelaufenen Tarifvertrag ist dies eine Erhöhung der Lohnsätze um 2 1/2 Pf. Den Hilfsarbeitern soll weiter eine analoge Lohnerhöhung — jedoch nicht über 2 1/2 Pf. pro Stunde — gewährt werden, wenn der Verband der Baugeschäfte am 31. März den Bauarbeitern eine Lohnerhöhung gewährt. Bei der Vergütung des Jahrgeldes und der Laufzeit haben beide Parteien ein Entgegen-

kommen gezeigt. Bei der Regelung der Affordarbeit suchten die Unternehmer eine Abänderung der bisher geltenden Tarifbestimmung herbeizuführen. Schließlich erklärten sie sich aber mit der alten Fassung des betreffenden Paragraphen einverstanden. Der neue Tarif soll auf drei Jahre abgeschlossen werden, also bis 31. März 1916 Gültigkeit haben.

Ueber diese Verhandlungen berichtete Siegemann am Montag nachmittag in einer gutbesuchten Versammlung der Streikenden. Nachdem er die allgemeine Situation im Gewerbe eingehend erörtert unterzogen hatte, plädierte er im Namen der Kommission für Annahme der Vorschläge. Wenn auch die gemachten Vorschläge niemand persönlich befriedigten, so sei die Annahme unter den gegenwärtigen Verhältnissen das Beste.

An der geheimen Abstimmung beteiligten sich 674 Streikende. 481 Stimmzettel lauteten auf ja, 180 auf nein, 13 waren ungültig. Danach haben die Arbeiter mit großer Mehrheit den Vorschlägen der Kommission zugestimmt. Die Zustimmung der Unternehmer war bei der Streikleistung noch nicht eingetroffen.

Heute mittag 2 Uhr werden die Streikenden in einer Versammlung noch zu der Frage Stellung nehmen, ob und wann die Arbeit wieder aufgenommen werden soll.

Trohender Lohnkampf in der Berliner Herrenkonfektion.

Wie in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ kurz berichtet wurde, sind die Verhandlungen in der Berliner Herrenkonfektion resultatlos abgebrochen worden. Den berechtigten Lohnforderungen der Arbeiter legten die Unternehmer ein glattes Nein gegenüber. Nicht die geringste Lohnerhöhung wollten sie bewilligen.

Am Sonntagmittag nahm eine von über 3000 Konfektions-schneidern und -schneiderinnen besuchte Versammlung Stellung zu der jetzt geschaffenen Situation. Friedrich Kunze erstattete Bericht über die Verhandlungen am 5. und 6. Februar. Die Unternehmer hätten erklärt, daß eine Lohnerhöhung nicht eintreten könne, denn in der Berliner Konfektion würden schon die höchsten Löhne gezahlt. Die Konfektionäre suchten weiter darauf hinzuwirken, daß sämtliche Berliner Lohnsätze möglichst einheitlich gestaltet würden. Für die Arbeiter läme jedoch in erster Linie eine genügende Lohnerhöhung in Frage. In der vom Verband ausgearbeiteten Statistik hätten die Unternehmer gefunden, daß ein Konfektions Schneider im Jahre 2800 Mark verdient habe. Daraus suchten sie dann den Nachweis zu erbringen, welche hohe Arbeitslöhne sie zahlen. Ihnen sei aber das Maß voll, daß die 2800 Mark nicht ein Konfektions-schneider, sondern ein Zuschneider verdient habe. Unter welchen Umständen dieser Lohnsatz erreicht worden sei, habe man unberücksichtigt gelassen. Dieser Lohn sei nun — wenn er selbst von mehreren Arbeitern verdient würde — keineswegs zu hoch und könnten die Herren Konfektionäre schon noch etwas zulegen. Ihnen könne es doch gleich bleiben, wieviel ein Arbeiter verdiene, man setze doch nur die Preise für das einzelne Stück fest. Was ein einzelner verdiene, könne auch bei der Beurteilung der Situation nicht in Frage kommen. Wahgebend sei die Lage der Allgemeinheit und diese komme mit den jetzt gezahlten Löhnen nicht zurecht. Weiter teilte Kunze mit, daß die Konfektionäre jetzt in einem Verbandsverhältnis sind, der über ganz Deutschland verzweigt ist. Diesem jungen Verbands sei jedenfalls viel daran gelegen, einmal einen Kampf zu riskieren. Wenn man glaube, einen Kampf wagen zu können, so sollten die Herren aber damit rechnen, daß ihnen die Arbeiter als starke Macht gegenüberstehen. Es wäre der unerwünschte Entschluß der Arbeiter, ohne eine entsprechende Lohnerhöhung die Bewegung nicht zu Ende zu führen.

Bei den Verhandlungen habe ein Vertreter des Hirsch-Dunderschen Gewerkschafts die übrigen Kommissionsmitglieder in eine recht üble Lage gebracht. Habe dieser Kollege doch erklärt, in den ersten Tarifkämpfen könne man mit den bestehenden Lohnsätzen auskommen. Die Arbeiter seien anderer Meinung. Man verlange allgemeine Lohnzulagen, die der Ehre und dem Ansehen der Organisation entsprechen. Wenn man zum Verhandeln gehe, müsse man sich klar darüber sein, was man sage und auch verantworten könne. Sollten sich derartige Dinge bei den Verhandlungen nochmals abspielen, so müßten die Vertreter des Verbandes die logischen Konsequenzen ziehen. Habe doch ein Vertreter des Gewerkschafts kaum so viel Dugend, als ein Verbandsvertreter Tausende von Mitgliedern zu vertreten.

Die Tarifvorlagen seien doch nicht zum Späße ausgearbeitet worden, sondern aus voller Ueberzeugung. Dies sollten sich auch die Herren Konfektionäre vergegenwärtigen. Sollten diese ihren Widerstand gegen jede Lohnerhöhung nicht aufgeben, so müsse er durch einen Bruch der Arbeiterorganisation gebrochen werden. Seien die Arbeiter einig und geschlossen, so würde bei den Konfektionären auch die Vernunft einkehren.

Schuster vom Gewerkschaftsverein bedauerte in der Diskussion, daß sich ein Vertreter seines Verbandes zu einer solch unüberlegten Handlungsweise hinreißen ließ. Aus den Ausführungen der übrigen Diskussionsredner war zu entnehmen, daß man bestrebt ist, die Bewegung ohne Kampf zu beenden. Wenn aber die Konfektionäre nicht nachgeben wollten, so müsse ihnen beigebracht werden, wie berechtigt die Forderungen der Arbeiter wären. Man sei auch zum Kampf gerüstet.

Kritiken ging zum Schluß noch einmal auf die Lage im allgemeinen ein. An Beispielen wies er nach, daß in München und anderen süddeutschen Städten verhältnismäßig höhere Löhne gezahlt würden als in Berlin.

Die Stimmung der Versammlung kam schließlich in der einstimmigen Annahme nachstehender Resolution zum Ausdruck:

„Die am Sonntag, den 9. Februar, in der Brauerei Friedrichshain tagende, von über 3000 Konfektions-schneidern besuchte öffentliche Versammlung nimmt mit Entschiedenheit Kenntnis von dem vollständig jede Lohnaufbesserung verweigenden Verhalten der Arbeitgeber in der Berliner Herrenkonfektion.

Die Arbeiter bedauern um so mehr das Verhalten der Arbeitgeber, als notorisch seit dem Abschluß der jetzt bestehenden Tarife die Lebenshaltung der Bevölkerung ganz bedeutend verteuert ist.

Da sich die Forderungen in den bestehenden Grenzen von 10 Proz. halten, waren die Arbeiter um so mehr berechtigt, auf verständiges Entgegenkommen von Seiten der Arbeitgeber zu rechnen. Unter diesen Umständen empfindet es die Arbeiterklasse als Hohn, wenn erklärt wird, daß an eine Lohnerhöhung nicht gedacht werden kann.

Nachdem den Versammelten von der Verhandlungskommission Bericht erstattet ist, erklären sich dieselben mit der Kommission einverstanden und sprechen derselben ihr volles Vertrauen aus.

Die Versammelten erklären nachdrücklich, daß sie den Wunsch haben, die Lohnbewegung auf friedliche Weise zur Erledigung zu bringen.

Ebenso energisch weisen die Versammelten aber auch die Zumutung der Arbeitgeber zurück und machen insbesondere auch dieselben für eine notwendig werdende Arbeitseinstellung verantwortlich.

Die Versammelten verpflichten sich, alles aufzubieten, um die bisher noch Indifferenten der Organisation zuzuführen und so alles zu tun, um die Lohnbewegung zu einem für die Arbeiterklasse günstigen Ergebnis zu führen.“

Tarifbewegung der Dreibriemensattler.

Die Dreibriemensattler betreiben eine Tarifbewegung vor. In einer am Sonntag abgehaltenen außerordentlichen Mitgliederversammlung referierte E. Schulze über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Dreibriemensattler. Es sind in Berlin 31 Firmen vorhanden, von denen etwa 22 für die Bewegung ernstlich in Betracht kommen, die übrigen sind fast nur ganz kleine Betriebe. Die Organisationsverhältnisse sind sehr gute. Von 139 Arbeitern sind 122 organisiert, darunter 116 länger als 6 Monate. Die längste Arbeitszeit beträgt 50, die kürzeste 33 Stunden in der Woche. Der höchste ermittelte Stundenlohn beträgt 74 Pf., der niedrigste 38 1/2

Pfennig. Als Durchschnittslohn kommen 56 1/2 Pf. heraus. 19 Arbeiter arbeiten ständig in Afford. Der Durchschnittslohn beträgt 30,36 W. Die Unternehmer halten sich an den tariflich festgelegten Minimallohn und weigern sich, darüber hinauszugehen. Ueberstunden werden im Durchschnitt mit etwa 85 Proz. Aufschlag vergütet.

Der neue Vertragsentwurf fordert für alle in der Berliner Dreibriemensattler beschäftigten Arbeitskräfte eine Arbeitszeit von 53 Stunden pro Woche. Am 15. März 1914 soll die wöchentliche Arbeitszeit auf 52 Stunden reduziert werden, und zwar derart, daß am Sonnabend nur noch 7 Stunden gearbeitet wird, ohne daß für Lohnarbeiter ein Lohnabzug eintritt.

Zur Regelung der Affordarbeit — deren radikale Beseitigung noch nicht zu erwarten ist — sind besondere Bestimmungen getroffen. In den Betrieben, wo auch im Afford gearbeitet wird, ist den Affordarbeitern der festgelegte Stundenlohn zu garantieren. Dieser Garantielohn ist auch in all den Fällen zu zahlen, wo der Affordarbeiter nicht fortlaufend weiterarbeiten kann. Der Mindestlohn für Sattler beträgt 65 Pf. pro Stunde. Alle zurzeit im Betriebe beschäftigten Arbeitskräfte erhalten bei Abschluß des Vertrages eine Lohnerhöhung von 10 Proz. Hilfsarbeiter, welche sich die Fähigkeiten eines Sattlers erworben haben, und die mit Sattlerarbeiten beschäftigt werden, sind nach denselben Grundsätzen wie gelehrte Arbeiter zu entlohnen. Ueberstunden dürfen nur in den dringendsten Fällen gefordert und geleistet werden; auf keinen Fall darf die Ueberzeitarbeit innerhalb eines Monats an mehr als 6 Tagen verlangt werden. Für Ueberstunden wird ein Zuschlag von 25 Proz., für Nacht- und Sonntagsarbeit ein solcher von 50 Proz. gezahlt. Als Nachtarbeit gilt die Zeit von 8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens. Auf diese Zuschläge haben auch Affordarbeiter Anspruch. Bei Montagearbeiten außerhalb der Vorortgrenze wird neben dem Montagezuschlag ein Spesenlohn gezahlt, das sich erhöht, wenn der Arbeiter am Ausführungsort der Arbeit für Nachtlohn sorgen muß. Außer dem Jahrgeld 3. Klasse ist auch die Jahrszeit dem Lohn entsprechend zu bezahlen, wenn sie in die gewöhnliche Arbeitszeit fällt. Jedem Arbeiter, sofern er ein Jahr im Betriebe tätig ist, wird während der Sommermonate ein Urlaub von einer Woche bei voller Bezahlung gewährt. Bei Bedarf von Arbeitskräften ist der Arbeitsnachweis des Verbandes der Sattler und Parteiliefer zu benutzen. Sämtliches Werkzeug ist vom Arbeitgeber zu liefern.

Der alte Vertrag war auf 3 Jahre festgelegt, der kommende darf, wie der Referent betonte, nicht länger als 2 Jahre laufen. Dem Referat folgte eine längere Diskussion, die mit der Annahme dieser Vorschläge endigte.

Achtung, Tabakarbeiter! In der Zigarettenfabrik „Creudi“, Inhaber W. Singer u. Co., haben sämtliche, leider unorganisierte, Arbeiterinnen den Betrieb verlassen. Den Affordarbeiterinnen wurden Abzüge von 25-33 Proz. von den abnehmenden niedrigen Affordlöhnen zugemutet. Die bisher im Zeitlohn beschäftigten Arbeiterinnen für Handarbeitszigaretten sollten diese jetzt ebenfalls zu so niedrigen Affordlöhnen haben, daß auch sie auf ein Weiterarbeiten im Betriebe verzichteten. Seitens der Firmeneinhaber wird nun versucht, die freigewordenen Plätze mit branchenunfähigen Mädchen zu besetzen. Wir ersuchen, von jeder Arbeitsannahme in genanntem Betriebe abzusehen.

Die Firma Vornkeffel, Waldstr. 30 III, verfährt andauernd gegen die Lohnhöhe des Tarifs. Als Arbeitswillige fungieren die Kollerin Stralsowski und die Widelmacherin Paulin. Der Firma Vornkeffel sind die grünen Plakate entzogen und gilt dieselbe als gesperrt. — Arbeiter, Kaufher! Kauft nur dort Curen Bedarf an Zigaretten ein, wo das grüne Plakat, unterschrieben Alwin Schulze, vorhanden ist. Uebst Solidarität! Der Vertrauensmann der Tabakarbeiter.

Streik in der Teppichbranche. Die Kettengarnweberei und -Scherei Franz Schmidt in Oberschöneweide wollte in der Scherei den Lohnstarif der Konkurrenzfirma Paul Salomon zur Einführung bringen. Die Scherinnen hätten hierdurch einen 15- bis 20prozentigen Lohnabzug erfahren. Alle Scherinnen, 32 an der Zahl, verweigerten die Annahme des neuen Lohnstarifes und es kam zur Arbeitsniederlegung. Nach sechstägigem Streik sperrte die Firma am 8. Februar ihre ganze Arbeiterkraft, circa 100 Personen, aus, vorläufig bis zum 13. Februar. Sollten aber die Scherinnen die Arbeit nicht aufnehmen, so verlängert sich die Aussperrung.

Letzte Nachrichten.

Zurückgeschlagener Angriff der Türken.

Sofia, 10. Februar. (B. L. B.) Ueber den Versuch der Türken, bei Padiua in Truppen zu landen, werden folgende Einzelheiten bekannt: Gestern früh um sieben Uhr erschienen zwei Kreuzer, zwei Torpedoboote und sechs Boote, von Saraburun kommend, vor dem Dorfe Padiua und schifften 250 Mann aus. Das sechste Bataillon der bulgarischen Küstenwache griff trotz des Feuers der Kreuzer die Türken an, die unter Zurücklassung von 25 Toten und 16 Gefangenen in Unordnung wieder auf die Schiffe flohen. Auf Seiten der Bulgaren wurden drei Mann getötet und achtzehn verwundet. Gegen ein Uhr nachmittags landeten die türkischen Schiffe wieder im Meer. — Alle Versuche der Türken, bei Uchataldscha die Offensiv zu ergreifen, sind gescheitert. Sie wurden mit großen Verlusten zurückgeworfen. Das Bombardement von Adrianopel wird erfolgreich fortgesetzt.

Die rumänische Kriegspartei an der Arbeit.

Bukarest, 10. Februar. (B. L. B.) Gestern fand hier eine von der Kriegspartei einberufene, außerst zahlreich besuchte Versammlung statt, in der mehrere Redner energisch für die sofortige Mobilisation der rumänischen Armee eintraten. Eine dahingehende Resolution wurde einstimmig angenommen. Nach Schluß der Versammlung wurde durch eine zahlreiche Menschenmenge die Straßen der Stadt. Eine vor der bulgarischen Gesandtschaft geplante Demonstration wurde jedoch durch das rechtzeitige Eingreifen der Polizei verhindert.

Die Parlamentskrise in Japan.

Tokio, 10. Februar. (B. L. B.) Als Saionji, der Führer der Opposition, gestern abend im königlichen Palast war, übergab ihm der Kaiser ein Reskript, das ihm befiehlt, sich zu bemühen, die außerordentlich schwierige politische Lage zu mildern, womit gefügt sein sollte, daß die Partei der Seimukai das Misstrauensvotum fallen lassen sollte. Daraufhin beriet Saionji mit den Parteiführern. Das Resultat der Beratung ist anscheinend eine Spaltung der Partei der Seimukai. Diejenigen, welche für die Aufrechterhaltung des Misstrauensvotums sind, wurden von dem Führer der Kōminto-Partei unterstützt, der sagte, er würde ein eigenes Misstrauensvotum einbringen, wenn die Seimukai das ihre fallen ließen. Trotz eines starken Polizeiaufgebots schickte sich heute eine große Menschenmenge in der Nähe des Parlamentsgebäudes. Die Ministerellen wurden ausgepfiffen und auf die Oppositionellen wurden Hochrufe ausgebracht. Schließlich gelang es der Polizei, die Menge zu zerstreuen. Fünfzehn Personen wurden dabei verletzt. Inzwischen hatten sich die Mitglieder der Seimukai-Partei auf den Balkons des Parlamentsgebäudes verammelt; auf die Kreudenrufe des Volkes antworteten sie mit Hochrufen, die mit Rufen wie: „In Rußland handelt man so!“, „Sind wir in Rußland?“ abwechselten. Um 1 Uhr nachmittags wurde dann, wie bereits gemeldet, das kaiserliche Reskript über die Vertagung des Hauses verlesen.

Quittung.

Im Monat Januar gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

- 3. P. S. Wilmersdorf 50,—; 4. Filiale Berlin 3,10; 6. Berlin v. d. Arb. d. Fa. Engiger 100,—; Köln Reg. B. 20,—; 7. Hellenberg D./S. u. L. 5,—; Breslau Ost u. West 2. Lu. 1887,18; 8. hannov. Ar. Rest 2. Halbj. 1912 3130; 9. Silvesterfeier P. Müller, Lindenwalde, Rest „Kreuz u. Quer“ 3,—; Bez. Sommer f. 14 Ar. 1. Lu. (Stettin 604,17, Randow-Greifenhagen 683,33, Ulfedom-Wollin 143,82; Greifswald-Grinmen 100,50; Stralund-Rügen 214,11, Anklam-Dehmin 27,27, Stolp-Lauenburg 4. Lu. 28,62, 1. Lu. 36,51; Rangard-Regenwalde 20,16; Pyritz-Saatzig 16,20; Greifenberg-Stammun 13,80, Reustettin 23,25; Bütow-Schlau 12,60) Sa. 1874,34; 11. Bez. Elf.-Lothr. f. 7 Ar. 1. Lu. (Altirch-Thann 10,62, Gebweiler 30,42, Rappoldweiler 64,20; Straßburg-Land 93,38, Zabern 13,20; Erstein-Rolsheim 4. u. 1. Lu. 70,44; Straßburg-Stadt 4. u. 1. Lu. 408,60) Sa. 690,96; 6. jährl. Ar. 2. Lu. 4400,—; 13. Dorn Bobbau, Ar. Dessau 69,—; 14. S. d. Verbandsmitgl. d. Zeitungsbabl. „Vorwärts“ 250; Berlin P. W. Zentralhalle 5,—; 11. jährl. Ar. a. Cto. 300,—; „Bäcker Jakob“, „Neue Zeit“, „Gleichheit“ pr. 1912 100 000,—; 15. Berlin Dr. 2. A. 100,—; 16. Altona f. Vimenischer 2. Lu. 16,80; Berlin „Lingenamt“ 3333 4,—; 17. Berlin P. Ar. Alte Jalousie 10,—; Birttemberg f. 2 Ar. 2. Lu. (Badnang 83,92, Ravensburg 53,07) Sa. 136,99; Reuß j. L. a. Cto. 2. Lu. 800,—; A. B. C. Kaulsdorf 10,—; 18. S. jährl.-holl. Ar. 2. Lu. 555,82; 21. Dessau-Jerbst 2. Lu. 739,05; Konstanz-Neberlingen 2. Lu. 129,50; Hemmig-Argentinien 5,—; 24. Mannheim 11. bad. Ar. 2. Lu. 1329,39; 25. „Vorwärts“-Leberfäng 4. Lu. 1912 61 304,90; Bez. Ostpreußen f. 17 Ar. 1. u. 2. Lu. (Königsberg-Stadt 1082,97, Königsberg-Land 445,70; Tilsit-Niederung 128,54; Labiau-Wehlau 107,07; Ragnit-Bisfallen 74,25; Gumbinnen-Justerburg 72,44; Memel-Dehdeling 36,11; Rastenburg-Friedland 35,33; Dielso-Weh 15,60; Osterode-Relbenburg 13,11; Braunsberg-Heilsberg 12,88; Heiligenbeil-Pr. Eylau 6,48; Stallupönen-Goldap 6,09; Sensburg-Ortelsburg 2,82; Angerburg-Löwen 2,58; Allenstein-Rößel 1,44; Kr. Holland-Rohrungen 1,02) Sa. 2622,63; Bez. Dresden f. 8 Ar. 2. Lu. (Bautzen 866,44, Dresden-St. 1493,—, Birna 2382,51) Sa. 4241,95; 27. Offenburg 7. bad. Ar. 2. Lu. 120,31; 8. u. 10. Schlesw.-holl. Ar. 2. Lu. 2000,—; Reustadt-Siedingen 108,—; 28. Lorrach 4. bad. Ar. 2. Lu. 103,62; v. einem Freund d. prof. Jug.-Bem. 40,—; 30. W.-Glabbach 141,17; 8. bad. Ar. 2. Lu. 100,80; 9. bad. Ar. 2. Lu. 735,77; 31. Karlsruhe 10. bad. Ar. 2. Lu. 572,80; 15. jährl. Ar. a. Konto 1000,—; 16. jährl. Ar. a. Konto 2000,—; 4. Schlesw.-holl. Ar. 2. Lu. 65,05; Berlin RBB. 67 A. B. 3,—; Helm, Barcelona 1,—; Anabe 3,—; Berlin A. B. 50,—; S. G. 50,—; A. P. Sanjavierel 3,—; Gr. Berlin a. Konto f. 8 Ar. 20000,— Darunter: Gef. b. d. diesmal. Silvester-Kuktion Klaus, 1. Abt. 6. Ar., 2.40, a. d. Beschf. v. Busch u. Vog. f. Landtagswahl 4,60, f. d. Landtagswahl v. d. Arb. d. Fa. Senger u. Stadwald 5,35, Warnst.-Casprich 50,—, A. W. Müller 1,—, v. d. Ladieren v. Jwitzsch 20,—, Spard. Zimmer Vorwärts f. Landtagswahl 9,40, Handelskassend. d. Warenhauses Greifenhagen, Brunnenstr. 17/18, a. Landtagswahl 20,—, Gutenberg 25,20, Verling, Expedition Kaufherr Weg 4/5, 5,70.

Für den Parteivorstand: Otto Braun, Lindenstr. 3. Wir haben unter Nr. 7918, A. Gerlich, F. Ebert, O. Braun, Berlin, Lindenstr. 3, beim Postamt Berlin ein Postfachkonto und ersuchen daher dringend, alle Geldbewegungen mittels Zahlkarte auf unser Postfachkonto zu bewirken. Es können darauf an jedem Postschalter Beträge bis 10 000 M. portofrei für uns eingezahlt werden. Zahlkarten mit eingedruckter Adresse senden wir auf Wunsch zu.

Kleines feuilleton.

Von Kuns bazumal! Augenblicklich gehen die Wogen der patriotischen Begeisterung über das „glorreiche“ Jahr 1813 sehr hoch. In allen Ecken und Kanien des Reiches werden die Helden von damals gefeiert und würdigen zweifellos unter den ihnen gespendeten Lobspüchen erfinden, wenn sie noch lebten. S. W. hielt in Königsberg eine „großartige“ Rede und bedachte darin auch den Rebellen gegen den König von 1813, General York, mit reichlichem Danpathos. War der ein braver tüchtiger Mann, ein Vorbild jedes Vaterlandsfreundes!

Vor 100 Jahren aber piffts anders. Unsere serbische bürgerliche Presse, die heute Purzelbäume vor patriotischem Gefühlsüberschwang schlägt, füllte ihre Spalten mit Berichten über die „schändliche Verräterei“ Yorks und schmeichelte in allen Tonarten dem Erbfeinde. Der „geliebte König“ von Preußen hielt es für „unmöglich“, am 22. Januar 1813 seine Residenz von Berlin nach Breslau zu verlegen, von wo er später den „Aufruf an mein Volk“ vom Stapel ließ. Er setzte in Berlin eine Oberregierungs-Kommission ein mit folgendem Auftrag: „Sie soll aber insbesondere die freundschaftlichen Beziehungen mit den Kaiserl. franz. Militärbehörden sorgfältig erhalten, die bisher durch das geredete und zu vorkommende Benehmen des Herzogs von Castiglione (Marschall Angereau) bestanden haben.“ Die lieben Bürger von Berlin wurden ermahnt, recht sehr auf liebenswürdigen und freundschaftlichen Umgang mit den französischen Alliierten zu achten! — Armer York, hätte man dich damals gepakt!

Altberliner Trinkstübchen. In früheren Jahrhunderten wurde noch mehr gezecht als heute. Kamentlich die Bürger in den Städten tranken sich gern einen Rausch an, da es andere Zerstreuungen wenig gab. Auch die Bürger Berlins machten darin keine Ausnahme. Wurde in einem Bürgerhaufe eine Festlichkeit abgehalten, so galt es als Ehrensache, daß sich jedermann einen ordentlichen Rausch antrinke. Ein Mensch, der sich bei einer derartigen Gelegenheit nicht betrunken hätte, oder ein Gastgeber, der nicht so viele alkoholische Getränke angeschafft gehabt hätte, daß sich jeder einen ordentlichen Rausch antrinken konnte, wäre einfach als ein ganz ungeschickter Mensch angesehen worden und gewiß zu keinem Feste mehr eingeladen worden. Aber nicht nur in den Wohnungen wurde tüchtig gezecht, auch in den „Trinkstübchen“, in den Herbergen, im Kaffeehaus und in den anderen Wirtschaften vertilgten die Gäste die Pumpern Bier und den Wein in großen Mengen. Wie anderswo, so kamen auch in Berlin allerlei Verordnungen heraus, die sich gegen das unmäßige „Sausen“ richteten, aber ein großer Erfolg scheint damit nicht erreicht worden zu sein. Einmal, im Jahre 1335, wurden die Berliner, die ihre Genden, Schuhe und Hosen vertranen, vom Käte mit Strafen bedroht und etwas später kam eine Verordnung heraus, wonach die „Trinkstübchen“ im Sommer um 10 Uhr und im Winter um 9 Uhr geschlossen werden mußten.

Als auch diese Verordnungen gegen die Trinksucht der Berliner nichts ausrichten konnten, versiel der Rat der Stadt auf eine eigenartige Idee. An den verschiedensten Punkten der Stadt sollten Kaffee aufgestellt werden, in die die Betrunkenen in der Nacht von den „Stabtruchanten“ und von den Nachwachtern eingesperrt werden sollten. Der Gedanke kam auch bald zur Ausführung, und so wurden bald in der Nähe der am meisten besuchten Trinkstübchen Kaffee oder, wie sie damals hießen, Karrentischen aufgestellt als Streiflokal für die Betrunkenen. Sehr angenehm war der Schlaf in diesen „Karrentischen“ freilich nicht, denn die Schläfer mußten

Reichstag.

108. Sitzung. Montag, den 10. Februar 1913, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten: Kühn, Dr. Lisca. Auf der Tagesordnung stehen zunächst

Wahlprüfungen.

Den Anträgen der Kommission entsprechend wird die Wahl des Abg. Held (natl.) für gültig erklärt und über die Wahl des Abg. v. Liebert (Rp.) Geweiserhebung beschlossen. Es folgen einige Rechnungssachen, die debattelos dem Rechnungsausschuß überwiesen werden.

Etat des Reichsjustizamts

fortgesetzt. Abg. Dr. Abfah (Rp.): Gegen den Vorschlag einer Klassenjustiz müssen auch meine Freunde untern Richterstand in Schutz nehmen. Ebenso unbedingt muß der Vorschlag der Rechtsabteilung gegen die Schwurgerichte zurückgewiesen werden, der von einem Landgerichtspräsidenten in der „Juristenzeitung“ erhoben wurde, und zwar in einer so schwer beleidigenden Form, daß ich keinem Laien raten möchte, sich ähnlich über Urteile von gelehrten Richtern auszusprechen. — Das sogenannte sittliche Normalempfinden darf unmöglich die Grundlage der Rechtsprechung über künstlerische und literarische Dinge werden; deshalb darf die Mitwirkung von Sachverständigen bei solchen Dingen nicht eingeschränkt, sondern muß erweitert werden. Mit dem Begriffe des „normal sittlich empfindenden Menschen“ muß in der Rechtsprechung aufgeräumt werden. — In der Frage des Zwangsvergleiches außerhalb des Konkurses bin ich ganz mit den Ausführungen des Kollegen Belzer vom vorigen Sonnabend einverstanden. Notwendig ist ein Schutz der gutgläubigen Geschäftswelt gegen die Gefahr des Abschlusses von Rechtsgeheimnissen mit heimlichen Geisteskranken. Nach der Jubilatur des Reichsgerichts müssen Vanten, die mit einem heimlich Geisteskranken ein Geschäft abgeschlossen haben, im guten Glauben, er sei nicht geisteskrank, ihm den daraus für ihn entstandenen Schaden ersetzen. In dieser Art der Rechtsprechung liegt keine Vernunft. (Sehr richtig!) — Die Heranziehung von Frauen zum Schöffentum sollte eine selbstverständliche Konsequenz ihrer bewährten Mitarbeit in der Jugendfürsorge sein. — Der Minister des Innern in Preußen hat die Polizeibehörden angewiesen, die Antögerichte darauf aufmerksam zu machen, daß die dem Deutschen Metzereiverein angehörigen Vereine nicht in das Vereinsregister eintragungsfähig seien. Entsprächen die Antögerichte und dann auch die Landgerichte dieser Anregung nicht, so sei an den Minister zu berichten. Das ist ein ganz unerhörter Eingriff der Verwaltung in die Rechtspflege. (Sehr richtig! links.) Jedes Amtsgericht wird offensichtlich Mannes genug sein, der Verwaltungsbehörde bei dem Versuch der Einmischung in die Rechtsprechung gründlich die Tür zu weisen. (Zustimmung links.) Herr v. Dallwitz scheint zu glauben, daß auch der Sekretär des Reichsjustizamts sein junger Mann sei. Der Bund der Landwirte ist eingetragen worden, obwohl er ein politischer Verein ist. Warum wies Herr v. Dallwitz nicht aufklärend gegenüber Herrn v. Jagow, damit er hier einen Einspruch erhebt. Auch der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ist eingetragen worden, ohne daß der Polizeipräsident v. Jagow Einspruch erhob. Welche Haltung würde er aber wohl einnehmen, wenn ein oppositioneller politischer Verein seine Eintragung beantragte. Beim Amtsgericht Charlottenburg ist der „Verein reichstreuer Männer für Wilmersdorf und Umgegend“ eingetragen worden, auch seine nach der Eintragung vorgenommene Satzungsänderung, daß kein Mitglied einer freisinnigen oder sozialdemokratischen Partei in den Verein aufgenommen werden darf. In der Begründung zu dieser Änderung hat sich der

Verein selbst als politischer bezeichnet, trotzdem ist sie ohne Einspruch der Verwaltungsbehörde vorgenommen worden. Man sieht, wohin die Mitwirkung der Verwaltungsbehörde bei der Rechtspflege führt. Um so schärfer muß Widerspruch erhoben werden, wenn die Verwaltungsbehörde sogar contra legem (dem Gesetze zuwider) sich einen Einfluss zu sichern sucht, wie es durch den Erlaß des preussischen Ministers des Innern geschehen ist. Das muß das Vertrauen zur Rechtspflege untergraben. Es wäre verhängnisvoll, wenn es dazu käme, daß man in Folge sagte, die preussischen Richter haben nur ihrer Ueberzeugung zu folgen — und den Weisungen der Verwaltungsbehörde. Recht darf nur gesprochen werden ohne Asehen der Partei und der Person. (Vebf. Bravo! b. d. Opt.)

Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Lisca: Ich erkenne an, daß die Frage der Behandlung der Rechtsgeheimnisse mit Geisteskranken, deren Krankheit nicht bekannt ist, außerordentlich schwierig ist; wir sind in Erwägungen über diese Fragen begriffen. — Wenn ein Verein auf Grund des § 21 des V. V. G. in das Vereinsregister eingetragen ist und dadurch die Rechtsfähigkeit erlangt hat, so ist jeder Staatsbürger berechtigt, wenn er glaubt, die Eintragung ist zu Unrecht erfolgt, weil der Verein wirtschaftliche Zwecke verfolgt, beim Amts- und Landgericht die Löschung anzuregen. Von diesem Rechte jedes Staatsbürgers hat der preussische Minister des Innern Gebrauch gemacht. Darin kann man doch nicht den Versuch eines Eingriffs in die richterliche Unabhängigkeit erblicken. Wenn politische Vereine ihre Eintragung beantragen, muß sie erfolgen, wenn die Verwaltungsbehörde keinen Einspruch erhebt. Das ist bei dem Antrag des Bundes der Landwirte nicht geschehen; der Antrag ist der Verwaltungsbehörde mitgeteilt worden. Sie kann, aber sie muß nicht Einspruch erheben. Diese Sache geht also lediglich den Minister des Innern etwas an, die Justizbehörde hat damit gar nichts zu tun.

Abg. v. Trampehinski (Pole): Bei der Interpellation über das Enteignungsgesetz war der Herr Staatssekretär des Reichsjustizamts leider nicht hier. Ich mache ihn daher heute darauf aufmerksam, daß das preussische Enteignungsgesetz mit Reichsgesetzen in Widerspruch steht. — Zu keiner Zeit und an keinem Orte ist so viel Mißbrauch mit Beleidigungsprozessen in öffentlichem Interesse geübt worden, als bei den Streifprozessen im Ruhrgebiet. Für die Worte: „Pöbel Streifbrecher!“ sind mehrere Wochen Gefängnis verhängt worden. Dabei ist das Wort „Streifbrecher“ überhaupt keine Beleidigung, und das „Pöbel“ ist ja beinahe parlamentarisch. (Heiterkeit.) Bewußt wollen die Richter das Recht sicherlich nicht beugen; sie verstehen aber das Empfinden des Volkes nicht. Darunter haben wir gerade in den polnischen Landesteilen zu leiden; gerade bei uns werden die Richter — gewiß nicht alle, es gibt auch bei uns objektive Richter — dadurch direkt parteilich. Sie verstehen es nicht, sich den Einflüssen ihres Milieus zu entziehen. Das wäre anders, wenn in den Kollegialgerichten auch polnische Richter mitwirkten. Statt dessen wird ganz systematisch seit 30 Jahren in polnischen Landesteilen kein polnischer Richter angestellt. Die Rechtspflege ist in Preußen eben Nebenache, nur auf die Gesinnung kommt es an. Die Beamten, auch die richterlichen, werden bei den Wahlen wie die Schafe an die Wahlurne geführt, und es wird scharf kontrolliert, wie sie stimmen. (Zustimmung bei den Polen.)

Abg. Landsberg (Soz.):

Der Abgeordnete Belzer hat neulich gegen die Zulassung einiger Rechtsanwälte protestiert. Es war bisher unter den deutschen Rechtsanwälten nicht üblich, den Kollegen als Konkurrenten zu betrachten. Jeder ehrenhafte Kollege ist und willkommen. Unwille besteht in Rechtsanwaltskreisen nur darüber, daß frühere Richter und Staatsanwälte, die sich in ihrem Beruf aus besonderen Gründen nicht haben halten können und von der Anwaltskammer abgelehnt werden, dann vom Ehrengerichtshof in Leipzig als Anwälte zu-

wird mit pietätvoll schonender Geduld behandelt. Sie möchte niemand wehe tun. Die große Liebe darf alles Mögliche, nur nicht beleidigende Schroffheiten von ihr verlangen. Wieder auf ganz andere Tonart ist der letzte Akt gestimmt. Der neue Freund, der sie zum Rendezvous mit ihrem Gatten in ein klages Welthotel begleitet, sieht sie da in ihrem eigentlichen Rollenstück, wie sie im Strom alter und neuer zweideutiger Bekanntschaften mit unmerklichem Behagen plätschert. Umständliche Schilderungen des Hotelweidens sind eingefügt, bis endlich der Entschluß von seiner einzigen Göttin definitiven Abschied nimmt und beide einiges Mühsal in der Erinnerung von ihrer großen Liebe sagen. Auch die glänzende Kunst der Durieux in der Hauptfigur vermag über die klaffenden Risse und Nähen nicht hinwegzutäuschen. Ein Teil des Publikums demonstrierte am Schluß durch energisches Zischen.

Notizen.

— Eine Gebellfeier der Berliner freien Studentenschaft wird am 22. Februar 2 1/2 Uhr im Deutschen Theater anlässlich des hundertsten Geburtstages von Friedrich Hebbel stattfinden. Nach einer musikalischen Einleitung wird Julius Bab eine Gedenkrede halten, an die sich die Aufführung von „Ghged und sein Ring“ anschließen wird.

— Kunstabend. Die „Steglitzer literarische Gesellschaft“ veranstaltet am 18. Februar im Logenhaus zu Steglitz einen Hans Jhan-Abend. Der Autor wird Verschiedenes aus seinen letzten größeren Werken lesen.

— Der Wandel der Elemente. Den Professoren Tolly und Patterton von der Universität Leeds ist es gelungen, nach vielen Versuchen Helium und Neon durch die Einwirkung des elektrischen Stromes aus Wasserstoff zu gewinnen. Sie haben damit eine Umänderung der Elemente erreicht, die bisher als unmöglich erachtet wurde. Bereits vor einigen Jahren hatte Ramsay gefunden, daß Radium in Helium verwandelt werden könnte, und der Forscher hatte durch die Einwirkung von Radium auf Kupfer Lithium erzeugt. (Man wird genauere Berichte abwarten müssen, ehe man die Tragweite dieser Erfindung einschätzen vermag.)

— Scott am Südpol? Nach einer Depesche des „Globe“ aus Neu-Seeland hat Kapitän Scott den Südpol am 18. Januar 1913 erreicht. Auf der Rückkehr zur Basis wurde seine Expedition im Schneesturm verschüttet. Scott und seine Begleiter kamen sämtlich um. (Da die Nachricht anderweitig noch nicht bestätigt ist und sie offenbar Widersprüche enthält — wenn alle umkamen, wer sollte dann die Erreichung des Südpols melden? — kann man hoffen, daß sie nicht in vollen Maße zutrifft.)

— Was man nicht karikieren kann. Der berühmteste Karikaturzeichner der Welt zeichnete die Karikatur eines „Damenhutes“. Die Zeichnung war so gelungen, daß er selbst beinahe lachen mußte; aber als er sein Werk seiner Frau zeigte, lächelte sie nicht einmal. „Gefällt es Dir nicht?“ fragte der Künstler erstaunt. „Gefallen?“ sagte die junge Frau, „natürlich gefällt er mir. Das ist der reizendste, entzückendste Hut, den ich in meinem Leben sah. Wozu vergeudest Du eigentlich sonst Deine Zeit zu Karikaturen, wenn Du so schöne Sachen machen kannst! Sofort gehe ich zur Modistin und lasse mir diesen Hut machen.“ Und sie tat es. Und der Meister weicht heute, daß man alles karikieren kann, nur nicht einen „Damenhut“...

auf dem harten Boden ausruhen, und dann wurden die „Karrentischen“ auch als Ablagerungsstätten für menschliche Schmutz benutzt. Am schlimmsten war freilich am Morgen das Erwachen; denn nicht nur, daß die Straßenzugend den Eingesperrten verhöhnte, bewarf und beschimpfte, manchmal warierte auch bereits die strafende Gattin draußen. Indessen allzulange scheinen diese „Karrentischen“ nicht existiert zu haben, sie wurden wieder weggeschafft, manche Reizgenossen behaupten, weil die Berliner solider geworden seien, andere sagen, weil — zu viele Katscheren eingesperrt werden mußten.

Theater.

Leffing-Theater: Die große Liebe, Schauspiel von Heinrich Mann. Von Heinrich Mann wird in gewissen Kreisen mit einem Aufwande von Superlativen, wie sonst nur etwa über Bedelind gesprochen. Von Zeit zu Zeit ließ man dithyrambische Ergüsse, in denen er als Pfadfinder auf neuen Bahnen, als Kämpfer irgendwelcher ganz besonders kostbar-komplizierter Seelenzüge der „Modernen“ gepriesen wird. Wer das bestreitet, verrät damit angeblich daselbe innere Vananientum, wie jene, deren stumpfer Wille in den gemalten Marionetten der Bedelindischen „Pandora“, „Hidalla“ usw. nicht Lebensoffenbarungen von ungeahnter Tiefe zu sehen vermag! Ein Novellist von individuellem, wenn auch nicht großartigem Gepräge, ermangelt Mann in seinen bisherigen dramatischen Versuchen einstweilen jeder eigenen Physiognomie. Er hat da nur Programme; er will das Ineinanderstößen, Sichwandelnde und Zerfließen von Gefühlskomplexen, das Strömen und Weiten der Stimmungen, das in den oft scheinbar so unermittelten Umschlägen des Handelns zutage tritt, darstellend wiedergeben, die unsichtbaren Hintergründe sichtbar machen. Wer wollte das nicht? Was für Meister dieser Kunst waren Ibsen und Hauptmann in vielen ihrer Werke. In den Mannschen Dramen aber spürt man allein die Absicht und die Präntention.

In seinem vom Hebbel-Theater aufgeführten Drama „Die Schauspielerin“ waren allerdings theatralische Requisiten Sardouschen Genres mit verwendet — wie es hieß: als äußerer Rotbeißel, in Anpassung an dem noch nicht zum vollen Verständnis bloß innerer Geschehnisse herangerufenen Bühnengequack. Das neue Schauspiel „Die große Liebe“ enthält sich solcher Trisda, da wird es dadurch noch nicht genießbarer. Bald hier bald dort wird es etwas angeippt, wovon der Hörer meint, es müsse irgend eine Art dramatischer Bedeutung haben, sich als ein fortwirkendes Moment einfügen in den Plan des Ganzen. Aber immer wieder sieht man sich diipiert. Nichts ist im tieferen Sinne motivierend vorbereitet; willkürlich wechseln die Apette der Figuren. Daß eine im forrrupt frivolen Milieu ihrer Gesellschaftsklasse aufgewachsene Weltkame die überspannten Erwartungen, die der obligate Held, ein genialer stompsonn, in ihre Liebe setzt, nicht erfüllt, noch kurzem Glücksträume ihm entgleitet — das ist der ganze Inhalt. Dabei verbleiben sie und er in gleich interesseloser Unbestimmtheit. Die schönen Komplimente der Dome an den Künstler, seine Musik sei ihr ein unmaßgebendes, gewaltiges „Erlebnis“ gewesen, lassen erst vermuten, es sei auf eine Satire ästhetischen Snobismus abgesehen; und dieser Eindruck wird durch die Firttalente, die das Genie in dem Salon betätigt, noch befestigt. Im Handumdrehen ist aber alles plötzlich heiliger Ernst. Der Künstler hat entdret; er kann nicht leben, wenn sie nicht seine Frau wird! Sie soll sich also scheiden lassen! Und sie ist hochbegeistert, wiewohl sie sich die Sache weniger schmerzhaft vorgestellt. Im zweiten Akt zeigt sie Bedenken mitleidiger Rücksichtnahme. Es scheint ihr unbankbar, den Gatten, dessen blind unterwürfige Liebe sich stets so leicht betrügen ließ, durch das Verlangen offizieller Scheidung schände zu kränken. Auch ein alter herzbrechend feufender Verehrer

gelassen werden. So war es der Fall bei einem Berliner Staatsanwalt, der bis über den Hals in Schulden steckte, von einem Betrüger ein großes Darlehen erhalten hatte, von dem gegen denselben Betrüger als Staatsanwalt auftrat. Selbstverständlich war der Mann unhaltbar, als der Sachverhalt herauskam, und er mußte aus seinem Amt ausscheiden. Die Zulassung eines solchen Mannes durch den Oberlandesgerichtshof ist geradezu unerhört. Die deutsche Rechtsanwaltschaft soll kein Abladeplatz sein für Baujunker aus anderen Verufen. — Sehr wünschenswert wäre es, wenn der Staatssekretär durch Abänderung der Zivilprozessordnung das Existenzminimum von 1500 Mark — eine Summe, die den heutigen Verhältnissen bei weitem nicht mehr entspricht (Sehr richtig!) auf 2500 M. erhöhen würde. — Die Überlastung des Reichsgerichts meinte der Staatssekretär, könne nur geloben werden entweder durch eine Vermehrung der Zahl der Senate oder durch eine Abänderung der Zivilprozessordnung. Damit meinte er jedenfalls eine abermalige Erhöhung der Revisionsnummern. Wegen einer solchen Absicht legen wir von vornherein Verwahrung ein. (Sehr richtig! v. d. Soz.) Wenn die Zahl der Prozesse zunimmt, muß selbstverständlich die Zahl der Richter vermehrt werden. Ich überschätze wirklich nicht den Wert der Rechtsprechung beim Reichsgericht. Jedenfalls aber hat es eine gewisse Bedeutung, wenn das Oberlandesgericht eine Zustanz über sich weiß, die seine Entscheidungen nachprüft. Es gibt Oberlandesgerichte, bei denen die Sachen, die keiner Nachprüfung unterliegen, Verbrechen genannt werden, weil man in solchen Fragen frisch von der Leber urteilen kann. (Weiterkeit und Hört! hört!) Diese Bezeichnung besagt genug; sie beweist, daß erhebliche Beweislaste der Parteien ganz anders gewürdigt werden, wenn die Revision zulässig ist. — Herr Holtzke hat neulich seine Zufriedenheit mit einer englischen Einrichtung beklagt, die sich bei seinen Gesinnungsgenossen leider immer dann zeigt, wenn jenseits des Kanals irgend etwas Mächtigendes eingeführt wird, er hat uns mit epischer Breite vorgetragen, daß man dort die Prügelstrafe für Zuhälter und Suppler eingeführt habe. Mir scheint es sehr naiv, wenn man glaubt, daß diese Verbrecherkategorien durch Einführung der Prügelstrafe verschwinden würden. Denken Sie an das Beispiel Dänemarks, wo der würdige Justizminister Alberti die Prügelstrafe einführt — bewährte er sie selbst zum Opfer gefallen (Weiterkeit) — und wo man sie nach einigen Jahren wieder abgeschafft hat. Wenn überhaupt eine körperliche Strafe abzuschaffen könnte, dann müßte es doch in erster Reihe die Todesstrafe sein. Aber hat man schon mal die Erfahrung gemacht, daß in Ländern, wo die Todesstrafe abgeschafft ist, mehr Verbrechen begangen werden? Die Statistik beweist doch das Gegenteil. Gegen Suppler und Zuhälter geht man am sichersten vor, wenn man dafür sorgt, daß die soziale Lage der erwerbsfähigen Frauen eine bessere wird, und diesen Verbrechern so die Objekte für ihre Betätigung entzieht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Die wenig maßgebend abstrahiert für unsere Zustände die von dem Abg. Holtzke zitierten englischen Verhandlungen sind, beweist die von ihm angeführte Äußerung des englischen Kriegsministers, er sei zwar ein Gegner der Prügelstrafe, aber ganz laßte sich die Prügelstrafe aus der Armee nicht beseitigen. Ich hoffe, daß Herr Holtzke kein Anhänger der Prügelstrafe in unserer Armee ist. (Abg. Dr. Dertel: Doch!) Der Resolution Schiffer über das Verkaufrecht von Gemeinde, Staat usw. bei Zwangsversteigerung von Grundstücken werden wir zustimmen. Sie erinnern sich an den Fall, den Herr Schiffer anführte. Ein Hypothekensgläubiger hat auf einem Grundstück, das einen Wert von etwa 50 000 M. hat, eine Hypothek von 30 000 M. Er bringt das Grundstück zur Zwangsversteigerung, ist dabei der einzige Bieter und bekommt für das Gebot von 10 000 M. das Grundstück, hat also für sein Darlehen ein Äquivalent bekommen, das den Wert der 30 000 M. erheblich übersteigt. Nun kommt aber das schönste. Der arme ausgepöbelte Schuldner, der sein Grundstück losgeworden ist, kommt wieder in bessere Vermögensverhältnisse und nunmehr macht der Ersteher des Grundstücks auf Grund des Darlehensvertrages, der zwischen ihm und dem Schuldner bestanden hat, seine Forderung von 29 000 Mark Rest gegen den armen Teufel geltend, und in vielen Fällen ist das Geld in solchen Fällen dem Gläubiger zugesprochen worden. Dagegen wendet sich die Resolution. Bedauerlich ist, daß eine solche Resolution überhaupt nötig ist. Wem es Erachtens könnte schon auf Grund der bestehenden Gesetze, weil der betreffende Gläubiger z. B. zweifellos gegen die guten Sitten handelt, gegen ihn vorgegangen werden. Bedenklich ist bei der Resolution nur, daß auf Grund eines Mißstandes ein Gesetz gefordert wird. Eine solche Gelegenheitsgesetzgebung ist selten gut, und bedenklich ist ferner, daß nur eine Art des immoralischen Erwerbes herausgegriffen werden soll, während es viele andere eben so schlimme gibt, die unbeanstandet bleiben. Ferner ist zu berücksichtigen, daß die preussische Regierung geneigt ist, alle Verurteilungen, die sie bekommt, zu mißbrauchen. Würden wir ein Gesetz gegen die Schundliteratur machen, so würde sie sicher auch das „Kapital“ von Karl Marx darunter stellen. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Weiden doch heute so viele dramatische Kommodien frei, während Hauptmanns „Weber“ erst vom Oberverwaltungsgericht freigegeben werden mußten und trotzdem immer wieder verboten wurden. Uns wäre am liebsten, wenn das Verkaufrecht auf die Gemeinden beschränkt bliebe, jedenfalls werden wir für die Resolution stimmen aus unserem Bestreben heraus, den Grundbesitz der Gemeinden zu vermehren. Im übrigen hat ja neulich Graf Westarp erklärt, die Zustimmung zu einer Resolution bedeute noch gar nichts, man könne sich ja nachher, wenn gesetzgeberisch etwas daraus werde, immer noch auf den entgegengesetzten Standpunkt stellen. (Weiterkeit.)

Rum einige Worte zur

Behandlung unschuldig Verhafteter.

Ganz typisch ist der Fall des Sattlers Rielke, der wegen Nordverhaftung zwei Monate in Untersuchungshaft lag. Seine Unschuld stellte sich in solcher Weise heraus, daß alle Vorbedingungen für Entschädigung erfüllt waren. Bewilligt wurden ihm als Ersatz für entgangenen Gewinn beim Handel mit Weihnachtsgütern 70 M., als Auslagen für den Anzug 40 M., und Verteidigungskosten 24 M. Von dieser Summe wurden aber noch abgezogen Ersparnisse an Verpflegungskosten während der Haft 37,50 M. Und die Bekleidungsgegenstände wurden vom preussischen Justizminister verworfen. (Zuruf links: Unerhört!) Von denen, die nicht unschuldig in Untersuchungshaft gefesselt haben, verlangt also der preussische Justizminister wohl noch nachträgliche Bezahlung der Verpflegung. (Weiterkeit.)

Wenn wir hier über Klassenjustiz fragen, wird das Bestehen derselben von anderer Seite bestritten; Herr Warnow meinte, unsere Klagen entspringen nur dem Haß der Sozialdemokratie gegen bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung. Er mag seine Mahnungen zum Vertrauen an seine nähere Umgebung richten. Herr Liebert, der ihm ja nahe steht, hatte wegen Verleumdung die Beurteilung eines Redakteurs in Baden nur zu 2 M. Geldstrafe erteilt, und seine Verurteilung wurde von der Karlsruher Strafkammer verworfen. Da schrieb die Korrespondenz des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, im Großherzogtum Baden muß ein Gegner der Sozialdemokratie schon zufrieden sein, wenn er überhaupt eine geringfügige Bestrafung eines Genossen durchläßt. Hier wird den badischen Richtern direkt der Vorwurf der Parteilichkeit gemacht. Wir erheben den Vorwurf der Rechtsbeugung durchaus nicht. Der Sinn unseres Vorwurfs der Klassenjustiz ist, daß die Richter unfähig sind, sich von Anschauungen und Vorurteilen freizumachen,

die sie mit der Muttermilch eingesogen haben. Das hat auch Herr Kollege Velzer zugegeben, als er sagte, die Richter gehören den bevorzugten Klassen an und sind von ihrem Willen abhängig. Auch einige andere Redner, die sonst gar keine Abneigung gegen Banalitäten haben (Weiterkeit links), sagen, das ist ja ganz selbstverständlich, niemand kann aus seiner

Gout heraus. Deshalb nimmt man aber die Richter nur aus einem bestimmten Willen, warum muß wenigstens in Preußen ein Referendat den Nachweis eines bestimmten, gar nicht unbedeutlichen Vermögens führen, um zugelassen zu werden, weshalb befördert man mit Vorliebe Richter, die sich in politischen Prozessen bemerkbar gemacht haben. Wenn ein Kandidat mit beschränktem Gehaltskreis unter dem Banner des Eintrucks steht, das Streikpostenfieber sei ein fürchterliches Verbrechen und müsse verboten werden, so lächelt man über derartige Torheiten und sagt, es sind Früchte einer Weltanschauung, die nicht gerade mit großen geistigen Anstrengungen erkauft ist. (Sehr gut!) Vom Richter aber muß man verlangen, daß er sich redlich bemüht, Herr aller Vorurteile zu werden, die er mit der Muttermilch oder im Kreise Gleichgesinnter eingeatmet hat. Jeder Richter sollte sich die Worte des alten preussischen Richters Vornemann in dem Prozeß Jacobi ins Herz graben: „Je größer die Lust ist, die mich von einem politischen Gegner trennt, der als Angeklagter vor mir steht, um so sorgfamer gehe ich zu Werke, um so gewissenhafter prüfe ich mich, wenn ich zu Gericht sitze.“ Der Reichsgerichtsrat Mittelstädt meinte dagegen, die Richter sind Vertreter der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung und sollen ihre Macht gebrauchen, ehe die Todfeinde dieser Ordnung, die Sozialdemokraten, die Macht in die Hände bekommen. (Hört! hört!)

In der Post“ erhebt ein Richter gegen die Staatsgewalt den Vorwurf, die Gefahren der sozialen Revolution zu mißachten, Streiks führen nach ihm den Massenhaß, er ruft auf zur Schöpfung um das monarchische Banner, damit wir nicht allmählich der Revolution entgegenstehen. Gnade dem Sozialdemokraten, der in die Hände eines solchen Mannes gerät! In diesem Artikel mußte ich denken, als ich

das Urteil der Breslauer Strafkammer

las, das aus Anlaß der letzten Reichstagswahl über den Arbeitersekretär Slowig und mehrere Gefährten verhängt wurde. Sie waren in einem Dorfe der ungeschicklichen Handhabung beim Wahlakt entgegengetreten und hierbei hatte Slowig dem Wahlvorsteher, der sich entgegen einem Ministerialerlaß auf die Anweisung seines Landrats berief, gesagt: Das ist ja alles Unsinn, was Sie da reden, Ihr macht auf dem Lande die Gesetze, wie Ihr wollt. Wir werden Euch das antun! Als sie auf Anweisung des Wahlvorstehers von etwa 20 Leuten hinausgeworfen waren, hatte Slowig zwei derselben zugerufen: Ihr wollt Arbeiter sein? Pfui! Schämt Euch! Wegen Hausfriedensbruchs wurden alle verurteilt, Slowig mit drei Monaten Gefängnis und wegen der Verleumdung des Wahlvorstehers noch mit vier Wochen und wegen der Verleumdung der beiden Arbeiter mit zwei Wochen Gefängnis. (Lebhaftes Hört! hört!) Das Urteil wirft ihm vor, er habe lediglich in frivoler Weise seine Machtstellung als Abgeordneter der sozialdemokratischen Wahlleitung zeigen wollen. Das Reichsgericht konnte an den tatsächlichen Feststellungen nichts ändern und mußte die Revision verwerfen. Ich sehe nicht an, zu erklären, es ist ehrenvoller, solche Strafen zu empfangen, als sie zu verhängen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) In einem anderen Orte wollten zwei Arbeiter, die als Kontrolleure im Wahllokal waren, es nicht dulden, daß aus einer Kalesche, die als Wahlurne diente, die Wahlmischlinge der Reihe nach herausgenommen und übereinander geschichtet wurden. Sie wurden wegen Anmahnung eines öffentlichen Amtes und Bedrohung eines Beamten angeklagt und mit vier Monaten Gefängnis bestraft. (Lebhaftes Hört! hört!) Obwohl sie lediglich aus dem idealen Beweggrund, das Wahlscheitern zu schämen, gehandelt hatten. Einen Rektor dagegen, der einem Wähler den Wahlzettel entziehen hatte und ihm einen konservativen Ausdrang wollte, beantragte der Staatsanwalt, nur mit einer Woche Festung zu bestrafen, weil seine Beweggründe ideal gewesen seien. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Und die Strafkammer sprach ihn überhaupt frei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Derselbe Staatsanwalt sprach auch einen Wahlvorsteher, bei dem die ungeheuerliche Wahlfälschung durch eine Reihe einwandfreier Zeugen erwiesen war, mit der Begründung frei, die Wirkursache seien so unglaublich, daß man diese Handlungen nicht angeklagt nicht zutrauen kann. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese Strafkammer scheint

eine Filiale der barmherzigen Brüder

zu sein. (Weiterkeit.)
Noch ein paar Worte zur Streikjustiz. In allen Ständen gilt es als oberstes Gesetz, daß der einzelne sein Interesse gegen das der Gesamtheit zurückstellen hat, und die Richter haben hierfür bei organisierten Berufen, bei Fabrikanten, die sich einem Unternehmertum anschließen, bei Kaufleuten und Handwerkern, Verbandsmitgliedern; überall lassen sie den Gemeinwohl gelten. Für Verfehlungen von Arbeitern aber, die der Ansicht sind, daß auch ihre Klassenangelegenheiten Gemeinwohl haben müssen, hat man in weiten Richtkreisen kein Verständnis. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Arbeiter sieht den Arbeitswilligen selbstverständlich als unläuteren Konkurrenten an, genau mit demselben Recht wie der Handwerker und Bauer ihre Berufsgenossen, die unter einem angemessenen Preise verkaufen. Es kommt hinzu, daß wenn eine Lohnbewegung von Arbeitern siegreich durchgeführt wird, an den Früchten dieser Lohnbewegung die Arbeitswilligen in demselben Maße teilnehmen wie die Streikenden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeitswilligen wollen also, daß andere für sie die Kassen aus dem Feuer holen. Das sind natürlich Forderungen, die eine starke Erbitterung bei den organisierten Arbeitern gegen die Arbeitswilligen erzeugen. Ferner kommt hinzu, daß die Richter, die doch sonst sehr gut den geringen Bildungsgrad der Arbeiter kennen, bei solchen Streikvergehen auf einmal verlangen, daß sie ihre Lebensweise vollständig einrichten nach dem Rezept des seligen Herrn Knigge. Das beweist eben, daß sie sich nicht genügend beschreiben, die Klassen vorurteile, von denen sie beherzigt werden, zu bekämpfen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die harten Strafen erklären sich hauptsächlich aus der Antipathie der Richter gegen den Streik (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) und aus der Vorstellung, daß die Handlungen, die man so hart bestraft, geeignet sind, den Unternehmern Arbeitswillige zu entziehen. (Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wegen der Worte „Pfui, Streikbrecher!“ werden wochenlang Gefängnisstrafen verhängt. Unternehmer aber, die die Unfallverhütung außer Acht lassen, kommen mit ganz geringen Strafen weg. Bekannt sind ja auch die lächerlich geringen Strafen bei Verletzungen gegen das Kinderkutschgesetz, die so minimal sind, daß es für den Unternehmer viel rentabler ist, sie auf sich zu nehmen als die Verpflichtungen zu erfüllen, die das Kinderkutschgesetz an ihn stellt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In Magdeburg hat sich ein Fall zugetragen, der eines gewissen komischen Antiklimes nicht entbehrt. In einem Gespräch zwischen einem Streikenden und einem Arbeitswilligen sagt dieser: Ich war früher im Verbanne, jetzt bin ich es nicht, worauf der Streikende zur Antwort gibt: „Das ist schlimm genug, Du Judidivium.“ — Ich bemerke, daß ich weder in diesem oder in irgend einem anderen Falle auf Grund von Zeitungsberichten vortrage, ich hatte mir überall die Urteile kommen lassen. — Für diese Bemerkung wurde der Streikende bestraft mit einer Woche Gefängnis. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Staatsanwalt hatte zwei Wochen beantragt, mit Rücksicht auf die Geringfügigkeit des Verfaltes.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) — Zufus: Wie war es aber mit dem Arbeitswilligen, der jemand erschossen hat! Auf diesen Vorfall wollte ich gerade kommen. Unter den Arbeitswilligen an einer Holzwarenfabrik in Burg bei Magdeburg befand sich auch einer von den Leuten, bei denen die Arbeitslust immer erst dann erwacht, wenn andere Leute in den Streik treten. Ich will durchaus nicht behaupten, daß jeder Arbeitswillige ein Lump sein muß, aber sicher sind das solche Elemente, die immer erst dann ar-

beiten, wenn es gilt, ihren Standesgenossen in den Rücken zu fallen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dieser Mann trug immer einen Revolver mit sich, obgleich ihm nichts geschehen war und proflte damit in Wirtshäusern. Eines Abends stand er spät vor seiner Haustüre und konnte nicht hinein, da er keinen Schlüssel mit hatte. Es kamen Arbeiter vorbei, die er gar nicht konnte, die mit dem Streik nichts zu tun hatten. Einer von diesen ruft ihm zu: Du kannst wohl nicht hinein, wir sollen Dir wohl helfen? Die Antwort lautete: Ihr habt wohl lange keine blauen Bohnen in einen gewissen Körper teile bekommen. Das verboten sich die Leute. Nun behauptet der Arbeitswillige, einer von den Arbeitern sei mit dem offenen Messer in der Hand auf ihn zugegangen. Diefen Arbeiter wurde vor Gericht das beste Zeugnis als eines sehr ruhigen Mannes ausgesprochen. Auch wurde in seiner linken Hosentasche ein geschlossenes Taschenmesser gefunden. Der Arbeitswillige entte zwei Schüsse abgefeuert, von dem einen war dieser Arbeiter getroffen, so daß er nach kurzer Zeit starb. Der Staatsanwalt stellt sich auf den Standpunkt, der Arbeitswillige sei völlig glaubwürdig, er habe in vermeintlicher Notwehr gehandelt und müsse freigesprochen werden.

Die Freisprechung erfolgte dann auch.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Zwei Zeugen, die unter ihrem Eide beklunden, daß der Erschossene sich lediglich darauf beschränkt hatte, sich den Gebrauch gemeiner Neden zu verbitten, lehnte der Staatsanwalt mit Rücksicht auf geringe Widerprüche, die in der Verhandlung zulage getreten waren, ab, vor allem aber deshalb, weil sie Parteigenossen des Erschossenen seien. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist doch unerhört, daß zur Anerkennung einer solchen Argumentation sich kaum Ausdrücke finden lassen, die stark genug sind. Wie würde es irgend einer von Ihnen empfinden, wenn man ihm die Keigung zutrauen wollte, einen wissenschaftlichen Meinungsgegenstand eines Parteigenossen zu leisten. In dieser Argumentation liegt auch eine große Gefahr. Es gibt zweifellos unter den Arbeitswilligen rohe gewalttätige Elemente, und wenn diese sehen, daß sie strafflos sich die größten Ausschreitungen zuschulden kommen lassen dürfen, daß man den Zeugen der Gegenseite kein Wort glaubt, was sollen dann für Zustände bei uns in Deutschland einreichen. (Sehr richtig!) Solche Vorfälle geben uns das Recht, zu sagen — daß Richter und Staatsanwälte nicht immer — mehr sagen wir nicht — ihre Vorurteile bei Ausübung ihres Berufs zurückstellen. Das gibt uns das Recht, so, es legt uns die Pflicht auf, von einer Klassenjustiz zu sprechen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich schließe mit der Hoffnung, daß es uns gelingen möchte, durch unsere Beschwerden beizutragen zur Verminderung der Penitenzproleten, aber die unsere Rechtsprechung hier hinweggeht. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Holz (3.): Ich gebe zu, daß unverständliche Urteile gefällt werden, aber gegen das Uebermaß der Kritik von sozialdemokratischer Seite müssen wir uns wehren. Die Klagen würden auch nicht verschwinden, wenn die „weltfremden“ Richter erlegt würden durch ihre berufenen oder unberufenen Kritiker. Auch verstehe ich nicht, wie ein Mann, der selbst in der Provinz steht, solche schwere Anklagen gegen deutsche Richter auf Grund von Zeitungsberichten erheben kann. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten. Zuruf: Sie haben doch gehört, daß der Vorredner das nicht getun hat!) Unser Richterstand ist zu gesund, als daß ihm eine solche Kritik schaden könnte. — Gegen Verträge, durch die das über die pfändbare Grenze hinausgehende Gehalt der Angestellten den Ehefrauen überwiehen wird, müssen die Gläubiger geschützt werden. Ich teile die Hoffnung des Staatssekretärs nicht, daß hier allein schon die Rechtsprechung die vorhandenen Mißstände beseitigen wird. — Redner regt eine Revision des Gesetzes über die Gesellschaften mit beschränkter Haftung an, um den vielen schwindelhaften Unternehmungen, die jetzt die Form der G. m. b. H. wählen, das Handwerk zu legen. Es ist bezeichnend, daß die Zahl der Konkurse unter den G. m. b. H. besonders hoch ist, ein letztes Zeichen für die Solidität vieler dieser Gründungen. Ohne jedes bares Geld werden manche dieser Gesellschaften unter hochtönendem Titel gegründet. Niemand kümmert sich darum, ob die gesetzlich vorgeschriebenen Voraussetzungen auch wirklich geleistet werden, ob die Sacheinlagen nicht zehnfach überhöht sind. (Zustimmung im Zentrum.) — Bei der Beratung des Kolonialbeamtengesetzes stimmte die Regierung dem Gedanken zu, das Wiederaufnahmeverfahren im Disziplinarprozeß zuzulassen. Redner fragt an, wie es mit der Erfüllung dieser Forderung stehe.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr. Vorher kurze Anfragen und namentliche Abstimmungen. Schluß 9/11 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

129. Sitzung, Montag, den 10. Februar 1918, vormittags 11 Uhr.

Der Bauetat.

(Allgemeine Besprechung.)

Abg. v. Maljahn (L) behält sich die Stellungnahme zur Main- und Weserkanalisierung vor. Der Ausbau der unteren Oder könnte die von Stettin auf den Berliner Markt kommenden Produkte zugunsten der schlesischen Beeinträchtigen, die Konkurrenz Hamburgs nötigt aber dazu, Stettin zu schützen. Die Wohnungsfrage ist ein sehr wichtiger Bestandteil der sozialen Frage. Eine Reform des Wohnungswesens durch ein Gesetz ist dringend notwendig, aber durch ein preussisches Gesetz. Die Auffassung des Reichstags des Innern, daß das Reich eintreten könnte, wenn Preußen verfolge, ist praktisch und verfassungsgemäß irrig. (Sehr richtig! rechts.) Das Gebiet des Reichs enthält dafür viel zu viel Verschleuderteiten. Es muß bald was geschehen; die Provinziallandtage sollten über das Wohnungsgesetz gehört werden, ebenso die Handwerks- und Handelskammern. Das Reich aber darf sich diese ihm nach der Reichsverfassung nicht zustehende Aufgabe nicht anmaßen. (Weilfall rechts.) Wir lassen uns in preussische Angelegenheiten auch nicht durch ein Wahmengesetz des Reichs hineinreden, wir wollen unsere Freiheit behalten. (Lebhafter Beifall rechts, Weifallrufe von einigen Nationalliberalen.) Unsere Sozialpolitik ist begründet in der kaiserlichen Verfassung von 1881, und damit glauben wir bessere soziale Arbeit zu leisten als andere Leute. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Dr. König (3.): Holland beabsichtigt mit Belgien eine Raas-Kanalisation zu bauen, Belgien fordert aber dafür Hollands Zustimmung zum Rhein-Maas-Schelde-Kanal, und diese Zustimmung ist von der holländischen Regierung bereits in ihrer Kammer erklärt worden.

Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Löwit: Diese Detailausführungen gehören nicht herher.

Abg. Dr. König (3.): Ich will ja nur wissen, welche Stellung Preußen zu der Frage nimmt. (Zwischen dem Redner und dem Präsidenten entspinnt sich eine längere Unterhaltung über das, was Abg. König sagen wollte und diese, die damit endet, daß er weiter darüber sprechen kann.) Der Kanal würde der weitestgehenden Industrie neue Absatzgebiete schaffen und einen neuen Weg nach einem neutralen Hafen eröffnen. Minister der öffentlichen Arbeiten v. Breitenbach spricht, wie immer, von der Journalistentribüne abgewendet und ist nur äußerst lakonisch zu verstehen. Er scheint den Abg. v. Maljahn über die Zukunft Stettins zu beruhigen, aber die geplante Reorganisation der Bauverwaltung Ausschuss zu geben, wobei namentlich den unteren und mittleren Beamten erweiterte Befugnisse erteilt werden und Hochbauämter zusammengelegt werden dürften.

Abg. Dr. Köhling (nat.): Ich wünsche, daß der Rhein-Hannover-Kanal möglichst bald stillig verlängert werde, und zwar nach Hildesheim und Braunschweig. Die Mainkanalisierung darf nicht von Hollands Zustimmung zu den Rhein-Schiffahrtsgesetzen abhängig gemacht werden. Wir sind für ein eigenes Wasserministerium

dem unsere Eisenbahnen sind genug Arbeit für ein Ministerium und für die Wasserstraßen muß mehr geschehen. Auch uns scheint landesgesetzliche Regelung des Wohnungswesens besser. Der bundesstaatliche Charakter des Reichs muß aufrecht erhalten bleiben. Es ist nicht zu bezweifeln, daß der preussische Landtag von demselben sozialen Geist erfüllt ist wie die Reichsämter. (Lebhaftes Bravo! bei den Nationalliberalen und rechts. — Abgeordneter Hoffmann: Aber!) Der Redner tritt dann für Kanalisation der Weser ein.

Abg. Rosenow (Sp.): Die Trennung der Bau- von der Eisenbahnverwaltung wäre für Handel und Verkehr, die sich erfreulich haben, verderblich, weil jetzt zwischen Kanälen und Bahnen ein Tarifausgleich stattfindet. Graf Kanitz hat im Reichstag kanalfreundlich gesprochen. Nun, Sie haben den Mittelkanal bei Hannover trotz einem Königswort und Ihrer Königstreue an die Leine gelegt — lassen Sie ihn jetzt endlich los und bauen Sie ihn bis nach Magdeburg. Was geschieht aber mit den feither avancierten Kanaltreibern? Werden die dann wieder auf die alten Stellen versetzt? (Sehr gut! links.) Berlin hat für 12 Millionen ein Hafenterrain am Stettiner Großschiffahrtsweg erkaufte, aber die Regierung stellt unmöglich zu erfüllende Anforderungen und verzögert die ganze Sache ungemein. — Der Redner bespricht dann einzelne Ressortangelegenheiten.

Minister v. Breitenbach: Die Hafenterrainverhandlungen mit Berlin sind abgeschlossen. Eine Trennung der Kanäle von der Eisenbahnverwaltung ist unmöglich. Die staatlichen Baubeamten dürfen Nebenarbeiten nur übernehmen, wenn dienstliche Interessen darunter nicht leiden. Die Regierungspräsidenten trachten, eine Beeinträchtigung der Interessen der Privatarchitekten zu vermeiden. Den Arbeitern der Wasserbauverwaltung ist die Möglichkeit gegeben worden, den Eisenbahnkonkurrenz entgegenzutreten. Auf eine Anfrage des fortschrittlichen Redners erklärt der Minister noch, daß die Verwaltung gegen den Beitritt der Arbeiter zu *Girsch-Dunderschen Gewerkschaften* nichts einzuwenden habe.

Abg. Lippmann (Sp.) behandelt nochmals die Differenzen zwischen den Interessen Stettins und denen der oberhessischen Montanindustrie. Von einem Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin kann man gar nicht sprechen, denn er kann nur von 600-Tonnen-Schiffen betahren werden, dagegen können von Hamburg nach Berlin 800-Tonnen-Kähne, auf der Elbe sogar von 1500 und auf dem Rhein von 3000 Tonnen fahren.

Damit ist die allgemeine Besprechung beendet. In der Einzelberatung spricht über Arbeiterverhältnisse

Abg. Hoffmann (Soz.):

Die Bauräte und Geheimen Räte lassen es häufig genug an Wohlwollen gegen die Arbeiter fehlen. Kurz vor Weihnachten sind von der Swinemünder Strombauverwaltung 40 Arbeiter entlassen worden und am 4. Januar weitere 16, alles Familienväter mit mehreren Kindern und mit jahrelanger Beschäftigung bei der Strombauverwaltung. Die Arbeitszeit ist eine lange, die Lohnberechnung können die Arbeiter nicht kontrollieren. Arbeiterausfälle bestehen auch nicht, und das ist die Ursache, daß solche Härten vorkommen können. Wir erwarten von dem Staat als Arbeitgeber, daß er künftig nicht Familienväter, die 5, 10 und 15 Jahre im Dienst stehen, zwischen Weihnachten und Neujahr aufs Pflaster setzt. Der fortschrittliche Redner beklagt sich hier, daß Arbeiter, die *Girsch-Dunderschen Gewerkschaftsorganisationen* angehören, entlassen werden, als ob sie sozialdemokratischen Gewerkschaften angehörten. Wir stehen nicht auf dem Standpunkt: „Heiliger Florian, verschon' mein Haus, zünd' andere an“, sondern wir verlangen, daß den Arbeitern überhaupt nicht das Recht der Vereinigung verweigert werde. Wir schmunzeln nicht, wenn es gegen christliche oder *Girsch-Dundersche Gewerkschaften* geht, bitten Sie aber auch, nicht zu schmunzeln, wenn gegen freie Gewerkschaften vorgegangen wird, wie es leider alle Tage der Fall ist.

Unterstaatssekretär Gerd von der Brüggen: Es kann sich bei der Entlassung doch wohl nur um Saisonarbeiter gehandelt haben, denn wir nehmen auf unsere Arbeiter die größte Rücksicht und verbessern ihre Lage andauernd. Wir haben sogar eine Erhöhung der Unterzahlungen ins Auge gefaßt und die Zulage der Eisenbahnarbeiter nach längerer Dienstzeit eingeführt. Unseren Arbeitern geht es durchaus nicht schlecht.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Ich bin dem Regierungsvorsetzer dankbar, wenn er erklärt, daß derartige Entlassungen nicht vorkommen sollten; aber es ist Tatsache, daß diese Entlassungen vorgekommen sind, und daß die entlassenen Familienväter, fünf, zehn und fünfzehn Jahre dort gearbeitet hatten. Die Entlassung wurde ihnen nicht einmal vorher angekündigt, auch der Restlohn wurde ihnen nicht einmal ausgezahlt, das sind gewiß Härten, denen abgeholfen werden könnte.

Nach weiterer uninteressanter Debatte vertagt sich das Haus.

Abg. v. Arnim-Pfledom (L.) erhebt als Vorsitzender der Budgetkommission, den Mittwoch für ihre Arbeiten freizugeben, da sie erst in sechs Wochen mit dem Etat fertig werden könnten, wenn sie weiter, wie bisher, an drei Abenden in der Woche bis 1/2 12 Uhr nachts arbeiten, was auch eine große Anstrengung ist.

Abg. v. Boppenthal (L.) erucht, den Mittwoch nicht sitzungsfrei zu lassen, da das Pleum noch sehr viel zu tun habe.

Die Vertreter aller Fraktionen stimmen dem Wunsch des Abg. v. Arnim zu.

Abg. Hoffmann (Soz.): Auch wir sind diesmal in der glücklichen Lage, Herrn v. Arnim zustimmen zu können. (Allgemeine Heiterkeit.)

Vizepräsident Dr. Krause: Das Haus wird am Schluß der morgigen Sitzung darüber entscheiden.

Nächste Sitzung: Dienstag 10 Uhr vormittags: Weiterberatung des Panetals.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Kaufschuß aus der Partei.

Vom Bezirksvorstand in Frankfurt a. M. wurde der Modelldreiner Ludwig Keutner, geb. 28. März 1885 in München, zurzeit wohnhaft in Hamburg, aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen. Keutner hat im vorigen Jahre in Fried a. M. neben anderen Manipulationen Parteigeldeer bemerkt. Der „Vorwärts“ hat bereits vor Monaten vor Keutner gewarnt.

Delitzsch, Gerichtliches usw.

Staatsanwalt und sozialdemokratischer Redakteur.

In einer Verhandlung gegen den Redakteur Genossen Bruno Rahn vom „Gothaer Volksblatt“ vor der Strafkammer des Landgerichts in Gotha erklärte der Erste Staatsanwalt Kiesecketter, daß eine Gefängnisstrafe für den Angeklagten deshalb angebracht sei, weil er das Verbrechen als ein Gewerbe betriebe und leichtfertig Verichte veröffentlichte, die Beamtenbeleidigungen enthalte. In einem Bericht aus Odruf waren einige Unrichtigkeiten enthalten, so daß Rahn wegen Beleidigung eines Schupmanns, der einen rabiaten Vetter verhasst hatte, zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt wurde. Das Gericht hatte keinen besonderen Wert auf das Strafregister des Angeklagten gelegt. Auf Antrag des Staatsanwalts wurde aber Pause gemacht, damit die Verurteilung genau ermittelt werden könnten, worauf der öffentliche Ankläger sich dann stützte, obwohl die Strafen auf Grund von Verurteilungen bis zu 1 1/2 Jahren zurücklagen. Die Ausfertigungen des Herrn Staatsanwalts warfen ein bezeichnendes Licht auf seine Objektivität.

Jugendbewegung.

Anwändig, tauglich — Landsturm.

In vergangenen Jahre brachten unsere Genossen Schulz und Dr. Frank im Reichstage eine Angelegenheit zur Sprache, die den Terrorismus und die Engbergigkeit der preussischen Schul- und Militärbehörden drastisch beleuchtete. Es handelte sich um den Sohn unseres Genossen Düwelle. Der junge Mann hatte als Kaufmannslehrling einen Bildungsverein für Jugendliche gegründet. Unter dem bekannten scharfen Bind, der Ende 1900 gegen die proletarische Jugendbewegung einsetzte, wurde auch dieser Verein für politisch erklärt. Gegen Düwelle wurde ein Verfahren wegen Uebertretung des Reichsvereinsgesetzes eingeleitet. Das Urteil lautete auf 6 M. Geldstrafe. In der Begründung des Urteils wird auch die politische Stellung des Vaters des Angeklagten betont. Der Vater sei ein bekannter Sozialdemokrat, daraus sei zu schließen, daß der vom Sohn gegründete Verein ebenfalls politische Zwecke verfolgte. Mit der Verurteilung war die Sache aber noch nicht erledigt. Der junge Düwelle hatte sich privatim auf das Abiturientenexamen vorbereitet. Sein Besuch um Zulassung zur Prüfung wies die Schulbehörde zurück, zunächst, weil ein Strafverfahren gegen ihn schwebte und später endgültig, weil er wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes bestraft worden sei. Hieraus ergebe sich ein Mangel an sittlicher Reife, der ihn der Zulassung zum Abiturientenexamen unwürdig mache. Beschwerden gegen den Entschluß waren erfolglos.

Die Schulbehörde hatte aber nicht verhindern können, daß Düwelle an der Handelshochschule immatrikuliert wurde. Um nun hier sein Studium beenden zu können, beantragte er auf Grund eines wissenschaftlichen Befähigungsnachweises bei der Militärbehörde die Ausfertigung eines Verordnungscheines zum einjährig-freiwilligen Dienst und Zurückstellung vom Militärdienst auf 3 Jahre. Unter Berufung auf die Entscheidung des Provinzial-Schulkollegiums verweigerte die Militärverwaltung die Ausstellung des Scheines. Die vorgelegten Anzeigen und auch der Kriegsminister bestätigten die Wohnnahme der Militärbehörde. Düwelle mußte sich zur Stammrolle melden und wurde sofort als tauglich zur Infanterie ausgehoben. Sein erneutes Gesuch um Zurückstellung zwecks Beendigung seines Studiums wurde dann auch von der königlichen Erfahrungscommission des zuständigen Bezirks Dichtenberg prompt zurückgewiesen. Kurz vor der Generalmusterung kam die Angelegenheit im Reichstag zur Sprache. Der Kriegsminister zog es damals vor, die ganze Verantwortung für das Vorgehen gegen Düwelle dem Provinzial-Schulkollegium zuzuschreiben. Als das geschah, hatte er selbst schon eine Beschwerde Düwelles zurückgewiesen. Bei der kurz darauf abgehaltenen Generalmusterung wurde Düwelle ohne körperliche Untersuchung auf 1 Jahr zurückgestellt. Das war im Sommer 1912. Anscheinend war die Militärverwaltung aber schon zur Ansicht gekommen, Düwelle sei überhaupt militäruntauglich. Am 4. Januar 1913 wurde der Vater des Delinquenten, Genosse Düwelle, von der königlichen Landwehrinspektion Berlin I ganz plötzlich telephonisch gebeten, seinen Sohn doch sofort zu einer außerterminlichen Musterung in das Landwehrbezirksgebäude zu senden. Der Bitte wurde entsprochen. Nach kurzer Untersuchung fand der Arzt, Düwelle sei dienstuntauglich; er wurde dem Landsturm ohne Waffe überwiesen.

Nun hat der Verordnungschein für Düwelle natürlich keinen praktischen Wert mehr. Daß der untersuchende Arzt bei der außerterminlichen Musterung für Düwells körperliche Mängel, die man bei der ersten Musterung durchaus nicht finden konnte, ein verständnisvolleres Auge hatte, ist sehr erfreulich, aber für die Schul- und Militärbehörde ist die ganze Affäre wohl kaum erfreulich. Ansehen haben sie nicht dabei erworben.

Aus Industrie und Handel.

Burbach — Schwiebel.

Die bereits früher von uns angekündigte Interessengemeinschaft zwischen der Burbach-Eich-Düdelinger Aktiengesellschaft und dem Schwiebel Bergwerksverein ist jetzt in allen finanziellen Einzelheiten festgelegt. Am Anfang dieses Monats haben die Aufsichtsräte beider Gesellschaften Plänen zugestimmt, die dahingehen: Der Vertrag soll auf 30 Jahre, beginnend mit dem 1. Juli 1912, abgeschlossen werden. Den Aktionären des Schwiebel Bergwerksvereins soll bis 1916 eine zehnprozentige Dividende, bis 1920 eine solche von 12 Proz. und für den Rest der Dauer des Vertrages, also bis 1942, eine Dividende von 14 Proz. gewährt werden. Die Burbach-Eich-Düdelinger Aktiengesellschaft ist verpflichtet, auf Verlangen die Aktien des Schwiebel Bergwerksvereins bis zum Juli 1942 zum Kurse von 250 Proz. zu übernehmen. Der Aufsichtsrat des Schwiebel Bergwerksvereins soll um sechs Mitglieder aus den Reihen des Burbacher Verwaltungsrates vermehrt werden, während aus dem Schwiebel Aufsichtsrat drei Mitglieder zur Wahl in den Burbacher Verwaltungsrat vorgeschlagen werden.

Der Konzern Burbach ist erst vor zwei Jahren durch Verschmelzung des Luxemburger Bergwerks- und Saarbrücker Eisenhüttenvereins mit dem Eisenerz Hüttenverein und dem Eisenhütten-Aktiendeckelungsverein entstanden. Er besitzt große Walzwerke, Stahlwerke und Hochofenanlagen. Nach Fertigstellung neuer, bereits im Bau begriffener Anlagen wird der Konzern die höchste Beteiligungsgröße im Stahlwerksverband haben. Um den erforderlichen Brennstoffbedarf für immer sicher zu stellen, schließt er die Interessengemeinschaft mit dem Schwiebel Bergwerksverein, der bei einer jährlichen Förderung von 2,8 Millionen Tonnen Kohlen gerade den Bedarf Burbachs decken kann.

Syndikatsorgen in der Braunkohlenindustrie.

Nachdem vor nicht langer Zeit das Mitteldeutsche Braunkohlensyndikat zerfallen ist, droht auch dem Niederlausitzer Preileit Syndikat die Auflösung, und zwar durch den Austritt der „Ise-Bergbau-Aktiengesellschaft“. Die Produzentin der bekannten „Ise“-Preileits hatte von jeher eine Sonderstellung im Syndikat: sie durfte ihre Erzeugnisse unter eigenem Namen, nicht als Syndikatsmarke verkaufen; für den Berliner Markt war ihr außerdem eine besonders große Absatzfläche eingeräumt worden; schließlich behielt sich die „Ise“ eine kurze Kündigungsfrist vor. Den vom Syndikat beschlossenen Produktionssteigerungen will sich die Ise-Gesellschaft nun nicht mehr fügen; auch scheint sie ihre Lage am Berliner Markt durch die niedrigeren Angebote mitteldeutscher Preileitfirmen, die mit der Auflösung des Mitteldeutschen Syndikats auftraten, für gefährdet zu halten. Welche Bedeutung der Austritt der „Ise“ für das Niederlausitzer Syndikat haben würde, geht daraus hervor, daß „Ise“ über 25 Proz. der Syndikatsbeteiligungen besitzt. Bei einem so bedeutenden Aufhänger scheint der Bestand des Syndikats gefährdet, obgleich die Ise-Gesellschaft gemäß ihrem Vertrage auch nach ihrem Austritt bis zur Auflösung der Gesellschaft (spätestens aber bis 1923) zu den Syndikatsauskosten mit 2 M. pro 10 Tonnen beizutragen muß.

Gerichts-Zeitung.

Folgen der Fürsorgeziehung.

Weil er in das Gefängnis wollte, hat ein 20jähriger Fürsorgezögling eine verheerende Brandstiftung begangen, die ihn nun gestern vor das Schwurgericht des Landgerichts II führte, vor welchem gestern eine neue Tagung begann.

Aus der Untersuchungshaft wurde der Fürsorgezögling Willi Freund vorgeführt. — Der Angeklagte hatte kaum das Strafmündigkeitsalter erreicht, als er zum ersten Male vor dem Strafrichter stand und wegen mangelnder Erkenntnis der Strafbarkeit seiner Handlungsweise freigesprochen wurde. Bald darauf wurde er zu einem Verweise und dann zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Diese Strafe kam jedoch nicht zur Verbüßung, da er der Fürsorgeziehung überwiesen wurde. Nach wenigen Tagen flüchtete er und schlug sich zu Fuß bis nach Böhmen durch, wo er sich mit Revolver und Dolchmesser bewaffnet, einer Mäuerbande anschloß, die dort das Land unsicher machte. Als 14jähriger Junge kam er dann völlig verwildert wieder nach Hause. Hier bekam er nach wenigen Tagen mit einem Freunde wegen einer Kleinigkeit Streit. Er zog einen Revolver hervor und schoss den Freund nieder. Er wurde wegen dieser Tat zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Diese Strafe wurde später in einem Wiederaufnahmeverfahren in 3 Monate Gefängnis umgewandelt. Auch die Verbüßung dieser Strafe wurde ausgeführt und der Jugendliche der Erziehungsanstalt überwiesen, aus der er bald wieder ausbrach. Er verübte zahlreiche Einbrüche, jedoch wurde auch die hierfür gegen ihn erkannte Strafe ausgeführt. Kaum in die Erziehungsanstalt zurückgebracht, brach er wieder aus, verübte Einbrüche und zündete drei Strohmieten an.

Vor Gericht erklärte der Angeklagte, daß er alle diese Straftaten begangen habe, da er lieber ins Gefängnis als in eine Erziehungsanstalt wollte. In der Anstalt werde nur geschlagen und dies habe ihn in seiner Ehre zu tief gekränkt. Er habe sich deshalb vorgenommen, so lange Straftaten zu begehen, bis er nicht mehr in die Erziehungsanstalt gebracht werden könne. — Tatsächlich brach der Angeklagte dann bald wieder, zum vierten Male, aus der Erziehungsanstalt aus und wanderte zu Fuß bis an die französische Grenze, um sich für die Fremdenlegation anwerben zu lassen. Hierzu kam es jedoch nicht, da er wegen verschiedener in Lothringen verübter Einbrüche gefaßt und in Bayern verurteilt wurde. Aus dem Gefängnis kam er wieder in die Erziehungsanstalt in Strausberg, von der aus er zu dem Landwirt Henze in Jindorf bei Strausberg gebracht wurde. Am Abend des 2. Oktober v. J., wenige Stunden nach seinem Dienstantritt, ließ er sich von einem Anecht eine Schachtel Streichhölzer, zündete die Scheune an und flüchtete von neuem. — Vor Gericht erklärte der Angeklagte, daß er die Brandstiftung nur begangen habe, um auf möglichst lange Zeit ins Gefängnis zu kommen, da er in der Erziehungsanstalt furchtbar geschlagen worden sei. — Der Gerichtsrat Dr. Marg befandete, daß der geistig etwas minderbewertige Angeklagte ganz erhebliche moralische Defekte aufweise, die man früher mit dem jetzt nicht mehr angewendeten Begriff „moral insanity“ bezeichnete. — Dem Wahrspruch der Geschworenen gemäß, wurde der Angeklagte zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt.

Ein Aufgebot von 680 Zeugen

Ist in einem Betrugsprozeß mobilgemacht worden, der gestern vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dellestamy seinen Anfang nahm. Die Anklage unter dem Aktenzeichen v. Gen. richtet sich gegen 6 Personen: den Inhaber eines Debiturbureaus Rich Jacobs, dessen Ehefrau Hedwig Jacobs, den Zeichner Karl Jaeger und drei Angeklagte, die in der Form falscher Auskunfterteilung Beihilfe zu einigen Betrugsfällen — es handelt sich um mehrere hundert Einzelfälle, geleistet haben sollen. Ein siebenter Angeklagter, der Kaufmann Hans Dube, der in dem Strafverfahren eine hervorragende Rolle spielt, ist nicht erschienen. Wie es heißt, soll er sich in einer Irrenanstalt befinden.

Jacobs betrieb früher in Reußlän, später in der Reichenberger Straße, ein Darlehens- und Hypotheken-Vermittlungsgeschäft. Auch Dube betrieb ein solches Geschäft zuletzt in der Prenzlauer Straße. Jacobs hatte außerdem in der Fehelstraße das Finanzgeschäft „Cito“ eröffnet, das später von Dube übernommen wurde. Jacobs begründete dann in der Friedrichstraße eine Auskunfterteilung und erzielte für Dube Auskünfte über die Vermögenslage der Darlehensnehmer. Bei dem jetzigen Strafverfahren handelt es sich um zahlreiche Darlehensschwindelen, bei denen Jacobs, Dube und Jaeger Hand in Hand gearbeitet haben und von den übrigen Angeklagten unterstützt sein sollen. Jacobs und Dube erließen in Hunderten von Zeitungen Inserate, monach sie Kapital zu vergeben hätten. Sie stellten auch den sich Meldenden die Verfassung von Geldern in ziemlich sichere Aussicht, obgleich sie nach den Ermittlungen der Anklagebehörde weder selbst Gelder besaßen, noch Geldmänner an der Hand hatten. Die Hauptsache war, daß die Darlehensnehmer einen bestimmten Betrag für Kario und Auskunftsgebühr einzuzahlen hatten. War dies geschehen, so hatten die Darlehensnehmer das Nachsehen; sie wurden dann unter allerlei Ausflüchten hingehalten, manchmal wurde ihnen mitgeteilt, daß die Auskünfte über sie schlecht ausgefallen seien, es wurde die Stellung eines Bürgen verlangt und dann eine nochmalige Gebühr für den Bürgen erhoben. In den sämtlichen zur Anklage gestellten Fällen des vollendeten bzw. versuchten Betruges soll es nicht zur Auszahlung von Geld gekommen sein. Verschiedene Grundstücksbesitzer, namentlich Landwirte, die Gelder für Hypotheken suchten, sollen von Jacobs um erhebliche Beträge geprellt worden sein. — Der Prozeß dürfte etwa 6 Wochen für die Verhandlung in Anspruch nehmen. Ueber das Urteil werden wir berichten.

Der Schnapstreff.

Ueber die Bluttat, die sich in der Nacht zum 30. September 1912 in der Rütticher Straße ereignete und anfänglich als Mord angesehen wurde, soll nun am 11. Februar vor dem Schwurgericht des Landgerichts III verhandelt werden. Unter der Anklage der Körperverletzung mit Todeserfolg wird der bislang unbestrafte Arbeiter Hermann Adernann sich zu verantworten haben. Einem von ihm begangenen Mordverbrechen ist die Frau Emma Klarnet, die einen lässigen Lebenswandel geführt hat und dem Schnapstreff verfallen war, zum Opfer gefallen. Der Angeklagte hatte in stark angefeuertem Zustand mit zwei anderen jungen Leuten die Klarnet an der Ecke der See- und Amrumer Straße getroffen. Sie war so betrunken, daß sie sich allein nicht von der Stelle bewegen konnte. Es fand dann ein fortgesetztes Schnapstrinken statt, in dessen Verlauf der Angeklagte in rohester Weise die Klarnet mit den Händen ins Gesicht schlug und schließlich eine schnapsgesüllte Flasche auf ihrem Kopf zertrümmerte. Die A. trug eine stark blutende Wunde am Hinterkopf davon, sie fiel zu Boden und wurde von Adernann in hilfloser Lage liegen gelassen. Am nächsten Morgen wurde ihre Leiche auf einem Bauplatz vorgefunden. Die Wunden in der Gegend des Hinterhauptes waren an und für sich nicht allzu schwer, nach dem Gutachten der Sachverständigen ist anzunehmen, daß die Bemühung der Rühlführer in Verbindung mit der auf die Trankfüllung der A. zurückzuführenden Ertränkung des Herzens und der Nieren den Tod der A. zur Folge gehabt hat.

Das Milieu, in dem sich diese schreckliche Nachtzene abgespielt hat, ist ein so widerwärtiges, daß die Verhandlung unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden wird.



Engelhardt

Caramel-Bier

Alkoholfarm — Aerztl. empfohlen

Das beliebteste am Markte

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Görlitzer Viertel. Bez. 205 I.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Arbeiter
Friedrich Fuhrmann
Liegutier Str. 19
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mitt-
woch, den 12. Februar, nachmittags
4 Uhr, von der Halle des Thomas-
Kirchhofes in Reutbahn, Hermann-
straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Petersburger Viertel. Bez. 358.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Gutmacher
Albert Bleichrodt
Petersburgerstr. 4b, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mit-
twoch, den 12. Februar, nachm.
4 Uhr, von der Leichenhalle des
Zentral-Friedhofs in Friedrichs-
felde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Statt besonderer Meldung.
Am Sonntag verschied nach
längerem, schwerem Leiden meine
liebe Witte, meine gute Tochter,
unsere Schwester und Schwägerin
Frau Gertrud Michaelis
geb. **Marius**
Kopenhagener Straße 75.
Um stille Beileid bitten
Die trauernden Hinterbliebenen
J. M.: Max und Carlina Boer,
Gaudhstr. 15.
Die Beerdigung findet am Mit-
twoch nachmittags 10^{1/2} Uhr, von der
neuen Halle des jüdischen Fried-
hofes in Weihensee, Volbringens-
straße, aus statt. 23986

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis
Am 8. Februar verschied unsere
Genossin
Gertrud Michaelis
Kopenhagener Str. 75. — Bezirk 577.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 12. d. Mts., vor-
mittags 10^{1/2} Uhr, von der neuen
Halle des jüdischen Friedhofes
in Weihensee, Volbringensstraße,
aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband der Maler, Lackierer etc.
Filiale Berlin.
Unseren Mitgliedern zur Nach-
richt, daß der Kollege
Emil Schweisel
(Gesundbrunnen)
am Sonntag verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 11. Februar, nach-
mittags 4^{1/2} Uhr, von der Halle
des Sophien-Kirchhofes, Gesund-
brunnen, Freienwalder Straße,
aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.
Unseren Mitgliedern zur Nach-
richt, daß der Kollege
Arnold Hermann
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute,
Dienstag, den 11. Februar, nach-
mittags 3 Uhr, von der Halle des
Aufseherungs-Kirchhofes in
Weihensee aus statt.
137/9 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Schlosser
Franz Sobanski
am 7. Februar an Herzleiden ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 11. Februar, nach-
mittags 3^{1/2} Uhr, von der Halle
des Sebastian-Kirchhofes in
Reinholdsdorf, Humboldtstraße,
aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
112/13 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Stellmacher
Fritz Geisler
Rantow, Schmidtstr. 6, im Alter
von 19 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mit-
twoch, den 12. Februar, nach-
mittags 3^{1/2} Uhr, von der Halle
des 3. Pantomer Gemeindefried-
hofes in Schönholz aus statt.
79/2 Die Ortsverwaltung.

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Drochsen-
fahrer
August Sündermann
am 8. Februar im Alter von
66 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienst-
tag, den 11. d. M., nachm. 3^{1/2} Uhr,
von der Leichenhalle des Hellands-
friedhofes in Stahndorf aus statt.
62/1 Die Bezirksverwaltung.

Statt besonderer Meldung.
Am 9. d. Mts. verschied nach
kurzem, schwerem Leiden meine
inniggeliebte Frau u. liebe Mutter
Helene Richter
geb. **Gädicke**
im Alter von 37 Jahren.
Dies zeigen tiefbetrubt mit der
Bitte um stille Teilnahme an
Karl Richter nebst Sohn.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 12. Februar, nach-
mittags 1^{1/4} Uhr, von der Halle
des Zentralfriedhofes in Friedrichs-
felde aus statt. 2404b

Blumen- und Kranzbinderei
von **Robert Meyer,**
Inh.: **P. Golletz**
Mariannenstr. 2. Tel. Mpl. 346.

Verband
der **Schneider u. Schneiderinnen.**
Filiale Berlin I.
Unseren Mitgliedern hiermit zur
Nachricht, daß der Kollege
Karl Langenau
am 9. d. Mts. im Alter von
33 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 12. Februar, nach-
mittags 1^{1/4} Uhr, von der Halle
des 2. Städtischen Friedhofes in
Schöneberg, Göttschstraße, aus statt.
102/15 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse
der deutschen Wagenbauer.
Berlin 6. Frauen-Sterbekasse.
Am Freitag, den 7. Februar,
verstarb unser Mitglied, Frau
Emma Springstube
an Blasenleiden.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, nachmittags 3^{1/2} Uhr,
von der Halle des neuen Naga-
retz-Kirchhofes, Reinholdsdorf,
Rögelstraße, aus statt.
257/7 Die Ortsverwaltung.

Dankjagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, des Wauers
Karl Lehmann
spreche ich hierdurch dem Deutschen
Sonnarbeiter-Verbande, allen Genossen
und Genossinnen des 4. Wahlkreises,
274. Bezirks, sowie dem Genossen
Bilow für die ergreifende Gedächtnis-
rede und allen Bekannten, Freunden und
Bewandten meinen innigsten Dank
aus. 3a

Witwe Anna Lehmann.
79/1
Möbelfabrik „Berolina“
Eingetragene Genossenschaft mit be-
schränkter Haftung.
Montag, den 24. Februar 1913,
abends 6 Uhr, im Geschäftszitat:
Generalversammlung.
Tagesordnung: 1. Bilanz. 2. Bilanz-
änderung. 3. Wahl des Vorstandes und
des Aufsichtsrats. 4. Geschäftliches.
Die Bilanz liegt bei uns zur Ein-
sicht aus. 103/1
Der Vorstand: H. Krebs, Karl Müller.

Oskar Wollburg
Trauer-Magazin
Berlin N., Brunnenstraße 56.
Große Auswahl in schwarzer
Konfektion; auch einz. Röcke,
Blusen, Hüte etc. Anfertigung
nach Maß in 12 Stunden.
Aenderungen sofort.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Mittwoch, den 12. Februar, abends 8^{1/2} Uhr, bei Voeker, Weberstr. 17:

Kombinierte Versammlung
der Ortsverwaltung mit der Kontrollkommission.

Donnerstag, den 13. Februar, abends 8 Uhr, bei Keller, Köpenickerstr. 29:

Gemeinsame Versammlung
sämtlicher Werkstätten-Vertrauensleute und der Delegierten zur Generalversammlung.

Tagesordnung:

Bericht über die Vertragsverhandlungen und Stellungnahme zu dem gefällten Schiedsspruch.

Stockarbeiter!

Heute, Dienstag, den 11. Februar, abends 6 Uhr, bei Voeker, Weberstr. 17:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

Wahl der Delegierten zur Generalversammlung und Verbandsangelegenheiten.

Bezirk Charlottenburg.

Heute, Dienstag, den 11. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 3:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

Wahl der Delegierten zur Generalversammlung und Verbandsangelegenheiten.

Bezirk Tempelhof, Mariendorf u. Mariensfelde.

Mittwoch, 12. Februar, abends 6 Uhr, bei Löwenhagen, Mariendorf, Chausseest. 27:

Bezirks-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Die gegenwärtige Lage im Holzgewerbe. — 2. Verbandsangelegenheiten.

Die Ortsverwaltung.

Peek & Cloppenburg

Spezialhaus für moderne Herren- und Knabenbekleidung
Gertraudenstraße 25 - 26 - 27



Konfirmanden - Anzüge

Fertig am Lager

Kat.-Nr.		Brustweite in cm			
		68-70	72-76	76-82	84-86
		M.	M.	M.	M.
2244	Schwarzer Cheviot	11.-	12.-	13.-	14.-
2245	Gripplies, schwarzes Kammgarn	16.-	17.-	18.-	20.-
2246	Gripplies, schwarzes Kammgarn	20.-	22.-	24.-	26.-
2247	Schwarzer, gerber Cheviot, solide Ware	22.-	24.-	26.-	28.-
2248	Schwarzer, gerber Cheviot, solide Ware	24.-	26.-	28.-	30.-
2249	Elegant, schwarzer Kammgarn-Cheviot	28.-	30.-	32.-	35.-
2250	Schwarzer, eleganter Tuchkammgarn-Anzug	28.-	31.-	34.-	36.-
2251	Melton-Cheviot, äußerst haltbare Ware	37.-	40.-	43.-	45.-
2252	Melton-Cheviot, äußerst haltbare Ware	39.-	42.-	45.-	47.-
2253	Schwarzes Tuchkammgarn, elegante, feine Ware	39.-	42.-	45.-	48.-
2254	Feiner, schwarzer Melton-Cheviot, vorzügliche Ware	47.-	50.-	53.-	56.-
2255	Feiner, schwarzer Melton-Cheviot, vorzügliche Ware	50.-	53.-	56.-	59.-
2256	Schwarzer Melton-Cheviot, mit seidnem Spiegel, mit Bords einfaßt, sehr elegant	55.-	58.-	61.-	64.-
2260	Dunkelblauer, solider Cheviot	16.-	17.-	18.-	20.-
2261	Blauer, solider Kammgarn-Cheviot	20.-	22.-	24.-	26.-
2262	Blauer, reinwollener Kammgarn-Cheviot	20.-	22.-	24.-	26.-
2263	Blauer, reinwollener Kammgarn-Cheviot	22.-	24.-	26.-	28.-
2264	Elegant, reinwollener Melton-Cheviot	26.-	28.-	30.-	32.-
2265	Elegant, reinwollener Melton-Cheviot	28.-	30.-	32.-	35.-
2266	Reinwollener Melton-Cheviot, äußerst haltbar	28.-	31.-	34.-	36.-
2267	Reinwollener Melton-Cheviot, äußerst haltbar	30.-	33.-	36.-	38.-
2268	Blauer, reinwollener Diagonal-Cheviot, eleganter Anzug	30.-	33.-	36.-	38.-
2270	Dunkelblauer, reinwollener Diagonal-Cheviot	31.-	34.-	37.-	39.-
2271	Dunkelblauer, reinwollener Diagonal-Cheviot	33.-	36.-	39.-	41.-
2272	Melton-Cheviot, elegante, glatte Ware	33.-	36.-	39.-	41.-
2273	Dunkelblauer, sehr solider Cheviot	37.-	40.-	43.-	45.-
2274	Dunkelblauer, sehr solider Cheviot	39.-	42.-	45.-	47.-
2275	Stattes, dunkelblaues Diagonal-Kammgarn	41.-	44.-	47.-	50.-
2276	Hocheleganter, feiner Melton-Cheviot	42.-	45.-	48.-	51.-
2277	Dunkelblauer, äußerst haltbarer Cheviot	44.-	47.-	50.-	53.-
2278	Melton-Cheviot, prima Qualität, eleganter Anzug	50.-	53.-	56.-	59.-
Jünglings-Smoking-Anzüge					
2257	Schwarzes Tuchkammgarn, vorzügliche Ware, mit seid. Schal	37.-	40.-	43.-	45.-
2258	Schwarzer, vorzüglicher Melton-Cheviot, mit seidnem Revers	47.-	50.-	53.-	56.-
2259	Feiner Melton-Cheviot, auf Seide gefärbt, mit seidnem Schal	53.-	56.-	59.-	63.-

Vorzügliche Paßformen — Nur eigene Erzeugnisse

Muslem
Die neue Problem
Qualitäts-Cigarette.

Von der Fürsorge für hungernde Schulkinder.

Ueber den Wert der Schulpeisung will in Berlin die vom Magistrat eingesetzte Schulpeisungskommission sich dadurch ein Urteil bilden, daß sie den Einfluß auf die Körperentwicklung der beteiligten Kinder feststellen läßt.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir an die Kommission eine Bitte richten. Zu Helene Simons Broschüre über „Die Schulpeisung in Groß-Berlin“ war vom Rathaus aus an die Presse eine Gegenäußerung verfaßt worden, die in dem Satz gipfelte: „Kein wirklich bedürftiges Schulkind Berlins, dessen Eltern die Speisung in den Kindervolkssälen mit städtischer Unterstützung wünschen, entbehrt einer warmen Mittagskost.“

Nach Meldung des Herrn Direktors erhält Ihr Kind kein warmes Mittagessen. Wir sind bereit, zu veranlassen, daß Ihrem Kinde wochentäglich eine Mittagsmahlzeit von der Kindervolksschule verabreicht wird; es bleibt aber vorbehalten, die für die Speisung Ihres Kindes entstandenen Kosten von Ihnen einzuziehen, wenn sich bei unseren Ermittlungen herausstellt, daß Sie in der Lage sind, diese Summe zu erstatten.

Uns ist versichert worden, daß noch gegenwärtig zu der Mitteilung an die Eltern das Formular mit diesem Wortlaut benutzt wird. Beachtung verdient darin der Satz: „wenn sich bei unseren Ermittlungen herausstellt, daß Sie in der Lage sind, diese Summe zu erstatten.“

Will nicht die Schulpeisungskommission einmal feststellen, wie groß in ganz Berlin die Zahl dieser Weigerungen ist? Wir finden, daß der Wert der Einrichtungen zur Fürsorge für hungernde Schulkinder doch sehr fragwürdig ist, wenn dann in Bedürftigkeit geratene Eltern von vornherein ein solches Abschredungsmittel entgegengehalten wird.

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Kreis. Gemeinsame Jahrlabende halten folgende Abteilungen ab:

- 2. Abt. für die Bezirke 111a bis 114 und 234. Vortrag des Genossen Dr. Nofes über: „Der allzuzeitliche Kinderfogen im Arbeiterhaus.“
3. Abt. für die Bezirke 216-220a in den Ritterfälen. Ritterstraße 75. Vortrag des Stadtverordneten Genossen Adolf Ritter.
4. Abt. für die Bezirke 221-223 in den Ritterfälen. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Fritz Jubeil.
5. Abt. für die Bezirke 224-226a bei Julius Giesing. Wassertraktstraße 68. Vortrag des Genossen Hildebrand.
8. Abt. für die Bezirke 236, 240-242, 249 und 219a im Gewerkschaftshause, Saal 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Haberland über: „Die Kampfanlage der Reaktion und die Aufgabe der Sozialdemokratie.“
10. Abt. für die Bezirke 230, 231, 238, 239, 250-251a im Englischen Hof, Neue Hofstr. 3. Vortrag des Genossen Hds.

Fünfter Kreis, III. Abteilung. Mittwoch, den 12. Februar: Gemeinsamer Jahrlabend aller Bezirke bei Sengelspeid, Reibelstr. 39. Genosse Eugen Rosemann, spricht über: „Die Sozialpolitik und ihre Forderungen.“

Johannisthal. Am Mittwoch, den 12. Februar: Mitgliederversammlung des Wahlvereins im „Arbeiterheim“. Tagesordnung: Die bevorstehende Landtagswahl u. a. m.

Steglitz-Friedenau. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Schellballe, Steglitz, Ahornstraße 15a, der letzte Vortragabend des Genossen E. Dämmig über: „Deutsche Literaturgeschichte des 19. Jahrhunderts“ statt.

Steglitz. In den Abteilungsversammlungen am Mittwoch wird über das Thema: „Kirche, Religion und Sozialdemokratie“ gesprochen. Referenten sind Dr. Honauer, E. Kausch, Frau Käthe Dunder und Dr. Herrn Dunder. I. Abt. Schellballe, II. Heilmann, III. Albrechtshof (Zimmer 1), IV. Dahl (Südenbe).

Sohnsdorf. Mittwoch, den 12. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung in Villa Nahl. Tagesordnung: 1. Bericht der Gemeindevorsteher. 2. Wahl der Delegierten zur Kreis-Generalsversammlung. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Friedrichshagen. Der gemeinschaftliche Jahrlabend fällt ausnahmsweise aus, dafür finden die Einzeljahrlabende in den bekannten Bezirkslokalen statt.

Königs-Wusterhausen. Der Jahrlabend für den Bezirk Königs-Wusterhausen findet am Mittwoch, den 12. Februar, bei Gebert, Ludenwalder Straße 5, statt. Bezirk Wildau bei Rodanel und Deutsch-Wusterhausen bei Großmann.

Reuthen. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Mittwoch, den 12. Februar, in Niederdorf bei Strüger statt. Da eine wichtige Tagesordnung zu erledigen ist, wird um vollzähliges Erscheinen ersucht.

Berliner Nachrichten.

Arbeiter-Schwimmport.

In den letzten Jahren haben sich die Arbeiter, die schwimmfähig sind, immer mehr aus den bürgerlichen Schwimmvereinen zurückgezogen und sich zu selbständigen Arbeiterschwimmvereinen zusammengetan.

Daß auch Arbeiterschwimmer etwas leisten können, dafür lieferte ein Schauschwimmer, das am Sonntag der Schwimmverein „Welle“ in der städtischen Volksbadeanstalt an der Schillingsbrücke abhielt, einen neuen Beweis.

So schön der Sport ist, hat er doch auch seine Schattenseiten, die heute noch nicht genügend gewürdigt werden, weil man erst in allerneuester Zeit unternommen hat, Sport und Leibesübungen wissenschaftlich zu erforschen.

Um das Hochzeitsgeschenk für das Kronprinzenpaar haben sich die preussischen Städte sehr bemüht. Die Arbeiten, die einen besonders künstlerischen Charakter haben sollten, geben jetzt ihrem Abschluß entgegen, obwohl das Kronprinzenpaar seit mehr als acht Jahren verheiratet ist.

Der silberne Tafelschmuck besteht aus 2045 silbernen Stücken und 550 Gläsern. Es sind 103 Schmuckstücke, 508 Schüsseln, Protokolle, Terrinen, Kasserollen, Souciere, Salzgefäße und Zeller, sowie 1489 Kleingeräte, zu deren transportfähiger Verpackung 36 Kisten angefertigt werden.

Bei der Gesamtposition des Schmuckes wurde berücksichtigt, daß auch bei kleineren Tafeln, so auch bei runden Tischen, jedesmal ein in sich abgeschlossener Tafelschmuck zur Verfügung steht. Auch können die einzelnen Stücke als Zimmergeschmuck dienen.

Ein Vergleich der Anfertigungszeiten hervorragender künstlerischer Arbeiten aus den leistungsfähigsten Kunstperioden früherer Jahrhunderte rechtfertigt die für die Arbeit erforderlich gewesene längere Zeit.

Bemerkten möchten wir hierzu, daß die Mittel der Gemeinden bestimmungsgemäß nur im Interesse der Gemeindeangehörigen verwendet werden dürfen. Von dieser Bestimmung wird nur dann abgesehen, wenn es sich um Hilfeleistung für besonders Bedürftige handelt, wenn beispielsweise Gemeinden oder ganze Landesteile von großer Not heimgejucht werden.

Rißstände im Irrenwesen. Der Magistrat Berlin hat eine Petition an die beiden Häuser des Landtages gerichtet wegen der Rißstände im Irrenwesen, die hervorgerufen sind durch die über das vorhandene notwendige Maß weit hinausgehende Inanspruchnahme der Anstalten durch die Polizei für ihre angeblich gemeindefremden Kranken und durch den Mangel einer rechtlichen Grundlage sowohl für die Fürsorgepflicht in solchen Fällen, als auch überhaupt für die zwangsweise Internierung von Geisteskranken. Die Landtagskommission der Stadt Breslau, des Herzogtums Lauenburg, der Hohenzollernschen Lande haben den Anschlag an die Petition zugesagt. Die fernere aufgeforderten Landes-

direktoren und Landeshauptleute der preussischen Provinzen haben sich auf den Standpunkt der Petition gestellt und wollen ein gemeinsames Vorgehen erwagen.

Die Bureauangestellten der städtischen Betriebe beschäftigten sich in ihrer letzten Versammlung mit der Angestelltenversicherung und nahmen nach sehr reger Debatte folgende Entschlieung einstimmig an:

Die am 5. Februar 1913 im „Rosenthaler Hof“ sehr gut besuchte Versammlung der in den Revierbureaus der städtischen Gaswerke beschäftigten Bureauangestellten beauftragte die Branchenleitung des Verbandes der Bureauangestellten, bei der Stadtverwaltung dahin zu wirken, daß die Beiträge zur Angestelltenversicherung vom 1. Januar 1913 ab in voller Höhe von der Stadtverwaltung übernommen werden.

Die Versammlung nahm mit Genugtuung den Entschluß der städtischen Versammlung von Charlottenburg entgegen und geben sich der Hoffnung hin, daß diesem Beispiel der Berliner Magistrat folgen wird.

Eine Razzia wurde gestern morgen in einer Gastwirtschaft in der Friedrichstraße von der Polizei veranfaßt. Insgesamt wurden 70 Männer und 49 Frauen zur Wache geführt. Elf Frauen und ein Mann wurden in das Polizeipräsidium eingeliefert.

Ein neuer Abstellbahnhof für den Potsdamer Fernverkehr soll bei dem Betriebsbahnhofe Schöneberg mit einem Kostenaufwande von 1 685 000 M. errichtet werden. Neben seiner Reparaturwerkstatt am Sachsendamm besitzt der Eisenbahnhofs hier noch ein ausgedehntes Gelände zwischen Pfisterstraße und der Reichsbahnlinie von Tempelhof.

Wegen zweifachen Kindermordes ist der 22jährige Schlosser Gerhard Bärwald aus der Urbanstr. 68 festgenommen worden. Bärwald, der mit seiner Geliebten zusammen wohnte, wird beschuldigt, nachts zwei von seiner Braut geborenen Kinder sofort nach der Geburt ersticht und in einem Kachelofen verbrannt zu haben. Bärwald hat die beiden Verbrechen eingestanden. Daraufhin wurde auch seine Braut aus ihrer Wohnung heraus verhaftet. Sie gab an, daß sie von der Beiseitejaffung der ermordeten Kinder erst später erfahren und dann ihren Vräutigam nicht habe anzeigen wollen. Diese Darstellung bekräftigte auch Bärwald durch seine Aussagen. Das Mädchen wurde daraufhin vorläufig auf freien Fuß gesetzt. Im Anschluß an der Vernehmung wurde eine Durchsuchung der Wohnung des Paares vorgenommen. Im Kachelofen in der Stube, in dem beide Leichen verbrannt worden sind, fand man noch einige Knochenüberreste des zuletzt geborenen Kindes. Diese wurden beschlagnahmt. Bärwald wurde dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Landung eines Freiballons in Johannisthal. Nahe dem Flugplatz Johannisthal ist Sonntag nachmittags gegen 5 Uhr der Freiballon „Münster“ des Münchener Vereins für Luftfahrt niedergegangen. Der 1680 Kubikmeter fassende Kugelballon war um 11 Uhr in Münster aufgestiegen. Bei dem ziemlich starken Westwind hat der „Münster“ die 400 Kilometer lange Strecke in kaum 6 Stunden zurückgelegt.

Eine hundertjährige Hospitalitin. Unter den Insassen des Friedrich-Wilhelms-Hospitals der Stadt Berlin in der Palisadenstr. 37 befindet sich die unverehelichte Dorothea Augustina Singe, die am 20. d. M. ihr 100. Lebensjahr vollendet. Sie genießt seit dem Jahre 1902 städtische Anstaltspeisung, nachdem sie seit 1883 von der Berliner Armenverwaltung laufende Unterstützung erhalten hatte. Die Jubilarin ist die Tochter der Bürger und Schuhmacher Johann Gottlieb Singe und Eheleute in Sorau N/L. Die Singe ist seit drei Jahren bettlägerig und nicht mehr im Vollbesitz ihrer geistigen Kräfte. Mit Rücksicht hierauf wird man von einer persönlichen Ehrung anlässlich ihres 100jährigen Geburtstages Abstand nehmen müssen, es sollen ihr von jetzt ab Annehmlichkeiten in der Beföstigung gewährt werden.

Ein früherer Oberleutnant verhaftet. Unter dem dringenden Verdacht des Raubdiebstahls ist der 40 Jahre alte Oberleutnant a. D. Wilhelm Gauger, der in der Potsdamer Straße in einem Pensionat wohnte, verhaftet worden. Gauger ist ein Opfer seiner Spielleidenschaft geworden. Er verlor im Spiel ein beträchtliches Vermögen, bis auf einen auch nicht unerheblichen Teil, der seiner Verfügung entzogen und sichergestellt wurde. Als ihm vor einem Vierteljahr das bare Geld ausgegangen war, gründete er ein „Patentwertungsanstalt“, mietete im Bürohaus Börse zwei Räume und stellte mehrere Buchhalter und Kassierer an, denen er zusammen gegen 1500 M. Vorkaufschaffen abnahm. Als er dieses Geld in der Tasche hatte, kümmerte er sich nicht weiter um sein „Anstalt“, ließ die Räume, für die er die Miete auch noch nicht bezahlt hatte, leerstehen und fuhr, wieder vom Spielvergnügen gepackt, nach Monte Carlo, wohl in der Hoffnung, sich dort „sanieren“ zu können. Aber das Glück blieb ihm dauernd abhold. Mit leeren Taschen kehrte er nach Berlin zurück. Inzwischen hatten sich seine Angestellten an die Kriminalpolizei gewandt, die Gauger jetzt verhaftete und dem Untersuchungsrichter vorführte.

Einsam gestorben ist ein Greis in der Schönhauser Allee. In dem Hause Nr. 138c hauste für sich allein in Stube und Küche seit 14 Jahren der jetzt 80 Jahre alte Privatmann Georg Efrath, der von seinen Ersparnissen lebte und sich seinen Haushalt selbst besorgte. Man weiß nicht, ob er irgend welche Angehörigen hat und sah nie, daß er Verkehr pflog, auch den Nachbarn gegenüber war er sehr zurückhaltend. Seit acht Tagen kam der Greis nicht mehr zum Vorschein. Die Nachbarn, die ihn sonst fast jeden Tag gesehen hatten, teilten das bei ihm mit, und diese ließ gestern die Wohnung öffnen. Jetzt fand man den alten Mann tot in seinem Bette liegen. Nach dem Entzichten eines Arztes ist er an Altersschwäche gestorben.

Das Brandunglück in der Brückenstraße hat ein Todesopfer gefordert. Der am Sonnabend nachmittags bei einer Spiritusexplosion in der Damenhutfabrik von S. Hirsch, Brückenstr. 6 b, schwer verbrannte 32 Jahre alte Hutmacher Max Friedrich aus der Brückenstraße ist in der Nacht zum Sonntag im Krankenhaus Weihenau seinen Verletzungen erlegen. Friedrich war unverheiratet und erst seit kurzer Zeit in der Damenhutfabrik beschäftigt. Ueber die Ursache der Explosion haben auch die weiteren Nachforschungen nichts Bestimmtes ergeben. — Auf Brandstiftung wird ein Brand zurückgeführt, der in der Nacht zum Sonntag in einer Wohnung in der Mollatstr. 71 zum Ausbruch kam. Die Feuerwehr stellte drei Brandherde fest, die miteinander nicht in Verbindung standen. — Gestern morgen wurde die Feuerwehr zweimal nach dem Hause Sirellischer Str. 67 im Norden Berlins gerufen, und in beiden Fällen war dort der Dachstuhl des Hauses in Brand geraten. Das erste Feuer wurde gegen 8 Uhr morgens bemerkt. Die Feuerwehr griff mit einer Schlauchleitung ein und beseitigte die Gefahr innerhalb einer Stunde. Zwischen 6 und 7 Uhr erfolgte dann erneuter Alarm nach derselben Brandstelle. Wie sich herausstellte, brannte wieder ein Teil des Dachstuhles; auch diesmal mußte mit einer Schlauchleitung längere Zeit Wasser gegeben werden, um das Feuer zu ersticken. Die Ursache der beiden Brände ist nicht ermittelt.

In der Gasse des Ertrinkens schwelgen am Sonntag drei junge Leute der „Pfadfindertuppe“, die, anscheinend um Zeugnis ihres Bogenschießens, vor dem Lokal „Waldbühl“ in Schmöckwitz die dünne Gießdecke betreten hatten. Einer der „Pfadfinder“ kam einer offenen Stelle zu nahe und verankert. Bei dem Versuch, den ins Wasser Gefallenen zu retten, verlor auch der Kletterer, ein etwa 17jähriger junger Mann, in der Flut, während es dem dritten, einem 18-14jährigen Burschen, gelang, sich in Sicherheit zu bringen. Zum Glück hatten einige am Ufer wühlende Gänse des Lokals den Unfall beobachtet. Nach Ueberwindung größerer Schwierigkeiten gelang es einigen beherzten Männern, die allzu lässigen „Pfadfinder“ dem nassen Element zu entziehen und dadurch vom Tode des Ertrinkens zu retten.

Vergiftet hat sich gestern nachmittag der 29 Jahre alte Galvaniseur Fritz Lausch, dessen Wohnung noch nicht ermittelt werden konnte. Lausch trank in einem Weinstaurant am Potsdamer Platz eine Phantastilung und brach sofort bewusstlos zusammen. Angelegte des Weingehäuses brachten ihn nach der Pilsnawache in der Eichenborststraße, wo der Arzt noch Gegenmittel anwandte, die aber ohne Erfolg blieben. Lausch starb kurz nach der Aufnahme. Die Leiche wurde dem Schauhause überwiesen.

Vorort-Nachrichten.

Steglitz.

Die Suche nach liberalen Wahlmännern wird durch den Vereinigten Wahlausschuss der fortschrittlichen Volkspartei und des Nationalliberalen Ortsvereins zu Steglitz mit einer Strupfellostheit betrieben, wie man sie politischen Organisationen nicht zutrauen sollte. Sozialdemokraten werden es jedenfalls nicht verstehen, wie man jemand das Ehrenamt als Wahlmann antragen kann, von dem man nicht einmal weiß, welchen politischen Ansichten er huldigt. Bei den Liberalen scheint man weniger wählerisch zu sein, sonst hätte es dem Wahlausschuss nicht passieren können, daß er sich auch an einen organisierten Sozialdemokraten mit der Bitte wendet, sich für die Landtagswahlwahl als liberalen Wahlmann aufstellen zu lassen. Wenn das Aufschreiben des Wahlausschusses beginnt: „Aus den uns vorliegenden Wählerlisten der Landtagswahl vom Jahre 1908 geht hervor, daß sie bei jener Wahl in liberalerem Sinne gewählt haben.“ so läßt das auf zweierlei schließen: entweder ist diese Wählerliste falsch, oder es liegt überhaupt keine vor, denn der Genosse hat 1908 selbstredend sozialdemokratisch und nicht „in liberalerem Sinne“ gewählt. Daß Sozialdemokraten liberale Kandidaturen ablehnen, ist ja selbstverständlich; vielleicht liegt aber in dieser leichtfertigen Werbung von Wahlmännern die Erklärung für die Unzuverlässigkeit der Liberalen bei Stichwahlen: Die Wahlmänner sind eben nicht liberal, sondern nur von liberalen Organisationen aufgestellt, und von solchen Leuten kann man natürlich keine prinzipielle Politik erwarten.

Mit dem reaktionären Dreiklassenparlament rechnete Landtagsabgeordneter Genosse Vorkardt am Freitag in einer öffentlichen Wählerversammlung im „Abrechthof“ gründlich ab. Seine vorzüglichen Darlegungen, die hoffentlich auf den Ausgang der Landtagswahlwahl befriedigend wirken, klangen aus in die Wahlmänner, die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten Genossen Hofner nach Kräften zu fördern, denn nur die sozialdemokratische Partei und ihr Kandidat bürgen dafür, daß die Reaktion in Preußen gebrochen würde. In der Diskussion sprach ein Gegner, dessen Darlegungen aber mit dem Thema absolut nichts zu tun hatten. Der Vorsitzende forderte zu reger Agitation für die Wahlmännerwahlen (20. Februar) auf, zum Abonnement auf den „Vorwärts“ und Beitritt zur Organisation. Mit begeistertem Hoch auf die Sozialdemokratie schloß die gutbesuchte Versammlung.

Friedenau.

Die Einstellung des Verkaufs von russischem Fleisch hat, wie in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung der Bürgermeister mitteilte, der Gemeindeverwaltung auf Vorschlag der zuständigen Kommission beschlossen. Gemeindefürsorge Vorkardt führte begründend aus, daß der Verkauf, fremdes Fleisch am Ort einzuführen, als Mißlingen anzusehen sei, weil die zum größten Teil dem besseren Mittelstande angehörende Bevölkerung Friedenau in bezug auf ihre Fleischgewinnung zu sehr verwöhnt sei. „Den Friedenauer Frauen kommt es“, so sagte Herr Vorkardt, „auf den Preis absolut nicht an; die Hauptsache ist die, daß die Qualität da ist.“ Das dem so ist, hält Herr Vorkardt dadurch für erwiesen, daß der Absatz des eingeführten Fleisches ständig zurückgegangen sei, so daß es sich zuletzt gar nicht mehr verlohnte, die verhältnismäßig hohen Transportkosten dafür aufzuwenden. Genosse Richter protestierte entschieden gegen den Beschluß der Gemeindeverwaltung. Daß der Absatz zurückgegangen, sei richtig. Dies habe aber seinen Grund darin, daß der Friedenauer Bevölkerung von den Schlächtern das russische Fleisch systematisch verweigert worden sei. Die Gemeindebehörden hätten eine viel schärfere Kontrolle des Verkaufs ausüben müssen, um dem planmäßigen Vorgehen der Schlächtermeister wirksam entgegenzutreten zu können. Dem gemeindefürsorglichen Treiben dieser Herrschaften gegenüber halte die Gemeinde die Pflicht, den Verkauf in eigener Regie zu betreiben oder den Vertrieb der Konsumgenossenschaft zu übertragen. Die bürgerlichen Vertreter schwiegen sich in der Angelegenheit aus. — Der diesjährige Kaisergeburtstags-Festschmaus für die Auserwählten des Geldsacks hat den Steuerzahlern 333 M. gekostet. — Eine ausgedehnte Debatte rief ein Antrag des Gemeindeverordneten Finke hervor, monoch eine Teilung der unteren Klassen des Reform-Realgymnasiums gefordert wird. Der Antragsteller hob hervor, daß es ein unwürdiger Zustand sei, in diesen Klassen, wie es jetzt geschieht, 54 Kinder unterrichten zu lassen. Lehrer und Schüler litten aus Schwere unter diesem Zustande und die Gemeinde habe es sich selbst zuzuschreiben, wenn die Lehrer schon verhältnismäßig früh den Pensionierungsleistungen der Gemeinde zur Last fallen würden. Bürgermeister Balger hielt es für bedenklich, dem Antrag Finke Folge zu leisten. Erwiderte man erst neue Unterklassen, so sei man nach einigen Jahren gezwungen, diese Klassen zu vollständigen Schulen auszubauen. Dies sei für die Gemeinde ein Risiko, da man nicht wissen könne, ob die fortschreitende Proletarisierung der westlichen Vororte vor den Toren Friedenaus Halt machen würde. Der Antrag Finke fand trotz dieser Bedenken des Oberhauptes Annahme. — Ein Antrag des Gemeindevorstandes, eine Gemeindeparkasse zu errichten, wurde dem Finanzausschuss überwiesen.

Schmargendorf.

In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung referierte im Lokal von Goetsch (Waldbühl) der Genosse Max Groger über die bevorstehende Landtags- und Gemeindevahl. Der Redner forderte am Schluß seines mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrages die Versammelten auf, im bevorstehenden Wahlkampf rege ihre Pflicht zu tun. Sodann gab der Vorsitzende Genosse Red die zu wählenden Wahlmännernkandidaten bekannt. Es sind zu wählen: im 1. Wahlbezirk Max Groger, Köhler, im 2. Wahlbezirk Karl Schmidt, Rauzer, und Theodor Red, Arbeiter, im 3. Wahlbezirk Karl Förster, Rauzer. Zur Gemeindevertretung steht der Buchdrucker Genosse Paul Müller zur Wahl. Am Schluß forderte der Vorsitzende die Versammelten auf, intensiver wie bisher für den Ausbau unserer Organisation zu agitieren.

Ober-Schöne-weide.

Der Etat der Gemeinde für das Jahr 1913 schließt nach dem Vorschlag in Einnahme und Ausgabe mit 2101460 M. ab. Von dieser Summe werden gedeckt durch eigene Gemeindecinnahmen, Gebühren und Staatsbeiträgen 781850 M., so daß durch Steuern noch 1319610 M. aufzubringen sind. Diese setzen sich zusammen aus Einkommensteuer (135 Proz. Zuschlag wie im Vorjahre) 548750 M., Grundsteuer (8 M. vom Tausend des gemeinen Wertes der bebauten und 6 M. vom Tausend der unbebauten Liegen-

schaften) 376000 M., Gewerbesteuer 300000 M., Umsatzsteuer 60000 M., Wertzuwachssteuer 5000 M., Bier- und Brausteuer 22000 M., Luftfahrzeugsteuer 2250 M., Hundesteuer 7000 M., Betriebssteuer 600 M. Von den einzelnen Spezialsteuern erfordern Zuschüsse: Allgemeine Verwaltung 251000 M., Strohen- und Bräudenverwaltung 225300 M., Armenwesen 30700 M., Feuerlöschwesen 10300 M., Volksschule 448325 M., Realgymnasium 76040 M., Höhere Mädchenschule 3100 M., Gemeindefriedhof 18050 M. Als einzige Gemeindevorlage, welche einen Ueberschuß ergibt, kommt das Wasserwerk Ostend in Frage, derselbe ist mit 11500 M. veranschlagt; es ist dies wohl auch nur dem Umstande zu danken, daß der Wasserpreis diesen horrenden Höhe aufweist, wie sie im alten Ortsteil für das von Rummelsburg bezogene Wasser gelten. Für die Verzinsung und Tilgung der von der Gemeinde bislang aufgenommenen Anleihen im ursprünglichen Betrage von 6588500 M. ist in diesem Jahre die Summe von 406876,01 M. aufzubringen. Der Etat konnte bei dem bisherigen Einkommensteuersatz nur durch mögliche Beschränkung der Ausgaben balanciert werden. Einen ganz gewaltigen Aufwand erfordert das Schulwesen, hier dürfte die Gemeinde im Verhältnis zu allen Gemeinden Groß-Berlins wohl an der Spitze stehen. In diesem Jahre muß in Kürze mit dem Bau der 5. Gemeindevorschule begonnen werden, welche einen Kostenaufwand von 700000 M. erfordert. Für die öffentliche Gesundheitspflege der Gemeinde kommen nachstehende Ausgabenposten des Etats in Betracht: für 40 Freistellen in verschiedenen Kinderheilstätten 2700 M., Gewährung von Freikarten an die Schüler der Rhythmanstalten 500 M., für die Verabreichung eines warmen Frühstücks an arme Schulkinder 1200 M., für Besoldung der Schulkinder 1900 M. und für Schulzahnpflege 800 M. Die Einrichtung der Freistellung von Klassenräumen in den sechs Wintermonaten zur Anfertigung der Schularbeiten für solche Kinder, denen zu Hause Aufsicht und auch erwünschte Räumlichkeiten mangeln, ist wieder vorgezogen; es werden zur Entschädigung der beaufsichtigenden Lehrer 700 M. gefordert. Für die Zwecke der Volksbibliothek in Verbindung mit der öffentlichen Lesehalle werden 1610 M. ausgemorfen. Nicht beziffert sind die obligaten Beihilfen an die Kirchengemeinden in Höhe von 4000 M. Eine respektable Ausgabe stellen die Kreissteuer dar, die nicht weniger als 144500 M. betragen. Gegenleistungen erhält die Gemeinde hierfür recht wenig; die Gemeinde hat im Gegenteil den Kreis von großen Lasten befreit, indem sie die gesamte Kreischauffee in der Ausdehnung des Ortes übernommen hat. Die von der Gasanstalt Oberpreß in diesem Jahre an die Gemeinde zu leistende Abgabe beträgt 7000 M.; die Einnahmen aus dem Wochenmarkt sind mit 9800 M. veranschlagt und diejenigen aus den Gemeindevorlagen mit 8800 M.

Tempelhof.

Dem Drängen der hiesigen Ortskrankenkasse auf Hergabe der Schulaulen zu den hygienischen Vorträgen, die von der Zentral-Kommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte veranstaltet werden, hat der Gemeindevorstand endlich nachgegeben. Alle größeren Gemeinden Groß-Berlins stellen schon seit Jahren für diese Vorträge die Aulen zur Verfügung, nur in Tempelhof mußten diese in den Restaurationen abgehalten werden. Stets wenn unsere Genossen die Hergabe der Aulen im Dorparlament befristeten, wurde der Einwand erhoben, daß die Schuldeputation hiermit nicht einverstanden sei. Jetzt scheint die Gemeindeverwaltung anderer Ansicht geworden zu sein.

Wie dringend nötig die jahrelang geforderte, jedoch immer wieder abgelehnte Errichtung eines Gewerbe- und Kaufmannsgerichts war, geht am besten aus der Zahl der im ersten Halbjahre anhängig gemachten Rechtsstreitigkeiten hervor. Sie betragen beim Kaufmannsgericht 18 und beim Gewerbegericht 109. In Protokoll gegeben wurden 92, während 17 Klagen schriftlich eingingen. Vom Vorsitzenden wurden 110 und unter Zuguhilfe der Beisitzer 83 Termine abgehalten.

Ueber den bisherigen Verkauf russischen Fleisches lag der letzten Gemeindevorversammlung ein umfangreicher Bericht vor. Danach sind von den beiden Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft innerhalb der Zeit vom 18. bis 30. Januar für 18083 M. russisches Fleisch verkauft worden, wovon durch die Schlächter in der Zeit vom 4. November 1912 bis 12. Januar 1913 nur für 8678 M. vertrieben wurde. An der Gegenüberstellung dieser Zahlen ist zu erkennen, daß ein Bedürfnis nach billigem Fleisch in größerem Umfange vorhanden ist, als von bürgerlicher Seite zugegeben wird, und daß es lediglich an den Geschäftspraktiken gewisser Schlächter gelegen hat, wenn sie den Preis der Fleischstücke des Gegenteils erwidern wollte. Genosse Finke betonte, daß mindestens 75 Zentner Fleisch pro Woche notwendig wären, um dem Bedürfnis Rechnung zu tragen. Die Schlächtermeister sind jetzt in Born darüber geraten, daß ihre „sauberen“ Pläne, den Käufern das Fleisch zu bereiten, durch das bereitwillige Eingreifen der Konsumgenossenschaft vereitelt wurde, sie suchen daher überall einen Angriffspunkt. Kennzeichnend ist es besonders für das Gemeindevorhaupt, daß er in der einen Minute Verwahrung dagegen einlegte, von einer „großen politischen Tageszeitung“ — gemeint ist der „Vorwärts“ — als Gegner des russischen Fleischverkaufs hingestellt zu werden, in der nächsten Minute aber mit einer Schärfe gegen den Konsumgenossenschaftlichen Betrieb zu Felde zog, die an Objektivität jede Spur vermissen ließ. Es erübrigt sich, noch besonders zu betonen, daß man sich scheute, aus den oben mitgeteilten Zahlen die Ruinanwendung zu ziehen und die Garantie der Gemeinde für das wöchentlich abzunehmende Fleischquantum von 30 auf 50 Zentner zu erhöhen.

Friedrichsfelde.

Die Gaswerksfrage führte in der letzten Gemeindevorversammlung zu einem Zusammenstoß der Anhänger und Gegner eines kommunalen Gaswerks, wie er in gleicher Heftigkeit bisher noch nie zu verzeichnen war. Die Debatte erhielt dadurch endlich einmal einen Einblick in das widerliche Spiel, das da von gewisser Seite getrieben wird. Wir begreifen jetzt auch, daß begründete Klagen vorliegt, die Materie dauernd geheim zu behandeln. Der Sachverhalt ist folgender: Der Besitzer eines Nachbargrundstücks des künftigen Gaswerks hatte Einspruch erhoben, allerdings verspätet, und war deshalb zurückgewiesen worden. Damit nicht einverstanden, wollte er den Instanzenweg durchlaufen, um zu seinem vermeintlichen Recht zu kommen. Zwar würde der endgültige Entscheid kaum zweifelhaft sein, aber die Gaswerksangelegenheit doch eine Verzögerung erleiden, weil der Kreisaußschuß nicht früher die Konzession zur Errichtung der Gasanstalt erteilen kann, bis das Einspruchsverfahren erledigt ist. Das aber möchte der Gaswerksauschuss vermeiden, um rechtzeitig mit der Gaslieferung beginnen zu können. Deshalb suchte man eine Verständigung mit dem Einspruchserhebenden. Dieser war auch bereit von der weiteren Verfolgung ablassen zu wollen, wenn man ihm eine Mitbenutzung des Gleisanschlusses des Gaswerks gestatten wolle. Diese Sachlage suchten nun die Gegner eines eigenen Gaswerks auszunutzen, um dem Gaswerksauschuss Schwierigkeiten zu bereiten. Obwohl früher einem anderen die gleichen Zugeständnisse gemacht worden waren, schloß man vor, erst über die Tragweite derselben Klar werden zu lassen. Man gab also unumwunden zu, bei der früher genehmigten Vorlage im unklaren gewesen zu sein. Aber die an den Tag gelegte Einräumung entschloß jeder inneren Wahrhaftigkeit. In der Hitze des Gefechts entschloß sich der Bürgermeister und einigen anderen Segnern des eigenen Gaswerks das Verständnis, daß die am 28. Dezember in der gemeinsamen Sitzung erfolgte Zustimmung für die Kündigung des Gaslieferungsvertrages mit dem Gaswerk Oberpreß nur eine Komödie war. Die Herren taten es in der stillen Erwartung, daß dieses Privatunternehmen mit einem günstigen Angebot kommen werde, wodurch die Gaswerksgegner eine Stärkung ihrer Position erhofften. Nach dieser Entschloß konnte man nicht mehr an die Aufrichtigkeit dieser „Vertreter“ glauben, so sehr sie auch durch Sätze ihre darsichtigen Argumente zu verbessern suchten und so unanständig sich — milde gesagt — einige von ihnen auch aufführten. Da einige Gemeindevorsteher der vorgerückten Zeit

wegen bereits weggegangen waren, nahmen die Gaswerksgegner wohl an auf dem Umwege der Ablehnung des zur Beratung stehenden Vergleichs das Gaswerk zu Fall bringen zu können. Es gelang ihnen glücklicherweise nicht; sie blieben mit dem Bürgermeister an der Spitze in der Minderheit. Die Anhänger eines eigenen Gaswerks werden aber aus dem Vorkommnis lernen auf der Hut zu sein, denn, wie eine Anbeutung im Verlauf der Debatte erkennen ließ, sind auch noch andere Kräfte im Spiel.

Treptow-Baumischulweg.

Das terrorisierte Amtsblatt. „Es ist nun einmal so, zieht Du nicht meinen Strang, so schlage ich Dich tot.“ — Es ist also leider dahin gekommen, daß ein Geschäftsmann seine Meinung nicht offen äußern darf. Mit diesen Strohfiguren begibt sich der „Treptower Anzeiger“ auf die Jagd in die Offenheit. Er läßt aber nicht etwa vor den Häfen, so oft zu Unrecht des Terrorismus beschuldigten Sozis, sondern vor seinen eigenen Freunden und Bekannten, wenn es in diesen Kreisen so etwas überhaupt gibt. Sie wollen ihm den Brotkorb höher hängen, weil er im Verdacht steht, nicht in allen Einzelheiten des häuslichen Lebens mit ihnen durch die und dünn zu gehen, trotzdem er auf den Luxus einer eigenen Meinung schon längst verzichtet hat, wie er jetzt mit den Worten selbst zugestehet, daß er „bei großen Fragen, die die Einwohner beschäftigen als Sprachrohr dienste, wohlweislich aber die eigene Meinung zurückgehalten“ habe. Und trotzdem hat er's verdorben, zuerst mit den Weibern vom Stadteil. Die nahmen Anstoß daran, daß er in dem aus einer Berliner Zeitungsfabrik stammenden allgemeinen Teil des Blattes eine harmlose Notiz brachte; die eine Krüge ob der verschiedenartigen Fleischpreise enthielt, sich aber keineswegs auf den Ort selbst bezog. Flugs strafte die neugebaute Treptower Fleischerinnung das Blatt mit Entziehung von Aufträgen und nannte in seiner freundlichen Mitteilung das Blatt gar mit den „Unfürzern“ in einem Zug.

Kaum hatte sich das Blättchen mit den Herren Fleischern ausgeglichen — denn es darf wieder ihre welterschütternden Versammlungsberichte bringen —, kommt schon ein anderer, der ebenfalls mit der Hungerpreiße droht. Diesmal ist es der „Grundbesitzerverein des mittleren und Berliner Ortsteils“, der die Freundschaft kündigt. Dabei ist der Anlaß noch harmloser, als im ersten Fall. Dem Vorsitzenden paßte es nicht, daß im „Treptower Anzeiger“ in der Eingemeindungsfrage anonyme Eingeladene erschienen. Da das Blatt aber trotz der hierüber ausgesprochenen Unwissenheit der Herren Hauspatas das die Entscheidung über Aufnahme oder Ablehnung einer Eingemeindung vorbehalten, ist es jetzt dem Grundbesitzerverein nicht mehr möglich, das Unternehmen durch Aufträge weiter zu unterstützen. Das bedeutet: Verlust von Druckaufträgen, nur weil der Buchdrucker in seinen redaktionellen Entscheidungen nicht nach der Weise jedes Auftraggebers tanzen kann. Bei Sozialdemokraten würde man solch Verhalten unter „schlimmsten Terrorismus“ verbuchen, die bürgerlichen Herren aber betrachten dies als ihr selbstverständliches Recht.

Adlershof.

In der letzten Sitzung des Gewerkschaftsrates gab der Obmann einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit im Jahre 1912. Der Unterkommission angeschlossen sind 18 Verbände mit circa 1800 Mitgliedern. Nicht mehr vertreten sind der Verband der Gemeindearbeiter und Schmiede, letzterer durch die Vermählung mit dem Metallarbeiterverband. Außer einem Gewerbegericht sei im Verlaufe des Jahres auch die Errichtung eines Kaufmannsgerichts am Orte zu verzeichnen. Die Wahlen der Vertrauensmänner zur Angelegenheitsversicherung seien unter sehr starker Beteiligung vor sich gegangen. Der Verband der Tabakarbeiter habe in seinem Kampfe der tatkräftigen Unterstützung des Rates bedurft. Die Delegiertenwahlen zur Ortskrankenkasse seien durch ministerielle Verfügung für ungültig erklärt worden. Auch für dieses Jahr ständen der organisierten Arbeiterschaft große Aufgaben bevor. Besonders gelte es, die Kollegen des Bäderverbandes zu unterstützen, da leider im Orte viel Ware aus Bädern umgeseht werde, welche die Forderungen des Verbandes nicht anerkennen. Es seien dies speziell Betriebe aus Radowitz.

Da auch der nationale Jugendbund am Orte bereits Blüten treibt, sei es Pflicht, unsere Jugendlichen auf die Einrichtungen der Arbeiterkassen aufmerksam zu machen und sie denselben zuzuführen. Als Obmann wurde wieder Kronewald, Hoffmannstr. 17, als Kassierer Plak und als Schriftführer Jiege gewählt.

Herzfelde.

Die Gemeindevertretung hatte in ihrer letzten Sitzung zunächst zu dem Antrage des Rates betreffend Anschluß an das projektierte Kreiswasserwerk Stellung zu nehmen. Der Vorsitzende, Gemeindevorsteher Jäger, empfahl die Annahme des Antrages. In der sich daran anschließenden Diskussion wurde ausgeführt, daß eine Annahme des Antrages nicht zweckmäßig sei, weil erstens keine Sanalisation vorgezogen und zweitens die Gemeinde aus politischen Gründen vorderhand dazu noch nicht in der Lage wäre. Nachdem die Kreisvertreter eingehen die Vorteile, die sich aus dem Anschluß an das Werk ergeben würden, hervorgehoben und für die Annahme des Antrages plädiert hatten, wurde der Antrag mit 7 gegen 5 Stimmen abgelehnt. Darauf erklärte Herr Regierungsbaurat Mirau, daß dem Anschluß seitens der hiesigen Gemeinde nichts im Wege stehe und derselbe trotz des abgelehnten Beschlusses der Gemeindevertretung erfolgen werde. Nach dieser Erklärung kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen; eine Einigung wurde jedoch nicht erzielt. Schließlich wurde der Antrag, später nochmals über diese Angelegenheit zu verhandeln, von der Vertretung angenommen. — In der am folgenden Tage stattgefundenen Sitzung wurde in die Vorbesprechung des Gemeindecats für das Rechnungsjahr 1913/14 eingetreten. Der Vorschlag beläuft sich in Einnahme und Ausgabe auf 80000 M. Die Kommunalsteuernzuschläge werden jedenfalls von 125 Proz. auf 133 Proz. und die Realsteuernzuschläge von 190 Proz. auf 200 Proz. erhöht werden.

Spandau.

Auf dem Ronnenbaum macht sich infolge seiner ständig wachsenden Einwohnerzahl ein immer dringenderes Bedürfnis nach großen Versammlungsräumen bemerkbar. Es zeigte sich dies wieder am Sonntag in einer überfüllten Versammlung bei Kant, in welcher Genosse Dr. Karl Liebknecht unter fähigem Beifall Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag und Landtag erstattete. — Es stehen uns auf dem Ronnenbaum nur die Lokale von Kant, Siemensstr. 84, und Marfont, Märkischer Steig 6, zur Verfügung. Die Restaurateure Lange und Müller haben ihre Interimslösungen zurückgezogen, weshalb die Arbeiterkassen deren Lokale in Zukunft streng meiden.

Weißensee.

Gegen den hiesigen Wochenmarkt machen die Gewerbetreibenden mobil, weil derselbe ihnen angeblich viel Schaden bereite. Zwei Besitzer von Warenhäusern sollen des Marktes wegen bereits Konkurs gemacht haben, so behauptete wenigstens einer der Beteiligten. Auch sollen die hiesigen Gewerbetreibenden unter der Konkurrenz der nahen Großstadt leiden, die Wagen und Autos der großen Warenhäuser sind ihnen ein Dorn im Auge. So lauten die Klagen fast in jeder Versammlung der Gewerbetreibenden. Ganz anders denkt aber das kaufende Publikum, insbesondere die Arbeiterkassen, die mit ihrem wenigen Verdienst haushalten muß. Vieles, was der Arbeiter kaufen will, findet er auf dem Wochenmarkt billiger und besser; auch das übrige Publikum macht aus diesem Grunde seine Einkäufe in Berlin und den Warenhäusern. Wenn der hiesige Gewerbetreibende sich danach richtet, dann braucht er den Markt und die Berliner Konkurrenz nicht zu fürchten.

Rausdorf.

Mit Leuchtgas vergiftet hat sich in vergangener Nacht die bei dem Wöbelfabrikanten Albrecht, Hermannstr. 4, beschäftigt gewesene 47jährige Wirtshausbesitzerin. Dauernde Krankheit scheint die Ursache

der Tat gewesen zu sein. Vorher hatte die Lebensmüde ihre Angelegenheiten in Ordnung gebracht und Abschiedsbriefe an eine in Spandau wohnende Schwester sowie Bekannte geschrieben.

Mühlentee.
Aus der Gemeindevertretung. In der letzten Sitzung brachte es die Mehrheit tatsächlich fertig, den im Dezember gefassten Beschluss: Ablehnung des Antrages Pfarrer Gurr um Bewilligung von 50 M. aus der Gemeindefasse für die Jugendpflege, umzuwerfen und dennoch zu diesem Zweck 30 M. zu bewilligen. Ferner wurden für einen kleinen Dienstraum dem früheren Gemeindevorsteher Müller pro Monat 40 M. bewilligt. Der Verkauf der Pappeln soll nicht erst ausgeführt, sondern mit den schon vorhandenen Bäumen in Verhandlung getreten werden. Ueber die Beamtenvermehrung, welche von der Gemeinde übernommen werden soll, wird in der nächsten Sitzung verhandelt. Desgleichen wurden noch einige Anträge betreffs Armenunterstützung verlegt.

Potsdam.
Die letzte Stadtverordnetenversammlung setzte einige Etats für 1913 fest. Beim Armenetat sind die Ausgaben gegen das Vorjahr um über 7000 M. geringer. Im ganzen betragen sie 213 000 M. Ob die geringeren Aufwendungen im Armenetat ihre Ursachen in einem Zurückgehen der ärmeren Bevölkerung haben, oder darauf schließen lassen, daß die Armenpflege zum Nachteil der ärmeren Bevölkerung eingeschränkt wird, kann im Augenblick nicht untersucht werden. Der Etat der Oberrealschule brachte eine längere Debatte, die dadurch hervorgerufen wurde, daß das Lehrerkollegium der Realschule kürzlich an die einzelnen Stadtverordneten ein Zirkular verfaßt hatte, worin es die Wünsche, die in der Schule herrschen, beauftragte und die Stadtverordneten ersuchte, dafür zu sorgen, daß durch einen Neubau diese Wünsche befriedigt würden. Dieses Zirkular sollte „eine Flucht in die Defensivität“ darstellen, weil angeblich der Magistrat der Sache trotz wiederholter Hinweise keine Beachtung schenkte. Der Magistrat gab zu, daß hier Wünsche herrschen und daß diese ihm seit längerer Zeit bekannt seien. Da jedoch auch ähnliche Wünsche in der Charlottenchule an der Tagesordnung sind, soll er mögen werden, für welche der beiden Schulen zuerst ein Neubau geschaffen werden muß. Der Platz ist bereits vorhanden, es handelt sich um zwei Grundstücke in der Jägerallee, die von der Stadt gekauft worden sind. Eine Magistratsvorlage verlangt die Zustimmung der Stadtverordneten zur Erweiterung des Eisenhardt-Krankenhaus auf dem Grundstück des städtischen Krankenhauses und zur Umwandlung des Auguste-Viktoria-Krankenhaus in ein Siechenheim. Die Mittel hierzu sollen der Deutels-Stiftung entnommen werden. Zur Vorbereitung der Angelegenheit wurde eine städtische Kommission gewählt. Ein statistisches Bureau soll errichtet werden, welches mit der Stadtdirektion verbunden wird.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.
Wilmersdorf. Mittwoch, den 12. Februar, abends 6 Uhr, in der Aula der Victoria-Schule, Uhlendorferstraße. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Beratung des Etats.
Gadow. Mittwoch, den 12. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Kosselischen Lokal, Hauptstraße.
Veitshagen. Heute Dienstag, den 11. Februar, abends 6 Uhr, im Lokal von Dreife.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewährte ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Aus aller Welt.

Ein blutiger Erzech.

Zu einem folgenschweren Zusammenstoß zwischen offenbar betrunkenen Arbeitern und Sicherheitsbeamten kam es am Sonnabendabend in dem Orte Pelslin bei Dirschau. Als mehrere Arbeiter, die während Streiktagen ein Gastlokal demoliert hatten, auf dem Marktplatz verhaftet werden sollten, stürzten sich etwa 50 bis 60 Mann auf den erschienenen Gendarmeriewachmeister und den Amtsdienner. Die Beamten zogen ihre Säbel, wurden jedoch mit Füßen getreten. Der Amtsdienner erhielt einen Messerstich. Als die Menge weiter auf die Beamten einbrang, machte der Gendarmeriewachmeister, nachdem er die Angreifer vergeblich gewarnt hatte, von der Schußwaffe Gebrauch, wobei er die beiden Hauptexzessanten, die Arbeiter Heron und Schwager erschoss; ein dritter, der Bruder des Heron, hat schwere Säbelwunden erlitten.

Der Ort, in dem das bedauerliche Vorkommnis passierte, ist ein Eldorado des Junkerswals und der Pfaffen. Bei der letzten Reichstagswahl wurden in dem Kreise, zu dem Pelslin gehört, ganze 374 Stimmen für die Sozialdemokratie abgegeben.

Die weiße Bestie.

In Houston im Staate Mississippi landete die erregte Volksmenge am Sonnabend einen Negern, den man der Ermordung einer weißen Frau verdächtigte, weil man bei ihm Schmutzflecken der Getöteten vorfand. Bereits am Freitag hatte man einen anderen Schwarzen aus ähnlichem Grunde zu Tode geurteilt. Der Negern wurde an einen eisernen Pfahl gebunden und sodann mit Feuer begossen, um als lebende Fackel verbrannt zu werden. Eine Schwester der Ermordeten zündete das Feuer an. Niemand verwehrte der fanatischen Menge ihr grausames Treiben, bis der Vater des Getöteten sich einen Weg durch das Volk bahnte und seinen Sohn durch mehrere Revolverkugeln von seinen furchtbaren Qualen erlöste.

Der Dichter von Gottes Gnaden auf dem Fleischmarkt.

In Nr. 30 des „Berliner Tageblattes“ findet sich unter den drei Seiten füllenden Heiratsinformaten auch folgendes:
Geistig höchstehender, jüd. Herr, jäh. altrenom. Firma, Dichter von Ruf, w. baldige Ehe
mit nur wirtl. intellig. bildschöner Dame, a. Ia relig. sehr vermög. Hause. Nur Damen, die diesen Anforderungen zu entspr. glaub. u. die sich dessen wohl bewußt sind, was i. harmon. Bund Gattin eines Künstlers v. Gottes Gnaden bedeute, wollen vertrauensw. unter Chiffer usw.
Wenn der „Künstler von Ruf“ und Ehe einer Firma (vielleicht in Stiefelware oder Barben) seine Auswahl unter dem angebotenen Weiberfleisch gemacht hat, wird sein Dichtergenie einen gewaltigen Ansporn erhalten. Er dichtet dann vielleicht nach dem Vorbilde Friedrich Rückerts einen neuen „Liebesfrühling“, in dem er seine Erfolge sagen läßt:

Er ist gekommen, laut Insekt bei Mose;
Er sah so stolz auf edlem Hühnerfüße.
Er prägte feistlich Nitgift und Moneten,
Und ob ich auch fromm singen kann und beten,
Und da ich ihm gefiel vom Kopf bis zu den Waden,
Wurd' ich 'ne Dichtersfrau von Gottes Gnaden.

Zerstörungswut der Suffragetten.

Die Telegraphenleitungen zwischen Glasgow und London sind am Sonnabend durchgeschnitten worden. Die Unterbrechung des gesamten Verkehrs zwischen den beiden Handelszentren dauerte mehrere Stunden. Zuerst hielt man die Stürme für die Ursache der Zerstörung, aber die Untersuchung ergab, daß auch die unter dem Erdboden liegenden Leitungen nicht arbeiteten. Die Einschaltapparate, die mit der unterirdischen Telegraphenleitung in Verbindung stehen, waren vollständig vernichtet und die Luftleitungen mit Schreien zerstört worden. Es herrscht kaum ein Zweifel, daß dieses Zerstörungswerk von Anhängerinnen des Frauenstimmrechts ausgeführt worden ist. Anhängerinnen des Frauenstimmrechts haben übrigens am Sonntag auch in mehreren großen Klubhäusern Londons und im Palast des Prinzen Christian zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg in Pall Mall Fenster Scheiben zertrümmert.

Vatikanischer Despotismus.

Der Vatikan scheint entschlossen, die Macht seiner Herrschaft über die Welt mit täglich mehr erdrückender Macht fühlen zu lassen. Jetzt ist der Erzbischof von Pisa, Kardinal Maffi, genötigt worden, die von ihm herausgegebene „Zeitschrift für Physik, Mathematik und Naturwissenschaften“, an der die wenigen eine wissenschaftliche Tätigkeit entfaltenden Katholiken Italiens, Männer, wie der Erdbenenforscher Pater Alfani und der allerdings mit Lourdeswasser geweihte Mediziner Pater Gemelli, mitwirkten, aufzugeben. Mit der nächsten Nummer stellt die Revue ihr Erscheinen ein. In dieser vom Vatikan erzwungenen Tatsache will man die Strafe dafür sehen, daß der Erzbischof eine der Zeitungen des Truists begünstigt und protegert hat. Auch die Zeitschrift für neuscholastische Philosophie soll demnächst dem vatikanischen Despotismus zum Opfer fallen: außer dem unfehlbaren Pops! braucht im katholischen Lager niemand zu denken und zu philosophieren!

Die Wirkung der Predigt.

Ein englischer Prediger ging über Land. Als er über eine weite Wiese schlenderte, stürmte ein Ochse heran, und der Mann Gottes kletterte auf einen Baum. Der Ochse stand eine volle Stunde unter dem Baum und wartete. Der Geistliche begann zu beten und der Ochse legte sich nieder, warf aber manchmal einen wütenden Blick nach oben. Da kam dem Geistlichen der rettende Gedanke, er begann seine Sonntagspredigt heranzulagen. Und siehe da, das Tier fiel in einen tiefen Schlaf und der Geistliche konnte einschlafen. Er dankte Gott, daß er ihm die Gabe der Rede verliehen habe.

Fliegerleben.

Man schreibt uns: Im „Vorwärts“ Nr. 84, Beilage 3, ist in dem Artikel „Fliegerleben“ von einem „mammonsgewaltigen Kommerzienrat“ die Rede, dessen Tochterlein eine romantische Heirat mit dem Flieger Bienglers geschlossen hat. Dieser Kommerzienrat ist der Buchhändler Bernhard Meyer, der durch die Abonnentenversicherung seiner Zeitschrift „Nach Feierabend“ und durch seine Projekte gegen sozialdemokratische Blätter auch in weiteren Kreisen bekannt geworden ist.

Kleine Notizen.

Eine gefährliche Landung. Auf einem Fluge von Döberitz nach Hennigsdorf erlitt am Sonnabend der Flieger Sablatnik, der in Begleitung des Oberleutnants zur See Vertram sich befand, bei Peitzensee einen Defekt an seinem Flugzeug. Der Apparat stürzte in einen Ausläufer der Havel. Bei dem Sturze erlitten die beiden Insassen schmerzhaft Verletzungen. Die Trümmer des Flugzeuges konnten aus dem feuchten Element geborgen werden.

Ein Regierungsdassessor verhaftet. Nach einer Meldung des „Berl. Tageblatt“ aus Köslin (Pommern) wurde dort der Regierungsdassessor P. verhaftet, der bis Mitte Dezember d. J. als juristischer Hilfsarbeiter beim Polizeipräsidium in Kiel tätig war. Dort sollen Akten über eine Landesverrats-affäre verschwunden sein. Dieser Liebesdienst wird dem Assessor zur Last gelegt, der eine hohe Summe dafür eingehemft habe.

Ueber Bord gespült. Als der Fischdampfer „Juno“ der Bremerhavener Reederei Voss sich am Sonnabend in der Nähe von Helgoland befand, wurden von einer Sturzsee drei Matrosen über Bord gerissen. Alle drei Mann sind ertrunken.

Hungernot in Rußland. Aus Samara wird gemeldet, daß in zwanzig Gemeinden eines Kreises dieses Gouvernements große Hungernot herrscht. Die Regierung wurde gebeten, schnelle Hilfe zu treffen zu wollen, da 150 000 Menschen auf bitterste bedroht sind; bisher sind jedoch keine Gegenmaßnahmen getroffen worden.

Grubenunglück. Wie aus Dortmund berichtet wird, ereignete sich am Montag auf Beche Kaiserstuhl ein schweres Unglück. Zwei Bergleute gerieten unter einen mit Steinen schwer beladenen Wagen und wurden überfahren. Ihre Verletzungen waren so schwer, daß sie kurze Zeit darauf verstarben.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Badstr. 1 —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Auftrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnentenbescheinigung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Ähnliche Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

29. 2. 600. Arbeiter - Touristenvereine genießen leider keine Jahresbescheinigung. Wenden Sie sich an Dyckel, Köpenickerstr. 19, oder an Wählich, Haldener Str. 22. — Kochpunkt. Städtische Kochschulen, Dunderstraße 65/66 und Haldenerstr. 4/5. — W. P. 332. Ein die Weichheitsfrage der Gemeinde, Papstallee 15 17. — G. P. 15. 1. Bestellung beim Förstner am Portal II. 2. Ebenfalls beim Förstner am Haupteingang. 3. „Sollstörche“. Altengrundstück, Hamburg, Am Strohhause 32. — Herr 26. 1. Nur den Wähler. 2. Nein, falls nicht im Testament die Verfügung festgelegt ist. 3. Ehrentugenden wurden bis zur Höhe des Wähleranteils angesetzt. 4. und 5. Wenden Sie sich an die Buchhandlung Vorwärts. — G. P. 23. Sie wenden sich in der Angelegenheit am zweckmäßigsten an einen Notar. — G. P. 100. Eine Mitteilung der Rechte wäre dann möglich, wenn der Krat teilweise Erwerbsfähigkeit begünstigt würde. Bei der Beurteilung der Frage könnte die Tätigkeit Einfluß ausüben. — J. W. 1. und 2. Nein. 3. und 4. Es kann Beschwerde beim Hauptmann erhoben werden. — G. P. 15. Sie können schon jetzt den Antrag auf Invalidenrente stellen. Wenden Sie sich am zweckmäßigsten an das Arbeitersekretariat, Berlin, Engelauer 14/15. —

Wemel 49. Die Frage läßt sich nur beantworten, wenn Sie angeben, wie hoch der Mietzins für die Geschäftsräume und wie hoch für die Wohnräume ist. — S. 284. Nach Ihrer Darstellung sind Sie weder zur Herausgabe des Rohes noch zur Zahlung von 60 Mark verpflichtet.

Krenzberger Harmonie M. d. D. A. - S. - B.
Sonnabend, den 15. Februar 1913
in der **Brauerei Hoppoldt**, Hasenheide, Ecke Gräfenstraße:
Kostüm-Fest
Zigeunerleben auf der Pustla.
Anfang 9 Uhr. 58/3 Einlaßkarte 50 Pf.

Fromme Sünder
:: Ein Buch der Abwehr ::
von G. Amort
Preis 1 Mk.
billige Agitationsausgabe 75 Pfg.
Die 143 Seiten starke Broschüre weist in ihrem Inhalte auf:
Einleitung, Sittlichkeit, Kindeserziehung, § 175, Du sollst nicht huren, Geschlechtssittlichkeit, Körpererziehung, Laßtag und Koch, Reineis, Röcher, „Der Arbeiter“, Piarer Mönche von Sanborn, Der Reineisparter von Roßer Moor, Der Eiser von Prulling, Ein Bild aus dem christlichen Familienleben, Das unbillige Schulbuch, katholische Lehrenverbreitung, Gefährdung der Sittlichkeit durch einen frommen Kalender, Sonderbare Schicksale, Schnaps für Kindererziehung, Die gereizte Sittlichkeit, Der geklebte Piarer usw.
Der Verfasser schreibt in seiner Einleitung, daß er den mit „Sünden“ Titel gewählt habe.
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstraße 69.

Kranzspenden
sowie sämtliche
Blumenarrangements
Lieferung schnell und billig **Paul Gross**, Lindenstr. 69, Tel. 391. 7203.
Große Firma vergibt auf Teilzahlung!
Ohne Anzahlung! Keine Kaffierer! Teppiche, Portieren, Gardinen, Stores und alle Arten Decken. Offerte erbeten unter **K. 100**. „Vorwärts“-Spezial, Haldenerstr. 174.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69

Führer durch die Reichsversicherungs-Ordnung.
I. Die gemeinsamen Vorschriften u. d. Verfahren. Preis 40 Pf.
Dieses Heft enthält auch die Formulare, wie sie bei der Einreichung von Klagen und Eingaben zu verwenden sind.
II. Die Krankenversicherung. Preis 30 Pf.
III. Die Gewerbe - Unfallversicherung. Pr. 30 Pf.
IV. Die landwirtschaftliche Unfallversicherung. Preis 40 Pf.
V. Die Invaliden- u. Hinterbliebenenversicherung. Preis 30 Pf.
Die Gesetzesführer sollen dem Laien Gelegenheit geben, sich in diesen Gesetzen zurechtzufinden. Sie sind deshalb von Sachkennern in leichtverständlicher Form verfaßt und werden zu möglichst billigen Preisen abgegeben, damit sie jeder Versicherte sich anschaffen kann. Nur wer mit dem Inhalt der Gesetze vertraut ist, kann sich und seine Familie vor Schäden bewahren.
Auch durch die „Vorwärts“-Spezialionen zu beziehen.

Inventur-Extra-Verkauf!
1 Posten reichgestickter **Erbstülbettdecken mit Volant** à **335 485** (bisher 7 bis 10 M.).
Erbstülbettdecken mit Volant à **335 475** (bisher 6 bis 9 M.).
Teppich - Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin S. Seit 1882 nur **Oranienstr. 158**
Räumungs-Extraliste
(enorm billiger Angebote) gratis und franko.


LÖWENBIERE
SIND AUF DER HOHE
Jahresumsatz:
1907/8 ca. 45 000 hl.
1911/12 ca. 200 000 hl.
Export nach allen Weltteilen.
Löwen-Urgold
in Kannon, Siphons, Flaschen überall käuflich
oder Fortp. Nord. 10 370 - 10 377
Löwen-Brauerei A.-G.
Borna N.

Siems Kraftfleisch
muß jede sparsame Hausfrau kaufen.
Billigster und nahrhafter Tafelaufschnitt,
hergestellt aus garantiert prima frischem Rindfleisch. Zu haben in fast sämtlichen einschlägigen Geschäften.
Lt. Analyse des Herrn Dr. A. Langfurth, beidgltiger Gerichts-Chemiker, enthält
„Siems Kraftfleisch“
alle natürlichen Bestandteile des rohen Fleisches, übertreibt letzteres an Nährwert und ist leicht und fast restlos verdaulich!

Düffelbrünn-Schlafmännchen
sind überall nachfolgend.
Sowohl in abwechslungsvoller
„Düffelbrünn“
Die Qualität ist unübertroffen!

Tanzlehrer-Verband „Solidarität“
Berlins und Umgegend (gegr. 1892).

Geschäftsstelle:
Wilhelm Scheel, SO. 33, Wrangel-Strasse 107
Telephon: Amt Moritzplatz, Nr. 10381. 198/1*

Der Tanzlehrer-Verband empfiehlt seine Mitglieder für alle vorkommenden Gelegenheiten, als: Erteilung von Tanzunterricht, Einstudierung v. Gesellschaftstänzen, Kostüm-Quadrillen sowie zur Leitung von Tanzfestlichkeiten. DER VORSTAND.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 3-4

Spezialarzt

f. Haut-, Harn-, Frauenleiden,
nerv. Schwäche, Steinleiden jeder
Art, Ehrlich-Hata-Kuren in
u. Co. fong.
Laborat. f.
Blut-
untersuchung, Fäden i. Harn usw.
Friedrichstr. 81, gegenüber
Ept. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2
Honorar mäßig, auch Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

Heute und morgen 17/3*

Legehühner,
garant. junge, beste Lager, 2/3 M.
verkauft F. Wegner, 2/3 M.
Berlin SO., Mariannenstr. 31.

H. Weltmann Nachf.
Stefan Esders

BERLIN C

Kaiser-Wilhelm-Str. 41-42
Spandauer Strasse 70-71

Damen-Kostüme

Mark 32.- 38.- 45.-
55.- 65.- 75.-



Meine Damen-Konfektion, nur
eigenes Fabrikat, ist erstklassig in be-
zug auf Verarbeitung und Passform
bei erstaunlich billigen Preisen.

Bevor Sie den Einkauf Ihrer Frühjahrs-
Garderobe vornehmen, besuchen Sie
bitte meine Läger, ohne Kaufzwang

Die Kostüme sind in den
Größen 40 bis 50 vorrätig

Reklame-Kostüme

aus reinwollenem blauen oder
schwarzem Serge und Fan-
tastoff, auf Seidenfutter M.

45.- Bitte beachten Sie dieses Kostüm
in meinem Schaufenster

Kostüme nach Mass von M. 79.- an.

Das Haus hat keine Zweig-
niederlassung in Berlin.



Theater.

Dienstag, 11. Februar 1913.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Rgl. Opernhaus. Figaros Hochzeit.
Rgl. Schauspielhaus. Der Aus-
wärtige.
Deutsches. Der lebende Leichnam.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Zirkus Albert Schumann. Gala-
Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.
Urania. Die Weltmacht des Orients.
Mammerspiele. Schöne Frauen.
Veltling. Die große Liebe.
Königgrätzer Straße. Die fünf
Frankfurter.

Deutsches Opernhaus. Eugen
Onegin.
Schiller O. Uriel Acosta.
Schiller-Charlottenburg. Reise
durch Berlin in 80 Stunden.

Trianon. Wenn Frauen reisen.
Theater am Nollendorfplatz.
Die Studentengräfin.
Romdianhaus. Die Generaldeke.
Groß-Berlin. Das Fürstentum.
Sarkisoper. Der Kahlkopf.
Berliner Filmzauber.
Montis Operetten. Der liebe
Augustin.

Theater des Westens. Die beiden
Sulzen.
Deutsches Schauspielhaus. Der
gute Ruf.
Kleines. Professor Bernhardt.
Westens. Die Frau Präsidentin.
Thalia. Puppen.
Lutten. Und hätte der Liebe nicht...
Metropol. Chauffeur - ins
Metropol.

Rose. Mein Leopold.
Herrnfeld. Die Alpenbrüder.
Wüstentempel. Die beiden
Husaren.
Colino. Am grünen Strand der
Spree.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Praterleben. Spezial-
itäten.
Reichshallen. Meyers Hosen.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Friedr. Wild. Schauspielhaus.
Der Baumgall.
Lustspielhaus. Rajolita.
Walhalla. Goldener Leichnam.
Folies Caprice. Die Doppelkirma.
Die Tochter der Braut.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Volkstheater. Gelden.
Anfang 9 Uhr.
Admiralspalast. Eisballett: Flirt in
St. Moritz.

Sternwarte. Invalidenthr. 57-62.
Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr. Der gute Ruf.
Montis Operetten-Theater
(fr. Neues Theater). Amt Norden: 1141.
8 Uhr.
Der liebe Augustin.

Schiller-Theater O.

Dienstag, abends 8 Uhr:
Uriel Acosta.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Haubenlerche.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Uriel Acosta.

Schiller-Theater

Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Uriel Acosta.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.

Berliner Theater.

8 Uhr: Filmzauber.

Theater in der Königgrätzer Straße

8 Uhr: Die fünf Frankfurter.

Residenz-Theater.

8 Uhr: Die Frau Präsidentin.
(Madame la Présidente).
Schwanf. 3 Akt. u. Dementin u. Weber.
Morgen und folgende Tage:
Die Frau Präsidentin.

Theater am Nollendorfplatz 5.

An allen Tagen der Woche 8 Uhr:
Die Studentengräfin.

Theater des Westens.

8 Uhr:
Die beiden Husaren.

Luisen-Theater.

Dienstag, abends 8 Uhr: Und
hätte der Liebe nicht... Schauspiel
in 4 Akten von E. Radeberg
und Ernst Ritterfeldt.
Mittwoch, abends 8 Uhr: Und
hätte der Liebe nicht...
Donnerstag, abends 8 Uhr: Und
hätte der Liebe nicht...

ROSE=THEATER

Große Frankfurter Str. 132.
Mein Leopold.
Vollständ. m. Ges. in 3 Akten
von Adolph Pörczong. Lust u. Blaf.
Mittwoch: Mein Leopold.

Theater Königstadt-Casino.

Ede Holzmarkt u. Alexanderstraße.
1. Minuet. Bahn. Kammerbrüder
Zahl. abds. 7 1/2. Sonnt. 1/2. 8 Uhr:
Puppen tadellos.
Puppe m. Ges. in 1 Akt - und das
groß. Spezialitätenprogramm
Feb. 1. u. 16.: Programmwechsel.

Walhalla-Theater.

Reinbergweg 19/20, Rosenh. Tor.
Sonntags, 15. Februar, 7 1/2 Uhr:
Premiere
„Parole Walhalla“.
Große Jahres-Revue.
Heute 8 1/2 Uhr:
Goldener Leichtsinn.

Passage-Panoptikum

**50 wilde
Weiber** Männer
Kinder
vom Stamme der Igorroten.
Lebend! Ohne Extra-Entree!

Admiralspalast.

Allabendlich:
Das neue mit durchschlag.
Erfolg aufgef. Eisballett
Flirt in St. Moritz
1. Akt: Wintersport in
St. Moritz. 2. Akt: Soiree
im Luxushotel.
3. Akt: Japanisches Fest.
Unter Mitwirkung
der kl. Charlotte.
Bis 6 U. u. v. 10 1/2, halb. Kass.
Preise. Wein- u. Bier-Abt.

„Clou“ :: Berliner ::

Konzerthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
Musik. Kaiser-Franz-Regiments, Dirig.: Oberm. Becker.
Zillerthaler und Tegernseer Sänger
Schuhplattler und Jodler!
Anstich von Drei-Königshier, dem köstl. aller Münch. Doppelhiere.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.

Neue Welt

Arnold Scholz Hasenheide 108/114

Heute, Dienstag, den 11. Februar 1913:
Prämierung
des kleinsten Damen-Ohrs

3 bare Geldpreise: 50, 30, 20 M.
Abnormitäten ausgeschlossen.
5 Kapellen. 30 bayrische Mad'l.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

Voranzeige! Mittwoch, den 12. Februar 1913:

Extra-Prämierung!
Prämiiert wird
Der größte Kahlkopf.

3 bare Geldpreise: 30, 20, 10 M.

Metropol-Theater

Chauffeur - ins Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang und
Tanz in 10 Bildern.
Otto Reutter a. G.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Zirkus

Albert Schumann.
Heute Dienstag, 11. Februar,
abends 7 1/2 Uhr:
Ohne Konkurrenz!
Hegelmann-Truppe
7 Luftvoltigeure 7
Neu! Der Mann mit der
eisernen Hand.
Prolongiert! Cäsarios
Löwen- u. Tiger-Gruppe
Um 9 1/2 Uhr:
Der unsichtbare Mensch.
4 Bilder aus Indien.
Zum Schluß:
Der Brand des Palastes.

Apollo

Theater
Ab 8 Uhr:
Ein beispielloser Erfolg!
Die großen Spezialitäten.
9 Uhr:
Harry Walden
in seiner Grotto
„Der Herzog von Westminster.“

Herrnfeld

Theater
Der Höhepunkt
des
Lach-Erfolges!
Wüstenmoral
Die Alpenbrüder
mit Anton und Donat Herrnfeld
in den Hauptrollen.
Anf. 8 Uhr. Vorverf. 11-2 (Theater.)

Casino-Theater

Lothringerg. Str. 37. Täglich 8 Uhr:
Allabendlich ausverkauft.
Stürmische Heiterkeit!
Die Berliner Lokalposse
Am grünen Strand d. Spree
Größter Kassenerfolg seit Bestehen.

Zirkus

Albert Schumann.
Heute Dienstag, 11. Februar,
abends 7 1/2 Uhr:
Ohne Konkurrenz!
Hegelmann-Truppe
7 Luftvoltigeure 7
Neu! Der Mann mit der
eisernen Hand.
Prolongiert! Cäsarios
Löwen- u. Tiger-Gruppe
Um 9 1/2 Uhr:
Der unsichtbare Mensch.
4 Bilder aus Indien.
Zum Schluß:
Der Brand des Palastes.

Apollo

Theater
Ab 8 Uhr:
Ein beispielloser Erfolg!
Die großen Spezialitäten.
9 Uhr:
Harry Walden
in seiner Grotto
„Der Herzog von Westminster.“

Herrnfeld

Theater
Der Höhepunkt
des
Lach-Erfolges!
Wüstenmoral
Die Alpenbrüder
mit Anton und Donat Herrnfeld
in den Hauptrollen.
Anf. 8 Uhr. Vorverf. 11-2 (Theater.)

Casino-Theater

Lothringerg. Str. 37. Täglich 8 Uhr:
Allabendlich ausverkauft.
Stürmische Heiterkeit!
Die Berliner Lokalposse
Am grünen Strand d. Spree
Größter Kassenerfolg seit Bestehen.

Urania

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Konstr.-Ing. A. Kossner:
Die Weltmacht des Eisens.

Zirkus Busch.

Heute Dienstag, 11. Februar,
abends 7 1/2 Uhr:
Letzte Woche!
Das Ende des Krieges
zwischen Mac Norton u. seinen
Fröschen u. Goldfischen steht
nahe bevor, da Genannter
anderweit. fest verpflichtet ist.
Neu!
Der mysteriöse Decken-
läufer.
Zum Schluß:
Die große Prank-Pantomime
„Sevilla“.

Folies Caprice.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Die drei Saison-Schlager:
In Sachen Kassenheiß.
Die Doppelkirma.
Die Tochter der Braut.

Trianon-Theater.

Wenn Frauen reisen.
Anfang 8 Uhr.
Voigt-Theater.
Gesundbrunnen, Badstraße 38.
Morgen Mittwoch, 12. Februar 1913:
Stolz und Liebe.
Schauspiel in 5 Akten von Ad. Feis.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.
Voranzeige! Montag, 17. Febr.
Seneff für Paul Uding: Försters
Trude.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.
Neu!
Meyers
Hosen.
Humoreske.
Anfang 8 Uhr.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.
Neu!
Meyers
Hosen.
Humoreske.
Anfang 8 Uhr.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.
Neu!
Meyers
Hosen.
Humoreske.
Anfang 8 Uhr.

Protest gegen die kommunale Biersteuer.

Eine Versammlung der Brauereiarbeiter und in den Brauereien Beschäftigten Handwerker füllte am Sonntag den großen Saal im „Marinehaus“... Die vom Magistrat vorgeschlagene Biersteuer wurde dort einer sachkundigen Kritik unterzogen.

Die Ausführungen der Redner, die alle in einem lebhaften Protest gegen die kommunale Biersteuer ausklangen, wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Die Protestresolution gegen die geplante Steuer fand einstimmige Annahme.

Eine weitere vom Deutschen Transportarbeiterverband einberufene und sehr stark besuchte Versammlung tagte im „Deutschen Hof“, Ludowikstraße 15. Der Referent, Stadtverordneter Genosse Dr. Kurt Rosenfeld ging auf die kommunalpolitischen und steuerpolitischen Verhältnisse Berlins ein.

Die Ausführungen der Redner, die alle in einem lebhaften Protest gegen die kommunale Biersteuer ausklangen, wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Die Protestresolution gegen die geplante Steuer fand einstimmige Annahme.

Den außerordentlich wirkungsvollen Ausführungen des Redners folgte stürmischer Beifall. Der zweite Referent Karl Schulz besprach die Nachteile, welche den in den Brauereien tätigen Arbeitern aus der Steuer entstehen würden.

Den außerordentlich wirkungsvollen Ausführungen des Redners folgte stürmischer Beifall. Der zweite Referent Karl Schulz besprach die Nachteile, welche den in den Brauereien tätigen Arbeitern aus der Steuer entstehen würden.

Den außerordentlich wirkungsvollen Ausführungen des Redners folgte stürmischer Beifall. Der zweite Referent Karl Schulz besprach die Nachteile, welche den in den Brauereien tätigen Arbeitern aus der Steuer entstehen würden.

Soziales.

Von der vollen Kompottschüssel.

Einen zweijährigen verzweifelten Kampf um die Erlangung der Invalidenrente führte eine arme mit Krampfanfällen behaftete Näherin aus Breslau gegen die Landes-Versicherungsanstalt Schlesien.

Im September 1910 stellte die Näherin den Antrag auf Bewilligung der Invalidenrente. Sie hatte im ganzen 206 Marken gelebt. Die Versicherungsanstalt lehnte die Rente mit der Begründung ab, weil die gesetzliche Wartezeit trotz der 206 gelebten Marken nicht erfüllt sei, und zwar seien von den 206 Marken 50 in Abzug zu bringen, weil die Antragstellerin schon seit Mitte August 1905 nicht mehr das gesetzlich vorgeschriebene Verdienstmittel erreicht habe und demnach seit dieser Zeit überhaupt nicht mehr versicherungspflichtig war.

die gesetzliche Wartezeit nicht erfüllt. Wegen dieses Urteils wurde zum zweiten Male mit Erfolg Revision beim Reichsoberverwaltungsamt eingelegt.

Im dritten Termin vor dem Schiedsgericht erhielt die Antragstellerin endlich die Rente vom 1. Oktober 1909 ab in Höhe von 9,85 M. monatlich zugesprochen.

Und um so ein geringes Objekt, um so ein paar lumpige Groschen streift sich die 115 Millionen Mark Vermögen besitzende Landes-Versicherungsanstalt Schlesien über zwei Jahre lang mit einer armen kranken Näherin herum.

Die Schutzvorschriften in offenen Verkaufsstellen sollte Herr Köstel, der Geschäftsführer eines größeren Schuhgeschäfts in Frankfurt a. O., übertreten haben. Und zwar wurde ihm vorgeworfen, er habe Angestellte des Geschäfts solange beschäftigt, daß nicht die ununterbrochene Ruhezeit herauskam, welche § 139c der Gewerbeordnung für die Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter erfordert.

Der Angeklagte machte demgegenüber geltend, daß es sich hier um eine Art Inventur oder doch um eine Neueinrichtung handele. Es käme ihm so § 139d zugute, welcher unter Ziffer 2 bestimmt, daß die Bestimmungen des § 139c keine Anwendung finden für die Ausnahme der gesetzlich vorgeschriebenen Inventur sowie bei Neueinrichtungen und Umzügen.

Die Strafkammer in Frankfurt a. O. als Berufungsinstanz verurteilte jedoch den Angeklagten zu einer Geldstrafe und führte aus: Von einer gesetzlich vorgeschriebenen Inventur könne vorliegend keine Rede sein. Es bleibe bloß die Frage, ob es sich um eine „Neueinrichtung“ im Sinne des § 139d gehandelt habe.

Das Kammergericht stellte sich am Montag auf denselben Standpunkt wie das Landgericht und verwarf die Revision des Angeklagten R. als unbegründet.

Zur Hausbesitzerfrage.

In Dortmund war am 14. und 15. November 1911 im 6. Wahlbezirk der dritten Abteilung die Erziehung eines Stadtverordneten vorzunehmen. Für gewählt erklärt wurde der katholische Arbeitersekretär Landtagsabgeordneter Gronowsky.

Der sozialdemokratische Parteisekretär Klupsch suchte die Wahl an, weil Gronowsky erst am Nachmittag des ersten Wahltags, nämlich am 14. November, als Eigentümer des Hauses, als dessen Besitzer er angesehen werden wollte, in das Grundbuch eingetragen worden sei.

Die Stadtverordnetenversammlung erklärte aber die Wahl Gronowskys für gültig, indem sie davon ausging, daß der Zeitpunkt der Feststellung des Wahlergebnisses maßgebend sei.

Der Bezirksauswähler zu Arnberg wies die Klage des Genossen Klupsch ab. Er erachtete gleich der Stadtverordnetenversammlung die Wahl des Herrn Gronowsky für gültig.

Am Freitag hatte das Oberverwaltungsgericht zu entscheiden, vor dem Rechtsanwalt Dr. Behrend die Klage vertrat. Dasselbe entschied, daß die Vorentscheidung zu bestätigen sei.

Aus der Frauenbewegung.

Der Geburtenrückgang in Arbeiterfamilien.

Im Reichstage und im Landtage hat man sich wieder einmal über das Thema des Geburtenrückganges unterhalten. Am den Kernpunkt der Frage, um die Wechselwirkungen zwischen der wirtschaftlichen Lage der breiten Schichten und der Volksvermehrung ging man von bürgerlicher Seite vorzüglich herum.

Schichten der Bevölkerung war! Allerdings sind die Motive, die bei den oberen Schichten auf der Behinderung der Kinderzahl führten, anderer Art. Hier herrscht ein solches Luxusbedürfnis und eine derartige Heppigkeit, daß jeder Familiengewinn schon deshalb unerschwinglich ist, weil er die Dame des Hauses an der Erledigung der „gesellschaftlichen Verpflichtungen“ und am Amüsement zeitweilig hindert.

Befehabende.

Potsdam. Heute Dienstag, 8 1/2 Uhr, im Lokal Glaser. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Vortrag des Genossen Staab.

Versammlungen - Veranstaltungen.

Heber Hygiene des Wochenbettes und des Neugeborenen spricht auf Veranlassung des Vereins für Volkshygiene am Freitag, den 14. Februar, abends genau 8 Uhr, in der Aula des Wilhelm-Gymnasiums.

Gerichts-Zeitung.

Der 15 1/2-jährige Raubmörder Beholdt vor dem Jugendgerichtshof in Plauen.

Zu dem von uns bereits am Sonntag gemeldeten Urteil tragen wir noch nach: Am 4. Januar erschrug der 15 1/2-jährige Kaufmannslehrling Walter Beholdt den 15-jährigen Kurt Gede mit dem Beile im Keller seiner elterlichen Wohnung. Die Tat erregte weit über die Grenzen hinaus großes Aufsehen.

Die Aussage bezüglich des Jungdeutschlandbundes zeigt die Gemeingefährlichkeit dieser Soldaten- und Kriegsspielerci.

Gegen Mißhandlung des Vereinsrechts Aufgehobenes Verbot einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel.

Auf dem Gehöft einer Witwe im Mansfelder Kreise sollte im Sommer 1912 eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel stattfinden. Die nach dem Reichsvereinsgesetz für eine solche Versammlung erforderliche Genehmigung wurde mit der mageren Begründung verweigert: wegen der Lage des Grundstücks, seiner Größe und Beschaffenheit sei von der Abhaltung der Versammlung eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten.

Der Veranlasser, Kreisvertrauensmann Genosse Wilhelm Christaue, erhob Beschwerde. Nachdem diese verworfen war, wandte er sich mit einer weiteren Beschwerde an den Regierungspräsidenten zu Merseburg. Dieser erachtete die polizeiliche Verbotsverfügung für gerechtfertigt.

Das Oberverwaltungsgericht gab der Klage am Sonnabend statt, hob die Beschwerdebescheide auf und setzte die polizeiliche Befugung, durch welche die Genehmigung für die Versammlung verweigert worden war, außer Kraft.

Das Oberverwaltungsgericht gab der Klage am Sonnabend statt, hob die Beschwerdebescheide auf und setzte die polizeiliche Befugung, durch welche die Genehmigung für die Versammlung verweigert worden war, außer Kraft.

Table with market prices for Berlin on 8. February 1913. Columns include item names like 'Weizen', 'Roggen', 'Hafer', 'Gerste', 'Mais', 'Hirse', 'Brot', 'Fleisch', 'Fisch', 'Eier', 'Milch', 'Butter', 'Käse', 'Zucker', 'Kaffee', 'Tee', 'Schokolade', 'Kondensmilch', 'Margarin', 'Speiseöl', 'Benzin', 'Kerosin', 'Lampglas', 'Laternen', 'Kerzen', 'Wachs', 'Seife', 'Schmier', 'Öl', 'Fett', 'Wasser', 'Gas', 'Strom', 'Telegraph', 'Post', 'Telefon', 'Briefmarken', 'Briefumschläge', 'Briefkasten', 'Briefschlüssel', 'Briefkasten', 'Briefschlüssel', 'Briefkasten', 'Briefschlüssel'.

Witterungsübersicht vom 10. Februar 1913.

Table with weather overview for 10. February 1913. Columns include Station, Barometer (hoh), Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag, Temp. u. d. Nacht, Stations, Barometer (hoh), Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag, Temp. u. d. Nacht.

Wetterprognose für Dienstag, den 11. Februar 1913.

Stetlich heiter und am Tage mild bei mäßigen westlichen Winden sehr erheblichen Niederschlägen.

